



# Plenarprotokoll

## 96. Sitzung

Mittwoch, 28. Oktober 2020

### Wasserstoffstrategie des Landes Schleswig-Holstein - Wasserstoff- strategie.SH - .....

7363

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/2484

Jan Philipp Albrecht, Minister für  
Energiewende, Landwirtschaft,  
Umwelt, Natur und Digitalisie-  
rung.....

7363

Andreas Hein [CDU].....

7365

Thomas Hölck [SPD].....

7366

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN].....

7368

Oliver Kumbartzky [FDP].....

7369

Jörg Nobis [fraktionslos].....

7371

Volker Schnurrbusch [fraktionslos]

7372

Beschluss: Überweisung des Berichts  
Drucksache 19/2484 an den Um-  
welt- und Agrarausschuss und  
mitberatend an den Wirtschafts-  
ausschuss zur abschließenden Be-  
ratung.....

7372

### Entlastung von Pendlerinnen und Pendlern durch ein attraktives Job- ticket.....

7372

Antrag der Fraktionen von CDU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
FDP  
Drucksache 19/2505

Kay Richert [FDP]..... 7373, 7378

Kai Vogel [SPD]..... 7374

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]..... 7375

Lukas Kilian [CDU]..... 7376

Volker Schnurrbusch [fraktionslos]	7378	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	7392
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	7379		
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2505.....	7380	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1917 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/1951.....	7393
<b>Aktuelle Situation der schweinehaltenden Betriebe in Schleswig-Holstein infolge von Corona und Afrikanischer Schweinepest (ASP).....</b>	7380	<b>Neue EU-Förderperiode gestalten!..</b>	7393
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2510		Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2398 (neu)	
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	7380	<b>Neue Förderperiode für Schleswig-Holstein nutzen!.....</b>	7393
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	7382	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2447	
Heiner Rickers [CDU].....	7383	Regina Poersch [SPD].....	7393
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7385	Hartmut Hamerich [CDU].....	7394
Oliver Kumbartzky [FDP].....	7386	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7396
Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/2510 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	7387	Stephan Holowaty [FDP].....	7397
<b>Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen....</b>	7387	Volker Schnurrbusch [fraktionslos]	7398
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1917		Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz.....	7399
<b>Rahmenbedingungen für Kurzzeitpflege endlich verbessern.....</b>	7387	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2398 (neu) 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/2447.....	7400
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1951		<b>Schleswig-Holstein steht zu seinen Werften und Zulieferern.....</b>	7401
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 19/2480		Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2511 (neu)	
Wolfgang Baasch [SPD], Berichtserstatter.....	7387	<b>Maritime Wirtschaft weiter unterstützen und zukunftsfähig gestalten</b>	7401
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	7387	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2524	
Birte Pauls [SPD].....	7388	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7401, 7412
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7389	Hartmut Hamerich [CDU].....	7402
Dennys Bornhöft [FDP].....	7390	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7404

Kay Richert [FDP].....	7406, 7408	<b>Gemeinsame Beratung</b>	
Kay Richert [FDP], zur Geschäftsordnung.....	7408, 7412	<b>a) Europäische Gesundheitspolitik stärken - EU-Bürgerinnen und -Bürger besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen.....</b>	7413
Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Geschäftsordnung.....	7408, 7411	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2399	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	7409	<b>b) Keine Fast-Track-Zulassung für Impfstoffe gegen Covid-19.....</b>	7413
Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 19/2511 (neu) mit mündlich vorgetragenen Änderungen		Antrag des Abgeordneten Claus Schaffer (fraktionslos) Drucksache 19/2495	
2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/2524.....	7412	Bernd Heinemann [SPD].....	7413, 7419
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der Covid-19-Pandemie durch Bund und Länder.....</b>	7412	Claus Schaffer [fraktionslos].....	7414, 7419
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2482		Hans Hinrich Neve [CDU].....	7415
Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2482 an den Innen- und Rechtsausschuss....	7412	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7416
<b>Wahl eines Mitglieds und einer Vertreterin im Richterwahlausschuss.....</b>	7412	Dennys Bornhöft [FDP].....	7417
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2454		Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	7419
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/2454 mit der erforderlichen Mehrheit.....	7412	Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 19/2399 federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss	
<b>Ersatzwahl für den Richterwahlausschuss.....</b>	7412	2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2495.....	7421
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2498		<b>Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags.....</b>	7421
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/2498 mit der erforderlichen Mehrheit.....	7413	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2497	
		Birgit Herdejürgen [SPD].....	7422
		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2497.....	7423
		<b>Gemeinsame Verantwortung zur Endlagersuche wahrnehmen.....</b>	7423
		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2430	

Heiner Rickers [CDU].....	7423
Thomas Hölck [SPD].....	7424
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7425
Oliver Kumbartzky [FDP].....	7427
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	7428
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2430.....	7429

\* \* \* \*

### Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste  
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-  
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-  
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz,  
Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen-  
schaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für  
Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich-  
stellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-  
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-  
lisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,  
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

\* \* \* \*

**Beginn: 10:04 Uhr**

### Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrü-  
ße Sie herzlich und eröffne die 36. Tagung des  
Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist  
ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Serpil Midyatli,  
Professor Dr. Heiner Dunckel, Sandra Redmann,  
Ines Strehlau, Marlies Fritzen und Joschka Knuth.  
Wir wünschen ihnen von dieser Stelle aus gute Bes-  
serung.

(Beifall)

Beurlaubt ist am heutigen Vormittag nach § 47 Ab-  
satz 2 der Geschäftsordnung der Abgeordnete von  
Pein. Der Abgeordnete Kalinka ist an der Teilnah-  
me an der heutigen Sitzung verhindert.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine  
Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Rede-  
zeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständ-  
igt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Rei-  
henfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 5, 6, 9, 10, 12,  
15, 18, 19 bis 21, 30, 41, 45, 46, 52 bis 54, 56 und  
57 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die  
Tagesordnungspunkte 11, 22, 27, 28, 47, 58, 61 und  
63.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die  
folgenden Tagesordnungspunkte: 1, 37 und 44, Re-  
gierungserklärung zum Thema „In der Krise zu-  
sammenhalten - Corona-Pandemie erfolgreich be-  
wältigen“ und Anträge zur Coronapandemie, 4, 13,  
14, 16, 17, 36 und 50, Beratungen über den 4.  
Nachtrag zum Haushaltsplan 2020, Haushaltsplan  
für das Haushaltsjahr 2021, Nothilfeprogramm Co-  
rona, Finanzanlagestrategie und Schuldentilgungs-  
plan - mit Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 37,  
7 und 8, Gesetzentwürfe zur Änderung des Finanz-  
ausgleichs, 25 und 40, Europäische Gesundheitspo-  
litik stärken - EU-Bürgerinnen und Bürger besser  
vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren  
schützen und Keine Fast-Track-Zulassung für Impf-  
stoffe gegen COVID 19, 29 und 51, Antrag und Be-  
richt zum Weiterbildungsgesetz, 31 und 33, Be-  
ratung zur Lage an den Schulen im Corona-Herbst,  
und 32 und 34, Studieren in Coronazeiten und  
BAföG schnell und grundsätzlich überarbeiten.

**(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)**

Anträge zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 36. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr und Freitag mit einer einstündigen Mittagspause bis circa 15:30 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich möchte nachfragen: Auch der Abgeordnete Wolf Rüdiger Fehrs ist erkrankt und kann an der Tagung nicht teilnehmen. Auch Wolf Rüdiger Fehrs wünschen wir gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 62 auf:

**Wasserstoffstrategie des Landes Schleswig-Holstein - Wasserstoffstrategie.SH -**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/2484

Ich erteile dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wasserstoff, CO<sub>2</sub>-frei und aus erneuerbaren Energien gewonnen, also grüner Wasserstoff, wird eine Schlüsselrolle in der Energiewelt von morgen einnehmen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

als Grundstoff in der Industrie, als Treiber im Verkehr, als Brennstoff in der Wärmeversorgung, als Speichermedium und als Garant für Versorgungssicherheit. Grüner Wasserstoff wird neben erneuerbarem Strom für die direkte Nutzung der wichtigste Energieträger werden, und Schleswig-Holstein hat die Chance, einmal wieder Vorreiter in der Energiewende zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir produzieren mehr erneuerbaren Strom, als wir selbst verbrauchen. Wir haben also, wenn man es ehrlich nimmt und übrigens als einziges Land ne-

ben Mecklenburg-Vorpommern, die notwendigen Mengen, um grüne Energien und grünen Wasserstoff zu erzeugen. Und diese Chance wollen wir nutzen für mehr Klimaschutz und für eine zukunftsfähige Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, der Landtag hat die Landesregierung im November vergangenen Jahres aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog für eine Wasserstoffstrategie vorzulegen, und hier und heute kommen wir diesem Auftrag nach und stellen mit der Wasserstoffstrategie Schleswig-Holstein ein konkretes Maßnahmenpaket vor.

Erstens. Die Landesregierung richtet eine Landeskoordinierungsstelle Wasserstoffwirtschaft bei der WTSH ein als einheitliche Ansprechpartnerin für die Wasserstoffwirtschaft. Sie wird noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen.

Zweitens. Für die Förderung von Wasserstoffprojekten stellen wir insgesamt 30 Millionen € bereit. Bereits jetzt können damit durch bestehende Förderrichtlinien eine Fülle an Projekten gefördert werden.

Drittens. Damit sich alle Akteure aus Wirtschaft, Hochschulen und Institutionen nicht nur über die Landesförderung, sondern auch über die teils beachtlichen Förderangebote von Bund und EU informieren können, ist schon Anfang vergangener Woche unsere digitale Förderfibel online gegangen, die allen zugänglich ist.

Viertens. Wir werden dazu beitragen, die Genehmigungsverfahren von Wasserstoffanlagen zu optimieren, und hier geht es hauptsächlich um EU- und Bundesrecht. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in den zuständigen Bund-Länder-Ausschüssen bereits jetzt intensiv vor allem daran, dass kleinere Elektrolyseure Vereinfachungen im Genehmigungsverfahren genießen können.

Fünftens. Die Landesregierung wird eine Marketingstrategie entwickeln, um Schleswig-Holstein als Standort für die Wasserstoffwirtschaft überregional bekannt zu machen.

Sechstens. Die Unterstützung der Marktansiedlung von Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist eine weitere wichtige Maßnahme, die wir uns vornehmen.

Siebtens. Auch im Bereich Forschung und Wissenschaft wird die Landesregierung die vorhandenen

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

vielfältigen Kompetenzen bündeln und nachhaltig stärken.

Last, but not least achtens: Wir haben uns innerhalb der Landesregierung auf einen Katalog von gemeinsamen Positionen verständigt, die wir auf europäischer und auf nationaler Ebene voranbringen werden, um die für grünen Wasserstoff nötigen Rahmenbedingungen zu verbessern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, damit legen wir den Grundstein für eine erfolgreiche Entwicklung der Technologien auf der Basis von grünem Wasserstoff hier in Schleswig-Holstein.

Doch damit die nötigen Innovationen im Rahmen der Sektorenkoppelung, also in Verbindung des Sektors erneuerbarer Strom mit energieintensiven Bereichen wie Wärme, Mobilität und industrielle Anwendungen, endlich auch wirtschaftlich auf den Weg gebracht werden können, müssen die massiven Fehlanreize im Wettbewerb, die derzeit noch existieren, beseitigt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Hier in Schleswig-Holstein kann wirklich niemand mehr verstehen, warum ein Kilojoule erneuerbare Energie über den Strompreis um ein Vielfaches stärker mit Steuern, Abgaben und Umlagen belastet wird als ein vergleichbares Kilojoule aus fossilen Energieträgern wie Gas, Öl oder Kohle. Deshalb braucht es endlich eine systematische Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiebereich und damit verbunden eine schrittweise Steigerung des CO<sub>2</sub>-Preises in den Sektoren Wärme und Verkehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Dann werden wir endlich sehen, dass diese Technologien sich von ganz allein durchsetzen; denn das ist die Zukunft unserer Energieversorgung in allen Sektoren. Das wissen wir alle ganz genau.

Damit dies funktioniert, braucht es eine ambitionierte Umsetzung der Eigenstromdirektvermarktungsmöglichkeiten von erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, dass wir endlich unseren Strom, den wir hier produzieren und zum Teil abregeln müssen, einspeisen können, ohne dabei vom Bundesgesetzgeber zusätzlich gegängelt zu werden.

Zu all diesen Punkten, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung im Bundesrat und bei den

Treffen der Energieministerinnen von Bund und Ländern - das nächste steht im November an - ambitionierte Vorschläge auf den Tisch gelegt. Die Landesregierung erwartet, dass die Bundesregierung endlich dafür sorgt, dass den vagen Ankündigungen in diese Richtung auch Taten folgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir werden an dieser Stelle nicht nachlassen, bis faire Marktbedingungen für unsere erneuerbaren Energien, für unseren erneuerbaren Strom in allen Sektoren geschaffen worden sind.

Meine Damen und Herren, bei alledem, was im Rahmen der Dekarbonisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche ansteht, insbesondere für die Erzeugung von grünem Wasserstoff, werden große Mengen erneuerbare Energien notwendig sein.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Deshalb sind wir uns in der Landesregierung darüber einig, dass es beim Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorangehen muss

(Beate Raudies [SPD]: Hört, hört!)

und wir als Land unsere Vorreiterposition ausbauen wollen. Dazu werden wir neben dem klaren Fahrplan zur Verabschiedung unserer Regionalpläne im Windbereich und dem Zubau in diesem Zusammenhang in diesem Jahr übrigens sehr viel mehr Genehmigungen als im vergangenen Jahr aussprechen.

(Beate Raudies [SPD]: Was nicht schwierig ist! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ja auch nicht schwierig!)

Ich bin stolz darauf, dass wir es geschafft haben, die Zahl der Genehmigungen in diesem Jahr, Stand heute, schon bis auf über 100 zu bringen - eine Zahl, von der andere Bundesländer nur träumen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das liegt daran, dass wir hier im Land bessere Bedingungen als anderswo schaffen. Wir gehen über das hinaus, was durch die Bundesrahmenbedingungen erlaubt wird. Es ist gut, dass wir an dieser Stelle sehr engagiert sind.

Darüber hinaus werden wir uns im Rahmen der Evaluation und der Fortschreibung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes in den kommenden Wochen eine Reihe von konkreten Maßnahmen vornehmen, mit denen der Anteil der erneuerbaren Energien noch weiter gesteigert und diese gleichzeitig

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

in größerem Ausmaß vor allen Dingen in die Sektoren Wärme und Mobilität hineingebracht werden können. Das, meine Damen und Herren, ist Energiewendepolitik „Made im echten Norden“. Dabei sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Grüner Wasserstoff wird als einer der edelsten Energieträger der Zukunft eine Schlüsselfunktion einnehmen und damit auch ein hohes Maß an Wertschöpfungsmöglichkeiten hier im Land bieten. Um diese wirtschaftlichen Chancen zu nutzen, werden wir Unternehmen, Forschungsreinrichtungen und Kommunen im Land auf dem Weg in eine Wasserstoffwirtschaft unterstützen.

Wir haben uns in der Landesregierung darauf verständigt, was wir fördern und unterstützen wollen. Dabei sind natürlich zuallererst die Maßnahmen der Wasserstoffherzeugung zu nennen. Wir werden uns vor allem auf die Förderung kleinerer Anlagen an integrierten Standorten sowie auf innovative Verfahren konzentrieren, da für die großen Erzeugungsanlagen durch die Bundesregierung allein 2 Milliarden € bereitgestellt werden, wobei wir natürlich auch solche Projekte hier in Schleswig-Holstein voranbringen und diese Gelder nach Schleswig-Holstein holen wollen.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Nachfrage, die nach grünem Wasserstoff entstehen muss. Für einen marktwirtschaftlichen Betrieb von Elektrolyseuren brauchen wir eine entsprechende Nachfrage. Diese wollen wir entwickeln. Da geht es um Wasserstoffanwendungen in Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche: Industrie, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Abwasser- und Abfallentsorgung. Da geht es um Wasserstoffanwendungen in den Kommunen. Da geht es um die Herstellung von synthetischen Energieträgern und chemischen Grundstoffen auf der Basis von grünem Wasserstoff. Natürlich geht es auch um privatwirtschaftliche Anwendungen von Wasserstoff, zum Beispiel in schweren Nutzfahrzeugen und Bussen, im Rahmen der Fahrzeugflottenumstellung, im Schienenverkehr, in der Schifffahrt sowie im Flugverkehr.

Wasserstoff hat zwar eine lange Tradition; aber es gibt noch viel zu erforschen und zu erproben. Deshalb werden wir auch Maßnahmen der Wasserstoffforschung und -entwicklung sowie Demonstrationsprojekte im Land - sowohl solche der Forschungseinrichtungen und Hochschulen als auch solche der Unternehmen - durch die Unterstützung der entsprechenden Forschungsinfrastruktur fördern.

Voraussetzung für eine breite Anwendung von Wasserstoff ist aber auch die Bereitstellung der nötigen Wasserstoffinfrastruktur. Deshalb unterstützen wir entsprechende Maßnahmen, etwa Betankungseinrichtungen, kleinräumige Leitungsinfrastrukturen sowie Anlagen zur Wasserstoffeinspeisung in das Verteil- und Fernleitungserdgasnetz.

Natürlich wollen wir im Bereich Wasserstoff auch Aus- und Weiterbildung, Konzepte, Netzwerke, Studien und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die vorgeschlagene Landesstrategie hat den Anspruch, in alle Bereiche der Wasserstofftechnologie vorzudringen und Schleswig-Holstein erneut auf die Poleposition der nächsten Phase der Energiewende zu setzen. Ich bin mir sicher: Grüner Wasserstoff wird ein elementarer Baustein der Energiewende in Schleswig-Holstein sein - zum Nutzen unserer Wirtschaft und für mehr Klimaschutz. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Der Minister hat die Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich noch ergänzen: Ebenfalls verhindert - und nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags entschuldigt -, an der heutigen Vormittagssitzung teilzunehmen, sind die Abgeordneten des SSW. Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist von der Teilnahme an der heutigen Sitzung für die Landesregierung Ministerpräsident Daniel Günther beurlaubt.

Dann rufe ich jetzt für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Andreas Hein auf.

**Andreas Hein [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Seit etwas mehr als drei Jahren bin ich nun im schleswig-holsteinischen Landtag, und ich glaube, ich darf behaupten: Wasserstoff ist mein Thema.

(Beifall CDU und Kay Richert [FDP])

Anfangs wurde ich damit sicher noch belächelt, heute ist Wasserstoff eines der Zukunftsthemen. Nach einigen Anträgen dazu in diesem Haus liegt nun die Wasserstoffstrategie des Landes auf dem

(Andreas Hein)

Tisch. Fakt ist: Wasserstoff hat nicht nur Zukunft, Wasserstoff ist Zukunft und Teil unserer Energieversorgung.

(Beifall CDU)

Wasserstoff ist die Kohle von morgen, sagte Jules Verne schon 1874. Ähnliche Zitate hörte man in den letzten Monaten viele. Es ist sicher müßig, darüber zu diskutieren, warum es so lange gedauert hat. Viel wichtiger ist es, dass wir es jetzt endlich in die Realität umsetzen; denn der Weg weg von den fossilen Brennstoffen ist beschrieben.

Nach der Wasserstoffstrategie des Bundes und der norddeutschen Länder fügt sich unsere schleswig-holsteinische Wasserstoffstrategie ergänzend an diese an und soll der Rahmen für die zukünftige konsequente Umsetzung der Energiewende sein.

Die Stromwende haben wir in Schleswig-Holstein geschafft. Wir haben sogar mehr - der Herr Minister hat es eben erwähnt - erneuerbaren Strom als wir derzeit verbrauchen. Wasserstoff ist deshalb so wichtig, weil er das verbindende Element von erneuerbarem Strom in die anderen Sektoren wie die Wärmeversorgung, die Industrie oder in die Mobilität ist.

Bereits heute haben wir bei uns im Land absolute Leuchtturmprojekte, wie beispielsweise das Reallabor Westküste 100, aber auch das Norddeutsche Reallabor, das Projekt eFarm oder das Lkw-Mobilitätsprojekt rund um den Güterverkehr am Standort Neumünster. Wir wollen Wasserstoffland Nummer eins von der Erzeugung über die Speicherung bis hin zur Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff sein. Wir wollen den gesamten Kreislauf abbilden.

Wir wollen hier bei uns die Technologien entwickeln, diese industriell skalieren und umsetzen - das natürlich nicht nur für uns selbst, sondern weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus. Dazu ist übrigens inzwischen auch das Europaministerium aktiv und hat ein eigenes, grenzübergreifendes Projekt namens STRING am Start.

Damit dies nicht alles nur schöne Worte bleiben, haben wir für die Umsetzung unserer Wasserstoffthemen im Land 30 Millionen € bereitgestellt; für Speichertechnologien steht ein weiterer Millionenbetrag zur Verfügung.

Ein herzliches Dankeschön für diese Wasserstoffstrategie gilt dem Ministerium, dem Herrn Minister, dem Herrn Staatssekretär, den Mitarbeitern in den Häusern, der Regierung sowie allen anderen Beteiligten. Es stehen noch Gutachten aus, mit denen wir das Ganze ergänzen. Ein Maßnahmenplan ist einge-

arbeitet. Ich freue mich darauf, dass wir das weiter begleiten.

Sie und ich wissen, dass ich mich bei diesem Thema sehr eingebracht habe und ich habe es mit Sicherheit einigen auch nicht immer leicht gemacht. Aber wie heißt es so schön: Reibung erzeugt Wärme, wobei wir wieder beim Thema wären.

(Beifall CDU - Zuruf SPD)

An den Ergebnissen wollen wir uns messen lassen; auch das ist ein viel zitierter Satz. Dieser gilt ganz sicher bei der Umsetzung unserer Wasserstoffstrategie und des dazugehörenden Maßnahmenkatalogs.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch dabei werde ich mich sicher weiter einbringen.

H<sub>2</sub> aus SH, diese Formel, dieses Markenzeichen wird eine Erfolgsgeschichte für unser Land. Damit wollen wir dem Klimawandel begegnen, natürlich eine saubere erneuerbare Energieversorgung sicherstellen, und wir wollen dazu noch enorm wirtschaftlich profitieren.

Meine Damen und Herren, hier im Land der Horizonte entsteht die zukünftige erneuerbare Energieversorgung für die nächste Generation!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, bitte um Kenntnisnahme sowie um Ausschussüberweisung. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck das Wort.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst vielen Dank an die Servicekraft dafür, dass wir hier sicher reden können.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Sehr geehrter Herr Minister, ich weiß nicht, in welchem Land Sie leben. In dem Schleswig-Holstein, in dem ich lebe, sind im ersten Halbjahr drei Windmühlen gebaut worden. Das ist kein guter Weg, sondern die stehen vor der Wand, an der Ihre Energiewende zerschellt ist.

(Beifall SPD - Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, grüner Wasserstoff ist die Kohle und das Öl der Zukunft und ein



(Thomas Hölck)

fundamentaler Schlüssel beim Gelingen der Energiewende und dem Erreichen der Klimaschutzziele. Dass die Landesregierung nun die lang angekündigte Strategie vorgelegt hat, ist gut, ein Jahrhundertwerk ist es allerdings nicht. Wasserstoff ist selbstverständlich ein Teil der Energiewende, er ist in vielen Bereichen notwendig. Damit stellt sich die Frage, wo wir ihn einsetzen; denn von allen Seiten wird am Wasserstoff gezerrt.

Wir brauchen Wasserstoff in der Chemieindustrie, bei der Stahlproduktion, wir brauchen Wasserstoff als synthetischen Treibstoff im Flugverkehr und insgesamt für die Mobilität. Gerade für die deutsche Industrie ist grüner Wasserstoff häufig die einzige Alternative zu Kohle, Öl und Gas. Es geht darum, Industriestandorte und Arbeitsplätze zu sichern, zu halten und weiterzuentwickeln. Eine Deindustrialisierung infolge der Energiewende kann nicht gewollt sein.

In diesem Zusammenhang bekennen wir uns auch zu dem energieintensiven Industriestandort Brunsbüttel.

(Beifall SPD und Oliver Kumbartzky [FDP])

Eine gute Wasserstoffstrategie ist die einzige Möglichkeit, nicht nur die Energiewende, sondern auch die Industriegewende zu schaffen. Schleswig-Holstein hat die besten Voraussetzungen dafür, grünen Wasserstoff selbst zu produzieren und zu verwenden. Wir haben ausreichend erneuerbaren Strom, wir haben Speicherkapazitäten in Kavernen und ein gut ausgebautes Gasnetz.

Wasserstoff ist aber auch die Schlüsseltechnologie für die Mobilität der Zukunft. Luftfahrt, Schwerlastverkehr und Schifffahrt. Überall dort, wo Batterieantriebe an ihre Grenzen stoßen, führt kein Weg an Wasserstoff vorbei.

Es geht hier zum einen um die Massentauglichkeit für die industrielle Anwendung, zum anderen um den Aufbau einer regionalen Wasserstoff-Wertschöpfungskette in Schleswig-Holstein. Dafür ist eine Wasserstoffstrategie eben auch regional zu denken; denn zahlreiche Windmühlen gehen 2021 aus der EEG-Förderung und können nicht repowert werden.

Vor Ort Wasserstoff zu produzieren und damit für eine regional gesicherte Versorgung mit Wasserstoff zu sorgen, ist eine gute Alternative. Dem muss sich der Aufbau eines Tankstellennetzes anschließen, vorzugsweise an Verkehrsachsen und in der Nähe von Logistikzentren. Damit wären Speditionen, kommunale und kommerzielle Verkehrsbetriebe be-

reit, in wasserstoffangetriebene Fahrzeuge zu investieren. Die Notwendigkeit ist also unbestreitbar.

Ihre vorgelegte Wasserstoffstrategie birgt allerdings deutliche Defizite. Wer den Ausbau von grünem Wasserstoff fordert, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Er muss auch sagen, auf welchen Flächen und mit welchen Energieerzeugern der Strom erzeugt werden soll. Mit dem Bau von drei Windkraftanlagen an Land im ersten Halbjahr ist das nicht zu erreichen.

In der Strategie, die Sie vorgelegt haben, fehlt ein zentraler Pfeiler. Es fehlt ein klares Bekenntnis zum Aufbau eines Wasserstoff-Kompetenzzentrums. Wir müssen uns der Notwendigkeit bewusst werden, dass wir Anwendungsforschung im ganz großen Stil betreiben müssen, um Unternehmen auch langfristig an Schleswig-Holstein zu binden und in dieses Land holen zu können.

Irritierend sind die Anmerkungen zum Wasserstoffimport im Bericht der Landesregierung. Sie übernehmen kommentarlos und kritiklos aus der nationalen Wasserstoffstrategie die Hinweise, dass wir Wasserstoff im großen Stil importieren müssten. Wir müssen doch erst einmal im eigenen Land dafür sorgen, dass unser Potenzial ausgeschöpft und nutzbar gemacht wird, bevor wir über Importe nachdenken. Das tun Sie nicht.

Noch dramatischer finde ich den Hinweis zur Wettbewerbsfähigkeit der Wasserstoffherzeugung in Schleswig-Holstein. Ich zitiere aus dem Bericht:

„Da bei den Importen davon auszugehen ist, dass diese aus (ausländischen) Regionen mit besonderen Standortvorteilen kommen werden, stellt sich die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der Wasserstoffherzeugung in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung geht dieser Frage im Gutachten ‚Regionale Wasserstoffherzeugung und -märkte‘ nach.“

Was heißt denn das am Ende, liebe Kolleginnen und Kollegen? Heißt das, wenn die Landesregierung zu dem Ergebnis kommt, dass es sich nicht lohnt, diesen Wasserstoff hier herzustellen, alles umsonst gewesen ist? Das heißt, die Wasserstoffstrategie muss sich damit beschäftigen, einen Weg zu finden, der dazu führt, dass Wasserstoff hier wettbewerbsfähig produziert werden kann. Um die Beantwortung dieser Frage drücken Sie sich, und insofern ist dieser Passus wirklich ein Makel dieser Strategie, weil am Ende alles infrage gestellt werden kann, wenn Sie mit diesem Gutachten feststellen, dass in Schleswig-Holstein Wasserstoff vor Ort nicht wirtschaftlich produziert werden kann.

**(Thomas Hölck)**

(Beifall SPD)

Insofern muss ich Ihnen sagen: Brennen für ein Thema sieht wirklich anders aus.

In der August-Tagung des Landtages haben wir festgestellt, dass Sie die bisherige Zielsetzung des schleswig-holsteinischen Energiewende- und Klimaschutzgesetzes teilweise verfehlt haben und verfehlen werden. Die bisherige Bilanz der Jamaika-Koalition stimmt mich also nicht zuversichtlich, dass Sie die Wasserstoffstrategie zum Erfolg führen werden. Trotzdem lohnt es sich, den Bericht der Landesregierung im Ausschuss zu beraten. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion für die Überweisung in den Fachausschuss. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort der Abgeordnete Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Erarbeitung der Strategie und des Maßnahmenkatalogs. Wir Grüne, das betone ich ausdrücklich, setzen uns dafür ein, dass grüner Wasserstoff das Fluidum der Energiewende in allen Sektoren wird.

Deshalb begrüßen wir es, dass die Landesstrategie auch genau darauf abzielt. Wir haben sie gerade deshalb beantragt, um neben den inzwischen verabschiedeten Strategien des Bundes und der EU eine Strategie mit Maßnahmen für das Land zu setzen, die sich an den Potenzialen des Landes orientiert, die bereits getätigte Investitionen gerade in den mittelständischen Unternehmen aufgreift und darauf aufbaut; denn letztlich sind die erneuerbaren Energien unsere einzige wirkliche ökonomische Perspektive hier in Schleswig-Holstein. Wir setzen auf eine Strategie, die in Regionen im industriell geprägten Land Maßstäbe setzt und regulatorische Hemmnisse so weit wie möglich aufgreift, denn gegen eine fehlende Bepreisung von Klimagasen kann überhaupt und nirgendwo dauerhaft ansubventioniert werden. Wir brauchen eine Strategie, die administrative Hemmnisse aufgreift. Eine Erdgasbohrung ist privilegiert. Ein Elektrolyseur, der aus erneuerbaren Energien Wasserstoff erzeugt, ist nicht privilegiert.

Förderleitfäden können helfen, die Möglichkeiten, die sich aus Landesmitteln in Höhe von 30 Millionen € zusammen mit den vielen Mitteln, die von der EU und dem Bund für Wasserstoff bereitgestellt werden, ergeben, für einen optimalen Einsatz zu nutzen. Eine Landeskoordinierungsstelle Wasserstoff und ein Landeskompetenzzentrum Wasserstoffforschung, welches das alles in optimierte Bahnen lenkt, ist sinnvoll.

Den nächsten Punkt hat bereits Herr Kollege Hölck angesprochen: Wir wollen auf erheblich mehr Unabhängigkeit in der Energiebereitstellung setzen. Im Ölbereich werden 98 % importiert. Daher müssen wir bei den Erneuerbaren prüfen und aufmerksam sein, dass wir das beim Wasserstoff nicht genauso wiederholen. Kürzlich war ein Artikel in der „taz“, der sehr deutlich gemacht hat, dass europäische Konsortien im Kongo unterwegs sind und dort die erneuerbaren Energien zum Beispiel aus Wasserkraft ausbauen wollen, um diese Energie dann als Wasserstoff hierher zu exportieren. Dabei werde ich schon ein bisschen unruhig. Wir müssen es selber erzeugen und dürfen nicht anderen Weltregionen ihre Potenziale an erneuerbaren Energien mit unserer Wirtschaftskraft wegkaufen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein anderes Industriegas hat in der Sprache so viele Farben: schwarz, grau, blau, türkis und grün. Dabei ist Wasserstoff farblos, man sieht ihm nicht an, ob er aus fossilen oder aus erneuerbaren Energien gewonnen wurde, und erst recht nicht, in welchem Elektrolyseur mit welchem Strom er hergestellt wurde. Ich nenne hier nur eine Zahl, um wirklich deutlich zu machen, wie entscheidend es ist, dass er aus erneuerbaren Energien produziert wird. Wasserstoff aus erneuerbaren Energien hat eine Klimabelastung von ungefähr 26 g CO<sub>2</sub>/kWh, mit Strom aus dem klassischen deutschen Strommix ist die Belastung mehr als das 20-Fache höher, also ungefähr 650 g. Das macht wirklich deutlich, wie entscheidend es ist und wie streng wir sein müssen, dass er wirklich aus den erneuerbaren Energien kommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausschließlich Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, die sonst nicht hätte verwendet werden können, verdient wirklich das Zertifikat „grüner Wasserstoff“. Nur das hat dauerhaft Zukunft. Daher werden wir sehr genau prüfen, wie die Zertifizierung insbesondere auf europäischer Ebene läuft, um sicherzustellen, dass wir den richtigen Wettbewerbspfad bei der Wettbewerbsfähigkeit gehen, sei es in der Stahlerzeugung, in der schweren Mobilität

(Bernd Voß)

oder in der Energiespeicherung. Alles andere ist verkappte fossile oder nukleare Energie und ist damit ein Auslaufmodell, auf das wir auf keinen Fall setzen dürfen. Mit dem Atom- und Kohleausstieg müssen wir auch den nächsten Ausstieg bei den fossilen Gasen anpacken und sie durch erneuerbare Gase ersetzen.

Das uns noch zur Verfügung stehende Budget an Klimagasen ist wahrscheinlich weit vor 2050, eventuell sogar schon vor 2035, verbraucht, wie es im neuesten Gutachten des Wuppertaler Instituts steht. Uns bleibt nur die direkte Stromerzeugung, die Erzeugung aus Wasserstoff mittels Elektrolyse aus neu zu errichtenden erneuerbaren Energiequellen wie PV oder Wind. Wer Wasserstoff sagt, muss letztendlich auch sagen, woher er kommt, wo Energie aus PV oder Wind entstehen soll.

Rund 50 bis 60 kW Strom braucht man für 1 kg Wasserstoff, und das ist ungefähr 1 m<sup>2</sup> PV. Das ist zuerst einmal nicht viel. Ein normal benutzter Pkw, das wissen, Sie, braucht ungefähr die zehnfache Energiemenge und somit circa 100 kg Wasserstoff im Jahr. Das sind 100 m<sup>2</sup> neue PV. Rund 1,5 Millionen Fahrzeuge in Schleswig-Holstein brauchen daher für den wasserstoffbetriebenen Individualverkehr ungefähr 1 % der Landesfläche für PV. Bei direkter E-Mobilität ist das ungefähr ein Drittel. Man muss sich das so vor Augen halten. Das Land verändert sich, wir müssen wissen, wohin wir wollen. Wir müssen dann aber auch ein klares Bekenntnis dazu liefern und entsprechend engagiert und zeitnah daran hinarbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei gilt immer wieder die Regel, ich denke, das ist uns allen klar: Je weiter und je schwerer das Fahrzeug, desto eher kann Wasserstoff eingesetzt werden. Fern-Lkw, Nutzfahrzeuge, kleine Personenzüge und auch Schiffe werden demnächst dazu gehören und so weiter.

Ein besonders wichtiger Aspekt ist die Transportierbarkeit und die Speicherfähigkeit von erneuerbaren Energien als Wasserstoff. Genau in dem Bereich werden wir das jetzt vorhandene Erdgasnetz betrachten und zukunftsfähig ausrichten müssen. Es wird uns in die Lage versetzen, Schwankungen im Energienetz, im Stromnetz nachhaltig auszugleichen.

Wasserstoff kann aber eben nicht nur für Fahrzeuge, nicht nur direkt stofflich oder für die Stahlerzeugung genutzt werden, sondern letztlich auch für die Wärme. Bei der Elektrolyse und bei der Nutzung in Brennstoffzellen entsteht Wärme von ungefähr

80 °C, das ist bei Wärme nicht besonders viel, reicht aber zum Heizen.

Wenn wir die Vergangenheit betrachten, haben wir häufig nicht auf die Wärme geachtet, die irgendwo anfiel. Sie geht in die Luft. Damit muss Schluss sein, damit wir das nicht irgendwann in zehn Jahren bedauern. Betrachtet man bisher das alles als Verlust, dann muss man sagen: Richtig aufgestellt ist Wasserstoff ein ganz entscheidender Bestandteil der Wärmewende. Unsere Mittelständler - ich sage: draußen in der Diaspora, Bosbüll, ist plötzlich Mittelpunkt der Welt - haben es vorgemacht, wie man das machen kann, wie man Wärme nutzt, wie man direkt aus einem Solarpark und aus einem Windpark den Strom nutzt. Wir setzen im Grunde auf die richtige Strategie. Ich glaube, das wird an dieser Stelle deutlich.

Der Minister hat es schon gesagt: Wir brauchen die richtigen Regeln, um den Marktkräften zum Durchbruch zu verhelfen und mit den Marktkräften einem klugen, sinnvollen Wasserstoffeinsatz zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Setzen Sie in der Landesregierung mit bewährtem Tempo die Arbeit fort, und lassen Sie uns im Umweltausschuss und im Wirtschaftsausschuss beraten und den Bericht noch einmal diskutieren, vertiefen und die weiteren Erkenntnisse verarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Mikrofon bitte an!)

Jetzt? - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Ah! - Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass man dafür schon Applaus bekommt. - Wasserstoff ist ein Energieträger der Zukunft. Wasserstoff kann zur Dekarbonisierung und Minderung der Treibhausgasemissionen in allen Bereichen beitragen. Wasserstoff bietet die Chance, die Energiever-

**(Oliver Kumbartzky)**

sorgung unseres Landes wirtschaftlich, innovativ und klimaneutral zu gestalten. Eine Wasserstoffwirtschaft ist eine Wirtschaft, die das Klima schützt. Unsere Landesregierung geht mit der vorliegenden Wasserstoffstrategie entscheidende Schritte voran. Ich danke ganz herzlich für die Erstellung dieser sinnvollen Strategie.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wasserstoff kann mit regenerativer Energietechnik gewonnen werden und ist auch in der Verwendung vielseitig einsetzbar - als Energieträger und Erdgasersatz, in der chemischen Industrie und nicht zuletzt als Treibstoff im Verkehrssektor. Wasserstoff ist ein echtes Multitalent, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wasserstoffstrategie der Landesregierung ist ein wichtiger Rahmen, um diese riesigen Potenziale im Energiewendeland Schleswig-Holstein zu heben. Denn Wasserstoff bietet Chancen für den Klimaschutz und für die Unternehmen gleichermaßen. Diese Chancen sollten wir nicht ungenutzt lassen. Wir müssen Wasserstoff neu denken, und vor allem müssen wir Wasserstoff auch groß denken, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir zur Förderung von Wasserstoffprojekten auch 30 Millionen € Landesmittel zur Verfügung stellen, ist nur konsequent. Wir drehen eben an allen Schrauben, die der Landespolitik zur Verfügung stehen, um eine echte Wasserstoffwirtschaft aufzubauen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, der Fahrplan steht, der Zug rollt, doch die entscheidenden Weichen werden in Berlin gestellt. Wasserstoffprojekte müssen auch nach dem Ende der Förderung wirtschaftlich wettbewerbsfähig sein. Dafür ist aber der Strom, der zur Erzeugung von grünem Wasserstoff genutzt werden soll, wegen der staatlichen Preisbestandteile weiterhin zu teuer. - Leider, meine Damen und Herren, muss ich sagen, denn auch die neue EEG-Novelle des Bundes springt dabei immer noch zu kurz. Das gesamte System der Energiesteuern, -abgaben und -umlagen, da bin ich ganz klar an der Seite von Minister Albrecht, muss in Berlin vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu brauchen wir einen CO<sub>2</sub>-Deckel und einen echten Zertifikatehandel.

(Zuruf FDP: Ja!)

Wir können strukturelle Fehler der Energiewende, die im Bundesrecht angelegt sind, nicht dauerhaft mit Landesmitteln zuschütten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Vorwurf der SPD-Fraktion. Herr Hölck, ich stehe hier und kann nicht anders.

(Thomas Hölck [SPD]: Ja!)

Sie sagten in Ihrer Pressemitteilung am 20. Oktober 2020, dass CDU und FDP „im Bremserhäuschen sitzen“ würden. Sie haben Recht, aber man muss sich auch einmal anschauen, wo sich das Bremserhäuschen befindet und was man im Bremserhäuschen macht.

(Thomas Hölck [SPD]: Ah!)

Erstens. Das Bremserhäuschen befindet sich auf dem Zug, ist also Teil des Zuges. Im Gegensatz zu Ihnen fahren wir also mit, während Sie nur stehend dastehen und zusehen, wie der Zug an Ihnen vorbeirauscht.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und der zweite Punkt ist entscheidender: Es kommt darauf an, was man im Bremserhäuschen macht. Ich sage Ihnen, was Jamaika im Bremserhäuschen macht. Wir lösen die Bremsen, die uns die Sozialdemokraten durch eine falsche Energiepolitik eingebrockt haben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch heute wieder deutlich geworden: Sie wollen weiter nur Kohle in den Kessel schaufeln, Steuergeld verbrennen, das seine Wirkung gar nicht entfalten kann, weil die Bremsen festsitzen.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

Wir lösen die Bremsen, und die Zugkraft von Innovationen und von Unternehmensgeist bringen den Zug nach vorn, bringen den Zug ins Rollen. Und das Allerschönste, Herr Hölck, ist: Unser Zug fährt bald mit Wasserstoff!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lade Sie ganz herzlich ein, noch auf den Zug aufzuspringen. Es ist noch nicht zu spät. Wir wer-

(Oliver Kumbartzky)

den für Sie dort auch noch ein Plätzchen finden. Als Gast im Bordbistro machen Sie sich auch nicht die Hände schmutzig.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Da ich noch ein wenig Restredezeit habe, möchte ich einen Punkt erwähnen, den auch Sie erwähnt hatten, das ist das Thema Import. Wenn wir Wasserstoff wirklich groß und neu denken wollen, und wenn wir sehen, dass der langfristige Bedarf an erneuerbaren Gasen nicht ausschließlich in Deutschland erstellt werden kann - man kann nicht überall die Windräder et cetera hinstellen, das passt nicht -, sind wir, das sagt die Strategie ganz deutlich - auch die Strategie Ihrer Bundesregierung - auf Wasserstoffimporte angewiesen. Daran führt kein Weg vorbei. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir uns für das Importterminal in Brunsbüttel einsetzen. Dort wird jetzt auch geprüft, dass man dieses Terminal für klimaneutralen Wasserstoff nutzen kann, für die An- und Ablieferung. Das ist eine sinnvolle Sache.

Brunsbüttel und die gesamte Westküste können also zu einem Hub für eine europäische Wasserstoffwirtschaft werden. Alle Voraussetzungen einer autarken, vom Ausland abgeschotteten Energiewende setzen uns in einen Zug nach Nirgendwo, Herr Hölck.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen alle daran mitarbeiten, dass die Bremsen gelöst, dass die richtigen Weichen gestellt werden. Deswegen setzen wir uns für eine technologieoffene Energiewende, für einen Emissionszertifikatehandel mit CO<sub>2</sub>-Deckelung und für eine innovationsfreundliche Reform des EEG ein, damit es mit dem Multitalent Wasserstoff vorwärtsgehen kann. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

**Jörg Nobis [fraktionslos]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wasserstoff ist der ganz teure Champagner, sagte vor wenigen Tagen Rainer Baake, Direktor der Stiftung Klimaneutralität. Ja, er hat recht, meine Damen und Herren. Seit vielen Jahrzehnten

träumen viele, vor allem die Grünen, von einer reinen Wasserstoffgesellschaft. Aber Wasserstoff ist eben nicht das neue Öl und auch nicht die Kohle, Herr Hein. Es schlummert nicht seit Jahrtausenden unter der Erde und muss nur herausgepumpt werden, sondern Wasserstoff muss aufwendig hergestellt werden, und zwar mithilfe anderer Energien. Das ist und bleibt ein Knackpunkt bei der ganzen Sache.

Auch die Grünen kommen leider an den physikalischen Naturgesetzen nicht vorbei. Die Umwandlung von Strom in Wasserstoff und dann wieder zurück in Strom bringt große energetische Verluste mit sich. Die Herstellung von grünem Wasserstoff aus grünem Strom bringt auch große Verluste mit sich. Allein schon deswegen kann Wasserstoff nicht das Allheilmittel der verkorksten Energiewende sein.

Sie wissen das ganz genau, und genau deshalb reden Sie, Herr Minister Albrecht, hier von fairen Marktbedingungen.

Aber was Sie meinen, ist nicht ein fairer, ein freier Markt. Das klingt ganz toll, aber das meinen Sie nicht. Sie reden letztlich von Staatsdirigismus, von weiteren Eingriffen, mehr Abgaben, mehr CO<sub>2</sub>-Steuern. Sie wollen Energie noch teurer machen, Sie wollen im Prinzip die anderen Energieträger so teuer machen, dass dieser „Wasserstoff-Champagner“ wettbewerbsfähig wird. Damit wollen Sie dann die verkorkste Energiewende zum Abschluss bringen. Da machen wir nicht mit. Wasserstoff hat bestimmt irgendwo seine Berechtigung - gar keine Frage, auch für die Zukunft.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Wer ist jetzt „wir“?)

- Wir sind die Gruppe der AfD.

(Zurufe FDP: Ah! - Weitere Zurufe)

Die Energiewende hat zu den höchsten Strompreisen in Deutschland weltweit geführt. Was wir wirklich brauchen, sind bezahlbare Energien, bezahlbaren Strom und keine weiteren Preissteigerungen. Mithin brauchen wir einen fairen Markt - da bin ich bei Ihnen -, einen wirklich fairen und freien Markt. Auf diesem freien Markt würde sich Wasserstoff derzeit niemals durchsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall Claus Schaffer [fraktionslos] und Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [fraktionslos]:**

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Vielen Dank für den Bericht und die Landesstrategie, die viele gute Ansätze aufweist; das müssen wir auch einmal zugeben. Auch wir meinen, dass Forschung und Entwicklung von neuen Energiequellen und Antriebsarten gefördert werden soll. Das ist nie verkehrt, und das bietet gerade uns im industriearmen Norden Möglichkeiten, neue Firmengründungen zu begleiten und neue Industrieansiedlungen anzureizen. Das finden wir richtig. Pilotprojekte wie in Heide, die auch ich besucht habe, sind absolut förderungswürdig und interessant. Sie können endlich einmal die Probe aufs Exempel machen, ob der sogenannte grüne Wasserstoff wirklich marktauglich ist. Noch ist er das definitiv nicht, wenn man mit den Kollegen dort in der Raffinerie Heide spricht.

Zum Thema Mobilität - Kollege Voß hat es dankenswerterweise angesprochen - habe ich bereits vor einem Jahr an dieser Stelle gesagt, dass Wasserstoff schon seit den 80er-Jahren als die Antriebsart der Zukunft galt. Er wird wohl weiter die Antriebsart der Zukunft bleiben, denn für den Pkw-Markt, für den Individualverkehr ist er schlicht nicht marktauglich. Bei schweren Lkw oder Schiffen sieht das anders aus. Bei Zügen hat die Landesregierung es versucht; da gab es leider keine Anbieter - leider, denn es hätte auch mich interessiert, wie das in der Praxis ausgesehen hätte.

Das Land Schleswig-Holstein zum Vorreiter einer neuen Energieform zu machen, findet auch unsere Unterstützung.

Aber: Wasserstoff wird bis auf Weiteres ein Nischenprodukt bleiben. Das gilt leider auch für die Wärmeversorgung. Denn wie bei der Brennstoffzelle bleibt bei synthetischen Gasen gerade einmal ein Wirkungsgrad von unter 20 % übrig. Daher kann Wasserstoff auf lange Sicht keine Alternative zu fossilen Brennstoffen sein. Wir werden weiterhin sehr viel Gas und Öl brauchen, auch weil es günstiger ist. Wir müssen auch an die Preise für Strom und Wärme denken, die die Industrie zahlen muss. Die Preise an den Strombörsen sind im Moment günstig - dank Corona -, aber sie werden durch das EEG weiter verteuert. Wir fordern schon seit Jahren: Das EEG muss weg, es verzerrt den Markt und schadet unserem Industriestandort.

(Beifall Jörg Nobis [fraktionslos] und Claus Schaffer [fraktionslos])

Es muss klar sein, dass Wasserstoff hochinteressant, aber auch nicht der Heilsbringer ist. Wenn der Minister hier vollmundig ankündigt, dass er der Garant für die Versorgungssicherheit sei, ist das definitiv und garantiert falsch. Das muss man einmal ganz klar festhalten.

Die Energiewende im Land bringt einige positiven Effekte - das haben wir auch immer zugegeben -, aber sie ist nicht geeignet, ein Land wie Deutschland, das in Europa zum Glück immer noch die Industrie und Hochtechnologie vorantreibt - im Gegensatz zu unseren Nachbarn - sicher mit Energie zu versorgen. Wir müssen auf Jahre hinaus den grünen Flatterstrom, den wir haben, ausgleichen. Wir werden ihn ausgleichen müssen durch Gaskraftwerke, durch Ölkraftwerke, auch durch Kohlekraftwerke, die heute schon sehr sauber sind.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

**Volker Schnurrbusch [fraktionslos]:**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf die Beratung im Wirtschaftsausschuss.

(Beifall Jörg Nobis [fraktionslos] und Claus Schaffer [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2484 dem Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 43 auf:

**Entlastung von Pendlerinnen und Pendlern durch ein attraktives Jobticket**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/2505

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das

**(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)**

Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon oft gesagt worden - und zwar zu Recht -: Wir Jamaikaner tun etwas für die Mobilität der Menschen in Schleswig-Holstein. Das haben wir ihnen auch versprochen, wir als FDP im Wahlprogramm und alle Jamaikaner zusammen in unserem Koalitionsvertrag. Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, Sie können sich darauf verlassen: Was wir versprechen, das halten wir auch!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen und Zurufe SPD)

Ich freue mich über den Enthusiasmus auf meiner linken Seite; er ist berechtigt.

(Birte Pauls [SPD]: Soll ich mal eine Liste aufzählen?)

Vor über einem Jahr haben wir bereits einem Projekt zur Geburt verholfen, das viele Menschen in unserem schönen Land weit vorgebracht hat, nämlich das landesweite Semesterticket.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erschwinglich im Preis, beeindruckend in der Leistung, ein rundum attraktives Angebot! Leider musste die Online- und Onboard-Umfrage zur Kalibrierung coronabedingt verschoben werden; das hätte jetzt überhaupt keinen Sinn gemacht. Aber ich bin mir sicher: Das Ergebnis dieser Umfrage hätte gezeigt: Das landesweite Semesterticket ist bereits heute ein überwältigender Erfolg!

Wahrscheinlich werden Sie sich fragen: Warum ist diese Koalition so erfolgreich? Das haben Ihre lauten Äußerungen eben ja deutlich gemacht. - Ich möchte Ihnen eines unserer Geheimnisse verraten: Wir arbeiten nicht allein, wir wissen nicht alles besser als die Menschen im Land, sondern wir beziehen die betroffenen Menschen mit ein. Beim landesweiten Semesterticket waren es vor allem die Studierendenvertreter in der Landes-ASten-Konferenz auf der einen Seite und der Verbund der Verkehrsunternehmen NSH auf der anderen Seite, die miteinander verhandelt haben. Wir als Land, also die regierungstragenden Fraktionen, das Verkehrsministerium und der Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein NAH.SH, haben moderiert, beraten, unterstützt und gefördert. Schon damals hat sich ge-

zeigt, wie gut wir mit den Stakeholdern, mit den direkt betroffenen Menschen, zusammenarbeiten. Warum machen wir das? - Weil wir eine Politik machen wollen, die den Menschen nützt, die ihr Leben spürbar besser macht. Das ist unser Anspruch an uns selbst, das hilft den Menschen im Land weiter, und das scheint auch so empfunden zu werden.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Art des wertschätzenden Miteinanders hört für mich als FDP-Mann übrigens nicht auf, wenn die Projekte beschlossen sind. Gerade war ich zu Gast bei den Studierendenvertretungen der Hochschule Flensburg und der Europa-Universität Flensburg. Natürlich haben wir uns auch über Verbesserungsmöglichkeiten beim landesweiten Semesterticket unterhalten. Übrigens wurde ich bei der Gelegenheit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Arbeit der NAH.SH sehr gut war, sie wurde sehr gelobt. Dieses Lob möchte gern weitergeben: Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NAH.SH, das habt ihr gut gemacht!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe zu, fundierte Kritik an diesem Projekt und vor allem an dem Miteinander von Studierenden, NSH, NAH.SH und den regierungstragenden Fraktionen zu üben, muss eine schwierige Aufgabe sein. Das kam und kommt für mich auch immer etwas angestrengt rüber.

Einen Kritikpunkt möchte ich trotzdem herausgreifen: Sie haben uns vorgeworfen: „Ihr unterstützt die Studentinnen und Studenten, die sind doch sowieso privilegiert. Was ist denn mit den Auszubildenden, was ist denn mit den Azubis, den Lehrlingen?“. Was haben wir geantwortet? - Wir wollen die Mobilität für alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner verbessern, auch für Lehrlinge, Azubis, und auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb werden wir prüfen, ob ein Jobticket für alle diese Gruppen zusammen hinzubekommen ist.

Und was haben Sie gesagt? - „Ja, ja, prüft ihr mal.“

Heute liegt das Jobticket auf dem Tisch, und wir debattieren darüber. Das ist das Zeigen von Ergebnissen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unserer Vorstellung nach soll das Jobticket zwei Rabattstufen beinhalten: Bei einem Arbeitgeberzu-

**(Kay Richert)**

schuss von 15 € wird ein Rabatt von 10 € gewährt. Wenn der Arbeitgeber 30 € zuschießt, soll der Rabatt 20 € betragen. Die Ersparnis für die Pendlerinnen und Pendler beträgt damit Monat für Monat 25 € oder sogar 50 €

Dazu wollen wir, dass das Ticket auch am Wochenende gilt, und zwar nicht nur für den Inhaber, sondern für einen Erwachsenen und drei Kinder. Das ist, nebenbei bemerkt, auch noch ein toller Anreiz, den Modal Split zu verbessern.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen nicht nur ein Angebot, das irgendwie okay ist. Wir wollen ein Angebot, das es sowohl für die Menschen als auch für die Unternehmen attraktiv macht, dabei zu sein. Ich glaube, dass uns dies sehr gut gelungen ist.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sobald die Vertretung der Verkehrsunternehmen zugestimmt hat, steht der Einführung des Jobtickets in Schleswig-Holstein ab dem Frühling nächsten Jahres nichts mehr im Wege. Für die Menschen in diesem schönen Land ist ein weiteres Projekt umgesetzt worden, das ihr Leben einfacher und besser macht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, für uns von der FDP war das Jobticket - genau wie das Semesterticket - ein Herzensthema. Ich bedanke mich deswegen sowohl beim Verkehrsministerium, der NAH.SH und der NSH, aber ganz ausdrücklich auch bei unseren Koalitionsfreunden von CDU und Grünen. Meine liebe Kolleginnen und Kollegen: Es macht Freude, mit euch zusammen für die Menschen in diesem Land zu arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf: Die Maske macht was mit dir, Kay!)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordneten Kai Vogel.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ich gehe davon aus, dass für das Ministerium die öffentliche Meldung der Medien, dass ein Jobticket auf der Zielgeraden sei, ebenfalls überraschend kam. Eigentlich ist doch gerade der Verkehrsminister immer um eine wir-

kungsvolle Initiierung bemüht: Schöne Bilder mit Kameras, Plakaten, Roll-Ups und was es sonst noch so gibt, wären eigentlich typisch.

Ich will nicht leugnen, dass die Einführung eines Job- und eines Azubitickets dieses wert gewesen wäre.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Insofern war ich schon erstaunt, dass jetzt dieser Antrag der Koalition dazu gestellt wurde, weil doch vieles noch sehr vage oder in der Finalisierung ist. Sie schreiben ja selbst, dass Sie einen Appell an die Verkehrsunternehmen richten, dass diese doch bitte dem Konzept für das Jobticket zustimmen. Glauben Sie, dass irgendein Verkehrsunternehmen mit seiner Gesellschafterversammlung dem Konzept nun eher oder leichter zustimmen wird, weil wir das hier heute debattieren?

(Kay Richert [FDP]: Ja!)

Hätte ich in der Koalition was zu sagen, hätte ich trotz des Durchstichs der Medien noch gewartet, bis alles in trockenen Tüchern ist. Auch dann hätte man sich feiern lassen können. Ich wiederhole mich: An sich ist natürlich nichts gegen ein Jobticket einzuwenden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die stimmen bei Ihnen aber leider nicht so ganz, und da sollte wirklich mehr gehen. Bisher galt zum Beispiel für das Firmen-Abo: Es müssen mindestens zehn Personen in einer Firma ein NAH.SH-Firmen-Abo abnehmen, damit sie von diesem Angebot profitieren können. Zehn Personen ist definitiv zu hoch. Es ist ein sinnvoller Schritt, hier auf fünf Personen herunterzugehen. Auch hier kann ich nur dann von dem geplanten Jobticket profitieren, wenn auch wirklich alle fünf Beschäftigten dieses Penderticket haben wollen. Diese Hürde ist definitiv zu hoch. Schert einer dieser fünf aus, dann gibt es kein Jobticket.

Ergänzend kommt hinzu, dass über 80 % aller Unternehmen in Deutschland sogenannte Kleinstunternehmen sind. Von den 3,4 Millionen Unternehmen in Deutschland sind 3,1 Millionen Kleinstunternehmen. Laut Mittelstandsatlas 2018 stellen hierzulande Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Vollzeitäquivalent-Beschäftigten sogar den überwiegenden Teil der kleinen und mittleren Unternehmen, 82 %, dar.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Diese Unternehmen müssen nach unserem bisherigen Wissensstand weiter auf das Jobticket verzichten.



(Kai Vogel)

(Minister Dr. Bernd Buchholz: Nein!)

Sie können den Beschäftigten doch kaum erklären, dass es ihr Problem sei, dass sie in einem so kleinen Unternehmen arbeiten. Das ist ungerecht, und so erzeugen Sie eine zusätzliche Klassengesellschaft.

Die Beschäftigten des Landes, wie zum Beispiel die Tausende Lehrkräfte oder auch Polizisten in Zivil, dürften, soweit mir bekannt ist, ebenfalls nicht vom Jobticket profitieren, obwohl Schulen und Polizeistationen doch wirklich größere Einrichtungen sind. In Hessen können alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kostenfrei mit dem ÖPNV fahren. Hier fehlt Ihnen ebenfalls der Mut zu einem großen Wurf.

Die Möglichkeit, am Wochenende die Familie mit seinem Jobticket kostenfrei mitnehmen zu können, ist gut. Viel besser wäre es allerdings gewesen, wenn alle Familien davon profitiert hätten und nicht nur die, bei der ein Elternteil gerade das Glück hat, die Jobticket-Bedingungen zu erfüllen. Senioren können in Brandenburg und Hessen vergünstigt fahren, bei uns nicht. Auch die Schülerbeförderung ist für viele Eltern eine große finanzielle Belastung und bleibt unverändert bestehen. So muss man im Flensburger Umland für eine Strecke von 10 km monatlich fast 90 € zahlen, wenn das Kind die Oberstufe besucht. In Hessen gelingt das für jedes Schulkind für 30 € und in Berlin fahren die Schülerinnen und Schüler gar kostenfrei. Das wäre wirklich ein mutiger Schritt gewesen, doch hier herrscht bei Ihnen weiterhin Schweigen.

Die SPD hat bereits entschieden, dass das Ziel sein muss, dass der Nahverkehr kostenfrei angeboten wird - eine kluge Entscheidung. Ein Jobticket wie Ihres ist ein Schritt in diese Richtung, doch da gingen wirklich viel, viel mehr. Seien Sie mutig und geben Sie sich diesen Ruck! - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 2019 fuhren über das Jahr 250 Millionen Fahrgäste allein bei uns im Land mit dem ÖPNV. Die Fahrkarteneinnahmen stiegen auf 270 Millionen €- Traumzahlen. Der ÖPNV brachte nicht nur Menschen von A

nach B, sondern auch über 6.200 Menschen bei uns im Land in Lohn und Brot.

Und dann, wir wissen es alle, kam Corona. Nicht nur, dass viele Menschen ohnehin zu Hause blieben, einige sorgten sich, sich in Zügen und Bussen anzustecken. Die Versorgung blieb trotz dieser Situation mit 98 % hoch. Es gehört aber auch zur Wahrheit: Wir haben sehr viel heiße Luft transportiert. Je nach Linie führen 80 % bis 90 % weniger mit. Das hat große Löcher in die Kassen der ÖPNV-Unternehmen gerissen: 140 Millionen € bis heute, und das Ende ist noch nicht abzusehen.

Ich habe nun großes Verständnis, dass sich nun Unternehmen des ÖPNV sorgen, wie es weitergeht. Ich möchte aber auch sagen: Keine andere Branche ist in Deutschland so unterstützt worden wie die Busunternehmen und die ÖPNV-Branche. Ich erinnere daran, dass wir 100 % Einnahmeausfälle finanzieren. Das zeigt: Der Politik ist der ÖPNV parteiübergreifend sehr wichtig. Ich glaube, das kann man an dieser Stelle einmal feststellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir alle haben die Hoffnung, dass es nach Corona wieder gut weitergeht und die Menschen zuhause in die öffentlichen Nahverkehrsmittel kommen.

Warum ist das so? Für uns Grüne ist auch das Klima wichtig, es spielt eine große Rolle: weniger Staus, weniger Schadstoffe. Wir müssen das Vertrauen zurückgewinnen. Deswegen gilt für mich: Mit dem Jobticket, das wir heute auf den Weg bringen wollen, senden wir auch noch einmal einen Appell an die Unternehmen im Lande: Wir stehen zuverlässig zu Ihnen, auch im Lockdown müssen die Menschen sicher ans Ziel.

Für uns Grüne sind attraktive Tarifangebote ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben es mit dem Semesterticket erreicht: Das ist kein Streckenticket, sondern ein Netzticket, das landesweit und in Hamburg gilt. Das ist ein hochattraktives Angebot. Gerade in Krisenzeiten mit Mindereinnahmen bei ÖPNV-Unternehmen schafft dieses Solidarticket eine gewisse Einnahmesicherheit. Es ist ein Brot- und Buttergeschäft für die Unternehmen. Sie können sicher damit rechnen, dass sie hier mit dem Semesterticket Einnahmen generieren. Das ist mit dem Jobticket auch so. Wir schaffen da auch ein Stück weit Sicherheit für die Unternehmen. Das möchte ich an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**(Dr. Andreas Tietze)**

Meine Damen und Herren, wir sind da in der Koalition sehr einig: Das Jobticket ist ein Schlüssel zur Mobilitätswende. Warum ist das so? - Es sichert Ausbildung und Fachkräfte. Es hilft, die Fachkräfte im Land zu halten. Herr Minister, Sie haben es immer wieder gesagt, und es ist nicht unerheblich: Es sichert auch den Standortvorteil Schleswig-Holsteins gegenüber anderen Bundesländern, wenn wir hier in dieser Frage gute Angebote machen. Im Übrigen schafft es auch Kundenbindung.

Deshalb haben wir mit diesem Jobticket einen weiteren wichtigen Schritt unternommen. Die Hürden - zum Beispiel die Mindestzahl der Tickets pro Betrieb - wurden gesenkt. Wählt die Firma einen höheren Zuschuss, erhöhen wir auch die Rabattstufe. Auszubildende bekommen noch zusätzliche Rabatte. Lieber Kollege Vogel, Sie haben von kostenfreiem ÖPNV gesprochen. Auf einigen Strecken fahren diese Auszubildenden dann tatsächlich kostenfrei. Hier ist also wirklich ein wichtiger Weg beschritten. Das ist, wie gesagt, eine feste Bank.

Wir haben es bei uns in der Fraktion den Mitarbeitern deutlich gesagt, Frau von Kalben hat das gestern gemacht: Wenn ein solches Jobticket kommt, werden wir als Vorbild vorangehen und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein solches Jobticket ermöglichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde mir wünschen und kann nur appellieren: Schließen Sie sich dem an. Lassen Sie uns selbst auch Vorbild sein, indem wir unseren eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Lande zeigen, dass das ein wichtiges Instrument ist.

Lassen Sie mich zum Schluss dann doch noch eines sagen: Natürlich würde ich als Grüner gerne mehr machen. Ein 365-€Bildungsticket ist mein Traum. Das würde ich mir wünschen. Hessen hat das eingeführt, und da verkauft sich das wie geschnitten Brot. Herr Kollege Vogt, die haben gesagt, sie wollten 255.000 Karten verkaufen, 408.000 Karten haben sie verkauft. Das ist ein Riesenerfolg. Das zeigt auch jetzt gerade noch einmal die Debatte in Hessen, wie stabil - -

(Christopher Vogt [FDP]: Vielleicht waren die Ziele zu gering, Herr Kollege!)

- Ja, das weiß ich jetzt nicht. Aber ich sage einmal: Wenn man mutig in dieser Richtung auch das Thema Bildungsticket angeht, sieht man ja: Das ist ein Erfolgsmodell. Es hat viele Schülerinnen und Schüler in dieses Ticket hineingebracht, im Übrigen auch die Auszubildenden, die inkludiert sind, und

auch die Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler. Aber es ist halt so: Da muss man auf den nächsten Koalitionsvertrag warten, da muss man weiterhin gut für seine Politik werben. Das werden wir tun. Deshalb glaube ich, dass ein weiterer nächster Schritt auch dieses Bildungsticket für alle sein wird. Wir werden jedenfalls dafür streiten und dafür werben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auch über die Zusammenarbeit in Jamaika, die der Kollege Richert hier angesprochen hat. Sie war bei dem Thema wirklich sehr vorbildlich. Ich habe mich sehr gefreut und es war mir eine große Ehre, mit Ihnen da zusammenzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Als wir als Jamaika-Koalition 2017 in Schleswig-Holstein Verantwortung übernommen und die Landesregierung in ihr Amt gewählt haben, haben wir ein Land vorgefunden, das das einzige Flächenbundesland war, in dem es kein flächendeckendes Semesterticket gab. Wir haben ein Bundesland vorgefunden, in dem ein Jobticket zwar irgendwo mit einem Firmenkunden-Abo angeboten wurde, was aber erstens kaum bekannt war und zweitens kaum angenommen wurde. Wir haben deshalb in den Koalitionsverhandlungen in unseren Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass wir diese Themen anpacken wollen. Da könnte man sagen: Da waren wir nicht alleine, das haben schon viele andere vor uns getan. - Wir haben es aber tatsächlich auch umgesetzt.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ging mit dem Semesterticket los, das bei einer deutschlandweiten Umfrage unter Studenten auf Platz 1 bei „Preis/Leistung“ gelandet ist.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir führen ein neues Ticket, wir führen nicht irgendein Schwurbelticket ein, sondern wir führen

(Lukas Kilian)

das ein, was gleich den Maßstab in Deutschland setzt. Das ist wahnsinnig gute Jamaika-Arbeit.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir beim Semesterticket können, können wir auch beim Jobticket. Beim Jobticket haben wir nämlich geschaut, dass wir in einer Weise auch einen Zuschuss geben, aber es eben auch für Unternehmen attraktiv machen, ihren Mitarbeitern das Ticket zu vergünstigen. Wir haben gesagt: Wenn dein Arbeitgeber bereit ist, Geld zu geben, wenn er 15 € monatlich dazuzahlt, dann geben wir einen Zuschuss von 10 €. Wenn er 30 € gibt, dann geben wir einen Zuschuss von 25 €, sodass wir eine enorme Hebelwirkung hatten.

(Klaus Schlie [CDU]: Das nennt man Politik!)

Kritik hin oder her, aber eine Entlastung in den jetzigen Zeiten jährlich von 600 € für Familien, die ihren Arbeitsweg deutlich günstiger gestalten können und mit dem ÖPNV auch im Zweifel deutlich klimafreundlich unterwegs sind, ist richtig gute Politik, und das muss man auch einmal anerkennen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein Beispiel: Man kann sich die Berechnungen im Internet ansehen. Der NDR hat es auf seiner Seite freundlicherweise für viele Strecken aufgelistet. Im Stadtverkehr Kiel ist der aktuelle Abo-Preis im Monat 52 €. Auf der Rabattstufe 1 liegt er nur noch bei 27 €. Auf der Rabattstufe 2 - man kommt sich fast vor, wie auf dem Fischmarkt, weil das so gute Angebote sind - sind es nur noch 2 € monatlich für das Ticket für den Endkunden,

(Beifall Tobias von der Heide [CDU])

weil man einen steuerfreien Zuschuss vom Arbeitgeber bekommt und das Land sich darum kümmert. Was die grüne Fraktion für die Mitarbeiter ihrer Fraktion angekündigt hat, das Jobticket zur Verfügung zu stellen, das macht natürlich auch die CDU-Landtagsfraktion, weil wir mit gutem Beispiel vorgehen wollen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen so viele Leute wie möglich gewinnen, um den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken.

Ich sage Ihnen ganz klar: Auch in diesen Zeiten ist es ein hervorragendes Signal für den öffentlichen

Personennahverkehr und für die Nahverkehrsunternehmen, dass wir jetzt - in Coronazeiten - ein solches Ticket beschließen, um den Leuten eben auch klarzumachen: Corona tötet den ÖPNV nicht, nein, auch wir haben politisch den ÖPNV weiterhin auf dem Schirm, und wir wollen den so attraktiv machen, dass viele Menschen ihn nutzen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Jetzt kann ich verstehen, dass man sich als Opposition schwertut, sich hier hinzustellen und zu sagen: Mensch, Jamaika kriegt vieles hin, was wir nicht hibekommen haben.

Herr Kollege Vogel, ich habe Ihre Pressemitteilung und die Pressemitteilung des DGB gesehen. Ich fange mit dem DGB an: Der DGB tat sich schwer und sagte: Besser spät als nie. - Das stimmt für Schleswig-Holstein, das muss man sagen. Jahrzehntlang wurde dieses Jobticket immer wieder diskutiert. Die SPD-Landtagsfraktion hat in einer letzten Koalition in den Koalitionsvertrag schreiben lassen:

„Im Rahmen des Schleswig-Holstein-Tarifs werden wir gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern neue Anreiz-Tarife wie zum Beispiel ... Semestertickets und Arbeitnehmertickets ... prüfen.“

Herzlichen Glückwunsch, das hat nicht funktioniert. Wir setzen das mal um.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Kay Richert [FDP])

Herr Vogel, jetzt kommt von Ihnen die Kritik, dass wir fünf Arbeitnehmer in dem Unternehmen haben müsse, die dieses Ticket übernehmen. In Schleswig-Holstein hätten wir ganz wenig Unternehmen, die fünf Vollzeitäquivalente hätten. Ich gebe Ihnen da gern noch einmal Nachhilfe: Zwischen Vollzeitäquivalenten und Arbeitnehmern besteht ein Unterschied. Hier reichen fünf Arbeitnehmer, die im Zweifel einen Minijob haben, wenn der Arbeitgeber bereit ist, diesen Zuschuss zu geben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Das ist ein erheblicher Vorteil. Da ist es ein bisschen so: Wir suchen das Haar in der Suppe, um noch irgendetwas kritisieren zu können. - Es wäre ehrlicher gewesen, sich hier hinzustellen und zu sagen: In Hamburg regiert seit Jahrzehnten die SPD, da braucht man 20 Mitarbeiter, um in den Genuss des ProfiTickets zu kommen. Hier haben wir ein

**(Lukas Kilian)**

Angebot geschaffen, bei dem fünf Köpfe ausreichen. Das ist richtig gut.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ich glaube, mit diesem Jobticket - damit komme ich auch zum Ende - werden nicht nur die Leute auf die Bahn umsteigen, die das aus klimapolitischen Gründen machen, sondern es werden auch die Leute auf Bus und Bahn umsteigen, die rechnen können. Ich bin dafür, dass wir im Land unsere Verbindungen noch deutlich ausbauen. Das ist viel sinnvoller, als landesweit einen kostenlosen ÖPNV zu versprechen, weil der ehrlich gesagt ungerecht wäre, weil wir nicht überall so gute Anbindungen wie zum Beispiel in Kiel haben. Da würde man ja mit Steuergeldern aus schlecht besiedelten und angebundnen Regionen den Verkehr in Kiel subventionieren.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Ja. - Dieses System ist gerecht, dieses System ist richtig. Deswegen danke ich den Kollegen in der Jamaika-Koalition und unserer Landesregierung für die Ausarbeitung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [fraktionslos]:**

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt viele Ideen: Studententicket, Schülerticket, Senienticket, Tickets für Angestellte im öffentlichen Dienst, Azubi-Tickets. Die Ideen sind zahlreich. Warum nicht gleich den ganzen ÖPNV kostenfrei machen, wie das manche Parteien fordern? An Ideen mangelt es nicht, und ich finde es gut, dass wir heute über einen ganz konkreten Vorschlag diskutierten, nämlich das Jobticket. Es war lange in der Mache, es wurde gut vorbereitet, und jetzt ist es so weit, in die Praxis umgesetzt zu werden.

Ich finde es ein bisschen merkwürdig, dass wir heute darüber reden, weil ja noch die Zustimmung der Verkehrsbetriebe noch aussteht. Ich glaube,

NAH.SH entscheidet erst Ende November, der Minister mag mich da korrigieren. Eigentlich hätte dieser Antrag ins Dezember-Plenum gehört. Aber das sind Formalien. Wichtig ist die Sache. Die Sache ist gut, denn es ist in der Tat wichtig, jetzt dem ÖPNV ein Zeichen zu setzen, ihn wieder attraktiver zu machen.

Der ÖPNV, die Verkehrsbetriebe haben durch Corona ganz schweren Schaden erlitten. Die Leute sind massenweise entweder zu Hause geblieben oder aufs Auto umgestiegen. Die Zulassungszahlen für Pkw sind wegen Corona gestiegen. Der ÖPNV, Bus und Bahn, sind ganz lange leer gefahren und haben dadurch Defizite eingefahren, die zum Teil durch das Land ausgeglichen werden müssen.

Der ÖPNV ist ein Zuschussbetrieb. Trotzdem ist es richtig, dass das Land Rabatte unterstützt, die die Arbeitgeber ihren Mitarbeitern geben. Von mir aus könnte es sogar noch mehr Geld geben, das man dazulegt. Es ist eine sinnvolle Sache. Pendler sollen wieder in Busse und auf die Bahn umsteigen. Das finde ich wichtig - nicht unbedingt wegen des Klimaschutzes, wie der Kollege Tietze gerade sagte. Busse stehen in Kiel genauso vor der Baustelle und verbreiten Abgase wie Autos. Man müsste die Stadt Kiel einmal fragen, warum eine Spur gesperrt wird, jeden Tag Staus produziert werden, nur weil ein paar Gehwegplatten ausgetauscht werden. Aber das ist ein anderes Thema. Das ist Lokalpolitik. Es ist auf jeden Fall sinnvoll, Leute wieder in den ÖPNV zu bekommen.

Es ist auch absolut attraktiv für Arbeitgeber. Sie suchen alle händeringend gute Arbeitskräfte, wie wir wissen. Es ist ein echter Bonus, wenn man den Bewerbern sagen kann: Ich spendiere dir noch ein Jobticket. - Das ist eine prima Geschichte. Insofern stimmen auch wir da gern zu. Voraussetzung ist - wie gesagt - das Mitmachen aller Verkehrsbetriebe. Das steht noch aus. Wir werden genau verfolgen, ob das klappt. Ansonsten können wir diesem Jobticket und weiteren kreativen Lösungen auf dieser Ebene zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall Claus Schaffer [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Vogel! Ich habe in meiner Rede gesagt, fundierte Kritik an unserem Projekt zu finden,

**(Kay Richert)**

sei schwer und erscheine immer etwas bemüht. Ich fühle mich bestätigt. Einige Teile Ihrer Rede sind mir dennoch im Unklaren geblieben. Ich hätte gern eine Zwischenfrage gestellt, bin allerdings vom abrupten Ende Ihrer Rede überrascht worden.

Eines möchte ich korrigieren. Sie haben hier davon gesprochen - der Kollege Kilian hat das in seiner Rede schon richtiggestellt -, dass nur Unternehmen teilnehmen dürften, die mindestens zehn Mitarbeiter haben. Das ist überhaupt nicht richtig. Das ist ein Problem, das im Zuge der Beratungen natürlich erkannt wurde. Das war einmal ein Beratungsstand. Das ist inzwischen nicht mehr Stand der Dinge. Fünf ist die Zahl, die zu nennen ist. Das ist schon ein wesentlicher Schritt. Es werden mehr Unternehmen sein, die daran teilnehmen können.

Generell ist Ihre Kritik gewesen, alles sei vage, alles sei unbestimmt, alles sei unfertig. Das kann ich nicht sehen. Ich finde, es ist ein klasse Projekt, dass wir auf den Weg bringen. Ich freue mich auf die Umsetzung dieses tollen Projekts. Ehrlicherweise geht es Ihnen doch bestimmt auch so: Geben Sie sich einen Ruck! Stimmen Sie dem zu! Lassen Sie uns ein starkes Zeichen setzen! - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Liebe Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Augenblicke, da kann man auf die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch einmal stolz sein. Ich bin heute stolz auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses und auf NAH.SH, dass sie es hinbekommen haben, mit den Verkehrsunternehmen dieses Jobticket so zu verhandeln und auf die Reise zu schicken. Das ist aller Ehren wert. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer tatsächlich etwas dafür tun will, dass sich die Mobilität in diesem Hause verbessert, muss an unterschiedlichen Stellen tätig werden. Er muss dafür sorgen, dass die Straßen in einen vernünftigen Zustand kommen, der muss die Schienenwege ausbauen,

der muss aber auch für die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs sorgen. Alles tun wir. Wir sind auf allen Feldern unterwegs. Auf allen Feldern liefern wir, Herr Kollege Vogel. Das ist schwer für eine Opposition. Das glaube ich.

Wenn man auf allen Bereichen Erfolge hat und sieht, dass es funktioniert, sieht, dass es nicht nur ein Semesterticket gibt, sondern auch ein Jobticket und dass dabei so attraktive Konditionen herauskommen, wie der Kollege Kilian sie gerade eben beschrieben hat, dass man in Kiel mit einem Arbeitgeberzuschuss von 30 € für 2 € den ganzen Monat im öffentlichen Personennahverkehr unterwegs ist - und der Azubi übrigens für null, kostenlos -, das ist etwas, da brauchen wir uns überhaupt nicht zu verstecken. Ganz im Gegenteil.

Mein herzlicher Dank gilt dabei insbesondere den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern aus dem Bereich der IHK, die das lautstark unterstützen und sagen: Jawohl, wir wollen das auch. - Dieses Dankeschön ist ein finanzieller Beitrag, ist ein Dankeschön an diejenigen, die das ermöglichen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volker Schnurrbusch [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Lieber Herr Vogel, klar ist, dass Sie das Haar in der Suppe suchen müssen, denn ehrlich gesagt haben Sie mit einer Sache recht. Sie haben Recht mit der Tatsache, dass man dies noch viel schöner hätte ausrollen können, mit noch mehr Fotos, mit noch mehr Berichterstattung. Das wäre es allemal wert gewesen. Das stimmt. In dieser Frage haben sie recht.

Unrecht haben Sie mit Ihren Nörgeleien hinsichtlich der kleinen Unternehmen mit fünf Leuten,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

von denen wir viele haben, dass die nicht teilnehmen könnten. Lieber Herr Vogel, Sie haben in der Beziehung recht, wenn Sie glauben, dass Sie irren. Um diesem Problem entgegenzuwirken, haben wir nicht nur dafür gesorgt, dass die Zahl von zehn auf fünf reduziert wird, sondern dass sich Unternehmen auch zusammenschließen dürfen, um in einem bestimmten Bereich dafür zu sorgen, dass, selbst wenn nur ein Mitarbeiter das Jobticket haben will und aus den umliegenden Unternehmen jeweils auch einer dabei ist, ein Zusammenschluss der Unternehmen Besteller des Jobtickets wird und damit für jeden gewährleistet wird, dass das Jobticket gekauft werden kann. Ihre Kritik geht da leider fehl.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Landesbediensteten nicht unmittelbar daran teilhaben können, liegt, lieber Herr Vogel - das wissen Sie - daran, dass der Tarifvertrag der Länder eine solche Möglichkeit zurzeit nicht vorsieht. Das ist ein Incentive, das im Tarifvertrag nicht vorgesehen ist.

Nun verweisen Sie als SPD-Mann uns auf Hessen, ein Land, das dem TD-L nicht angehört. Herzlichen Dank! Eigentlich sind Sie doch diejenigen, die für eine Tarifbindung sind.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war ein Knieschuss, Kollege Vogel. Dies ist an dieser Stelle leider missglückt.

Das Jobticket ist etwas Gutes. Nachdem Sie das jetzt wahrscheinlich alles eingeräumt haben, bin ich bei dem Appell des Kollegen Kay Richert. Geben Sie sich einen Ruck! Sagen Sie zu dieser guten Sache Ja! Unterstützen Sie den Antrag und sorgen Sie mit für die Verkehrsunternehmen! Diese sind in dieser Zeit in einer besonders schwierigen Rolle. Das Vertrauen in den öffentlichen Personennahverkehr geht in Pandemiezeiten zurück. Das müssen wir konstatieren. Wir sehen zurzeit im Hamburger Umland Fahrgasteinbrüche um die 30 % bis 40 %, weil die Menschen sagen: „In diesen Zeiten will ich mich da nicht infizieren“, obwohl es - das sage ich an dieser Stelle auch einmal ganz deutlich - überhaupt kein Ausbruchsszenario im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs gibt.

Gerade in diesen Zeiten beobachten wir sehr sorgsam, dass die Verkehrsunternehmen leistungsfähig bleiben, um das Jobticket zu finanzieren. Ich weiß, dass die Verkehrsunternehmen gesagt haben, dass das jetzt in Coronazeiten schwierig ist. Ich sage den Verkehrsunternehmen aber auch: Keiner Branche wird ermöglicht, was wir für die Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr schaffen, nämlich einen Rettungsschirm, der ihnen den kompletten Beförderungsentgeltausfall ersetzt. Vor diesem Hintergrund können die Verkehrsunternehmen guten Gewissens zustimmen. Sie sehen, dass sie auch in Pandemiezeiten von uns nicht im Stich gelassen werden.

Ich bitte Sie alle um Zustimmung und freue mich darüber, dass dieses Jobticket auf die Reise geht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag mit der Drucksache 19/2505 so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Stimmenthaltungen? - Gegenstimmen? - Damit ist der Antrag, Drucksache 19/2505, bei Enthaltung der Fraktion der SPD mit allen anderen Stimmen angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 48 auf:

**Aktuelle Situation der schweinehaltenden Betriebe in Schleswig-Holstein infolge von Corona und Afrikanischer Schweinepest (ASP).**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2510

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse somit zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich erteile damit für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan-Philipp Albrecht, das Wort.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die schweinehaltenden Betriebe in Schleswig-Holstein stehen gleich von zwei Seiten akut unter Druck. Einerseits ist da die Afrikanische Schweinepest, welche zwar bei uns nicht ausgebrochen ist, die aber große Unsicherheit in den Markt gebracht hat. Andererseits ist da die wieder zunehmende Dynamik der Coronapandemie, die zu Verzögerungen bei der Schlachtung und Zerlegung von Schweinen führt.

Das erstmalige Auftreten der ASP Anfang September 2020 in Brandenburg - aktuell hat das Friedrich-Loeffler-Institut 94 Fälle bestätigt - hat zu Importverboten von deutschem Schweinefleisch in insgesamt 13 Drittstaaten geführt. Die dadurch bedingten Preisabschläge für Schlachtschweine und Ferkel haben die Marktsituation für die Schweinehalter deutlich verschlechtert. Lassen Sie mich aber klarstellen: Es handelt sich in der Folge nicht um ein Absatzproblem. Das Schweinefleisch aus Deutschland

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

wird jetzt vermehrt innereuropäisch vermarktet, wenn auch mit Abschlügen.

Schwerwiegender ist der Hilferuf aus der Branche mit Blick auf die Folgen der Coronapandemie. Der Bauernverband spricht von einem Überhang von 40.000 schlachtreifen Schweinen. Das sind die Schlachtungen einer Woche. Und dieser Verzug wird wohl weiter wachsen. Schon in der vorletzten Woche habe ich deshalb die Situation gemeinsam mit der Branche erörtert, um Ansätze zu einer Entlastung zu finden. Die Ursache des Problems liegt hauptsächlich außerhalb Schleswig-Holsteins, nämlich in Schlacht- und Zerlegebetrieben in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dort sind coronabedingt die Schlachtkapazitäten eingeschränkt. Rund die Hälfte der schlachtreifen Schweine aus Schleswig-Holstein geht dorthin. Unser einziger großer Schweineschlachthof in Schleswig-Holstein, in Kellinghusen, arbeitet an den Kapazitätsgrenzen und bemüht sich gemeinsam mit den kleineren Schlachtbetrieben im Land sehr um Entlastung der hiesigen Betriebe.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, derzeit, und das möchte ich betonen, liegen uns noch keine Meldungen zu Tierschutzproblemen vonseiten der Landwirte und der Amtstierärzte vor. Unser Vertrauensmann für Tierschutz, Professor Schallenberg, steht dennoch Betrieben in Not als neutraler Ansprechpartner zur Verfügung, und wir stehen als Haus mit den Veterinärbehörden im Austausch auch darüber, dass diese natürlich jederzeit zur Verfügung stehen müssen, da es entsprechende Schwierigkeiten geben könnte.

Vorrangig muss es jetzt aber darum gehen, die Kapazitäten für die Schlachtungen zu sichern und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten weiter auszubauen, um mögliches Leid der Tiere in überfüllten Ställen zu vermeiden und die extrem belastende Situation der Schweinehalterinnen und -halter zu entschärfen. Wir haben deshalb das Ministerium für Soziales und Arbeit gebeten, zu prüfen, ob am Standort Kellinghusen der Arbeitszeitraum vorübergehend ausgeweitet werden kann, um die Kapazität für einen begrenzten Zeitraum noch einmal anzuheben. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier zu einer Lösung kommen.

Meine Damen und Herren, das als Bitte zu formulieren, fällt mir bei Weitem nicht leicht, wissen wir doch alle um die ohnehin schwierigen Bedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Schlachtbetrieben. Auch die Erstellung eines Notfallplans für den Fall eines Coronaausbruchs in der

Belegschaft ist dringend notwendig. Als Landwirtschaftsminister fühle ich mich aber sowohl dem Tierschutz als auch der Situation in den Betrieben verpflichtet, und hier bedarf es jetzt konkreter Solidarität zwischen allen Beteiligten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Außerdem habe ich bereits Kontakt zu meiner Amtskollegin in Nordrhein-Westfalen und meinem Amtskollegen in Niedersachsen aufgenommen, und ich habe klargestellt, dass es eine nachrangige Schlachtung von Tieren aus Schleswig-Holstein nicht geben darf. Die Kollegin und der Kollege haben mir ihre Solidarität hierbei zugesichert. Genauso zeigen wir uns solidarisch und ermöglichen - wohlgermerkt unter strengsten Hygieneanforderungen - die Schlachtung der im Verhältnis sehr kleinen Anzahl von Schweinen aus den ASP-Restriktionsgebieten in Brandenburg, denn genau darum muss es jetzt gehen, meine Damen und Herren, nämlich dass wir solidarisch für Wege sorgen, die Lasten der verschiedenen Krisen auf allen Schultern zu verteilen und sie nicht, wie das viel zu häufig der Fall ist, auf die landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe abzuwälzen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Auch die Branche leistet ihren Beitrag, zum Beispiel durch die Umstellung der Fütterung, um die Tageszunahmen zu verringern. Auch konnten freie Stallkapazitäten zwischen den Mästern vermittelt werden. Da die jetzt zu schlachtenden Schweine aber vor 300 Tagen in die Produktion gegangen sind, halten sich die kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten in Grenzen. Ich appelliere dennoch an die Verantwortung der Branche, jetzt zu bremsen, wo es möglich ist.

Um den Tieren in den Ställen unnötiges Leid zu ersparen und auch um die Betriebe in ruhiges Fahrwasser zu führen, habe ich die Branche bereits zu einem erneuten Gespräch am 11. November 2020 eingeladen. Wir werden dann und fortwährend die Lage beobachten, bewerten und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, und alle müssen dabei mithelfen. Gleichzeitig setzen wir die Präventionsarbeit zur Afrikanischen Schweinepest unnachgiebig fort. Darüber habe ich im Umwelt- und Agrarausschuss bereits zweimal ausführlich berichtet, und ich werde das auch gern weiterhin tun.

Meine Damen und Herren, klar ist aber auch, dass uns mit der Tierseuche einerseits und den Folgen der Coronapandemie andererseits die Schwächen der Just-in-time-Schweineproduktion aufgezeigt

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

werden. Deshalb ist es gut, dass wir im Rahmen unseres Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft bereits mit allen Beteiligten auch über die notwendigen Strukturveränderungen in der Tierhaltung sprechen, damit für diejenigen, die auch in Zukunft als Sauen- und Schweinehalterinnen und -halter tätig sein wollen, eine sichere Perspektive in unserem Land besteht. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Der Minister hat die Redezeit um 1 Minute erweitert. Diese steht jetzt allen Fraktionen ebenfalls zu.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

**Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Sehr geehrter Herr Minister, ich danke für den Bericht.

Krisenmanagement? - Ja. Solidarität aller Beteiligten? - ja, aber keine Wege aus der Krise, denn diese Krise, die wir zurzeit erleben, ausgelöst durch Schlachtstau infolge der Coronainfektionen, ausgelöst durch die nicht mehr stattfindenden Exporte unter anderem nach China, diese Krise offenbart eine ganz grundsätzlich existenzielle Situation in der Landwirtschaft.

Die Expansion und Konzentration in der Fleischwirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer, der Tiere, der Umwelt und der Landwirtschaft hat stattgefunden. Es ist ein hochfragiles System, ein System, das sich fast anfühlt wie ein Industrieunternehmen. Und jetzt, wo die Exporte nicht mehr funktionieren, wo nicht mehr geschlachtet werden kann, wo der Stau in den Ställen besteht und Not in den Ställen und den Betrieben, wird all das auf dem Rücken der Landwirtinnen und Landwirte der schweinehaltenden Betriebe ausgetragen, auch hier in Schleswig-Holstein.

Den Rückstau, den wir im Moment haben, können der deutsche und der europäische Markt nicht kompensieren. Herr Minister, da scheinen wir unterschiedliche Informanten und Informationsquellen zu haben, aber das ist die ganz klare Aussage. Das Schweinefleisch, das im Moment da ist und das wir produzieren, können wir allein gar nicht aufessen, zumal es immer noch zusätzliche Importe gibt.

Sie haben es dargestellt: Der Stau auf den Höfen führt natürlich zu großen Problemen im Bereich des Tierschutzes. Er führt zu betriebswirtschaftlichen Problemen, er führt aber auch zu echten Problemen bei den Landwirten. Haben Sie schon einmal einen Landwirt gesehen, der heulend zwischen seinen Ferkeln sitzt, weil er nicht weiß, wie es weitergehen soll, weil er nicht mehr weiß, was er tun soll? Denn die Ferkelimporte aus Dänemark sind ja nicht abgebrochen, sondern laufen noch weiter.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, auf einem Schweinegipfel mit allen Beteiligten nach Lösungen zu suchen. Ihre Antwort kam prompt: Man stehe im Austausch mit den Betroffenen. Die fortlaufende Abstimmung in der Sache sei wichtiger als ein öffentlichkeitswirksamer Schweinegipfel.

Bei Ihrem Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft kann es gar nicht öffentlich genug zugehen, da kann die Bühne gar nicht groß genug sein. Das ist ein Dialog, der noch nichts Konkretes für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein gebracht hat und den Sie erst Ende 2021, wahrscheinlich auch öffentlichkeitswirksam, zu Ende bringen wollen.

Ich habe es hier schon einmal gesagt und wiederhole es gern: Wenn wir nicht endlich mit konkreten Lösungsansätzen für die Landwirtschaft in die Socken kommen, dann wird es 2040 einen Großteil der landwirtschaftlichen Vielfalt in Schleswig-Holstein nicht mehr geben.

Aus der „Schweinerunde“, in der Sie zusammengesessen haben, hören wir: Das alles hat nichts gebracht! - Weiter heißt es: Die Situation ist eine Vollkatastrophe. Der Ablauf der Schlachtung ist immer noch eine Katastrophe. Die Situation ist schlimmer als vor drei Wochen. - Und: Die Preise sinken weiter dramatisch. - Das heißt, die Bereitschaft der Schlachthöfe zu schlachten, wird eher sinken als steigen - unabhängig von der Coronalage.

Ihre Antwort? Am 19. Oktober 2020 konnten wir in der Presse lesen: Wir müssen versuchen, die Schweinehälften direkt in den Markt zu geben. - Tritt das MELUND jetzt im Fleischhandel auf? Wo ist denn da die Einflussmöglichkeit des Ministers? Wie kann er dafür sorgen, dass Schweinehälften schneller in den Markt kommen? Diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

Wenn wir von einem Schweinegipfel reden, dann geht es uns nicht darum, öffentlich Klabum zu machen, sondern darum, dass die Öffentlichkeit in die Beratung über diese hochkomplexe Situation einbezogen wird; denn die Öffentlichkeit muss doch am



**(Kirsten Eickhoff-Weber)**

Ende die Neuausrichtung der Landwirtschaft mittragen.

An die Öffentlichkeit muss auch, dass CDU und CSU das Gesetz für strengere Arbeitsschutzregeln in der Fleischindustrie im Bundestag torpedieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Unerhört!)

Es darf doch nicht sein, dass Abgeordnete vor der Lobby der Fleischbarone in die Knie gehen.

(Beifall SPD)

An die Öffentlichkeit muss auch, dass die Erzeugerpreise, das, was die Ernährungswirtschaft zahlt, oftmals unter den Erzeugungskosten liegen. Die Landwirtschaft kann doch nur mit fairen Preisen fair produzieren. Das muss der Öffentlichkeit bewusst werden; denn wir alle zahlen für die billigen Lebensmittel einen verdammt hohen Preis. Die Demos Sonntagnacht haben doch gezeigt, dass die Landwirte untereinander Solidarität üben. Über dieses Thema muss in großer Runde diskutiert werden; die kleinen Gespräche reichen nicht aus.

An die Öffentlichkeit muss auch, dass die konservativen Kräfte im Europäischen Parlament gerade die GAP vom Green Deal entkoppeln. Hier wird eine historische Chance vertan, die Weichen für die Landwirtschaft neu zu stellen. Auch das muss an die Öffentlichkeit!

(Beifall SPD - Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Mehrheit haben sie doch nur mit den Sozialisten bekommen!)

- Alles klar, Herr Voß. Ihre Rede könnte ich wahrscheinlich schon jetzt halten.

Auch die Ergebnisse der Borchert-Kommission müssen an die Öffentlichkeit. Darüber muss diskutiert werden, auch hier in Schleswig-Holstein. Denn, Herr Minister, Sie haben doch Chancen und Möglichkeiten, die Ergebnisse dieser Kommission umzusetzen. Sorgen Sie bitte dafür, dass es passiert!

Meine Frage lautet ganz konkret: Haben Sie die sozioökonomische Beratung der Landwirtschaftskammer ausgeweitet? Haben Sie das Netzwerk „Landwirte in Not“ eingebunden? Haben Sie endlich eine Vorstellung davon, wie Sie die Coronahilfen der Bundesministerin verwenden wollen? - Auf diese Fragen erwarten wir endlich Antworten. Sorgen Sie dafür! Heraus aus den Hinterzimmern, hinein in die Öffentlichkeit, nur dann kann es gelingen. - Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers das Wort.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, der „Schweinestau“ ist vom Minister richtig beschrieben worden. Zu den Ursachen gehören ASP und Corona. Es darf nicht geschlachtet werden. Demzufolge kann auch nicht verarbeitet werden. Das sogenannte fünfte Viertel, das für den internationalen Markt wichtig ist, kann nicht mehr in China abgesetzt werden. Die Dinge, die wir nicht essen - „Snuten un Poten“ nannte man das früher -, werden in China als Delikatessen angeboten zu Preisen, von denen unsere Erzeuger nur träumen können. Das hat das ganze System gestützt. Wir haben uns mit unserer Schweineerzeugung in Schleswig-Holstein nicht nur bundesweit, sondern sogar weltweit einen Namen gemacht. Schweinefleisch made in Germany ist überall gefragt. ASP hat dem einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Herr Minister, ich möchte mich bei Ihnen für Ihre ausgewogene Rede ausdrücklich bedanken. Sie basiert auf viel Hintergrundwissen. Auch den Ansatz, der Branche zu helfen, begrüße ich. Denn die Branche der Schweineerzeuger ist in Not; das haben Sie richtig dargestellt.

Die Ursachen aber haben Sie falsch beschrieben. Die Branche ist nicht deswegen in Not, weil das System so schlecht wäre. Die Schweineerzeuger sind freie Unternehmer, die bisher, ohne große Subventionen vom Staat zu bekommen, mit ihrer freizeithilflichen Einstellung zu Markt und Wettbewerb dafür gesorgt haben, dass unter Beachtung höchster Standards beste Qualität, die weltweit Nachfrage findet, erzeugt wird - und das bei guten Arbeitsbedingungen. Die schon bisher hohen Tierschutzstandards in den Ställen werden weiter verbessert. Das wollte ich zunächst einmal feststellen. Damit will ich die Branche der schweinehaltenden Betriebe ausdrücklich loben.

Jetzt gilt es: Heran an die Problemlösung! Insofern bin ich von Ihrer Rede enttäuscht, Frau Eickhoff-Weber. Sie haben nämlich bis zum Ende nichts dazu gesagt, wie Sie den Bauern denn nun helfen wollen. Sie haben nur herumfabuliert, dass die Welt ein Stück weit schöner werden soll.

(Beifall CDU und FDP)

Sowohl auf Bundesebene - dort bin ich dabei gewesen - als auch auf Landesebene - darauf will ich

(Heiner Rickers)

mich jetzt beziehen - haben natürlich auch interne Runden stattgefunden. Das ist wichtig: Wer, wenn nicht die Fachleute, soll zusammensitzen, wenn es Probleme gibt? Wer soll sonst an Lösungen arbeiten? Das kann nicht nur das Volk insgesamt sein, sondern auch und insbesondere diejenigen, die betroffen sind, und diejenigen, die Lösungen anbieten können. Betroffene und Experten sind zusammengerufen worden, und man hat auch versucht, Lösungen zu finden. Das ist natürlich nicht so einfach.

Es geht zum einen um Tierschutz; das ist schon angesprochen worden; ein Punkt dabei sind die überfüllten Ställe. Weitere Themen sind die Qualitätskriterien und die damit verbundenen Preise. Sind die Schweine zu schwer, weil sie weiter gefüttert werden und dementsprechend zu stark wachsen, zahlt der Lebensmitteleinzelhandel ein Drittel weniger - ein Drittel weniger! - für dasselbe Schwein, bloß weil es 3 kg mehr wiegt. Da ist die Solidarität schon nicht mehr gegeben.

Zudem sind auf den Höfen die Kapazitäten, was die Stallungen und die Liquidität angeht, erschöpft. Die Schweinebauern brauchen deshalb schlanke Genehmigungsverfahren. Es muss möglich sein, Ferkel auch einmal in einem Strohstall beziehungsweise in der Scheune unterzubringen, ohne dass der Nachbar dagegen klagen kann. Wichtig ist zudem, dass die Schweine abgenommen und geschlachtet werden. Vielleicht ist ein „Zwischenparken“ im Rahmen privater oder staatlicher Lagerhaltung möglich. Schließlich muss es möglich sein, dass die Leute trotz Corona unter Einhaltung entsprechender Schutzmaßnahmen wieder arbeiten dürfen.

Vieles ist schon getan worden, insbesondere in Niedersachsen. Von dort können wir uns einiges abgucken. Bedanken können wir uns bei der Bundesministerin und den zuständigen Ministern von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, den „Schweine-Hochburgen“; denn sie haben einiges bewegt.

Trotz der hohen Arbeits- und Qualitätsanforderungen ist eine Ausnahme in dem Sinne möglich, dass dort länger gearbeitet werden darf. Es gibt so etwas wie eine „Arbeitsquarantäne“. Davon haben Sie vielleicht noch nie etwas gehört. „Arbeitsquarantäne“ bedeutet: Selbst wenn in einem Betrieb Fälle mit positiven Coronatests vorkommen, darf weitergearbeitet werden. Allerdings darf man sich dann nur noch zwischen Arbeitsstätte und Wohnstätte bewegen; alles andere wird vom Arbeitgeber organisiert. Das sind für diejenigen, die in diesen Betrieben arbeiten, harte Einschnitte. Aber das wird alles zum Wohle des Tierschutzes, des Absatzes und

letztlich glücklicherweise der gesamten Landwirtschaft so geregelt.

(Beifall CDU und FDP)

Wir alle wissen: Tiere sind keine Maschinen. Man kann Schweine nicht abschalten. Man kann sie nicht wegstellen. Man muss sie füttern und versorgen - rund um die Uhr, im gesamten Jahr; „24/7“ sagt man so treffend. Manchmal ist die Belastung auf den Höfen derer, die Schweine halten, so immens groß, dass sie in Tränen ausbrechen. Das können wir alle nachvollziehen. Es reicht nicht aus, dass wir sie mit Maßnahmen unterstützen, sondern wir müssen sie natürlich auch mental unterstützen.

Wir sorgen dafür - das hat der Minister richtig beschrieben -, dass in Gebieten mit zu vielen Wildschweinen nach wie vor scharf gejagt wird. Es gibt etliche Sonderregelungen, was die Jagd angeht. Wir sorgen dafür, dass wir auf den Ernstfall vorbereitet sind, das heißt auf den Fall, dass die Schweinepest tatsächlich in Schleswig-Holstein ankommt. Wir sorgen bundesweit dafür, dass in Brandenburg abgestimmte Konzepte gelten, um letztlich auch dort wieder ASP-Freiheit hinzubekommen.

Die Hürden sind hoch. Zwölf Monate Freiheit - ich wiederhole es: zwölf Monate Freiheit -, keine ASP nachgewiesen in Deutschland, würden bedeuten, dass die Freiheit für den Handel in den Drittlandexport wieder möglich gemacht werden könnte. Diese Hürde von zwölf Monaten ist hoch; denn wir haben im September und auch im Oktober immer wieder einmal verendete Wildschweine in Brandenburg finden können, wie die Behörden und die örtlichen Jäger dort festgestellt haben. Deswegen wird uns das Problem noch einige Monate beschäftigen.

Bei Corona können wir etwas machen; das sehen Sie in Schleswig-Holstein. Es wird sowohl auf Bundesebene als auch im Land Schleswig-Holstein reagiert. Am Preis können wir im Moment nichts machen; wir können aber nach wie vor die gesamte Branche dazu auffordern, ein wenig mehr Solidarität aufzubringen.

Die spannende Frage ist, ob wir noch Ferkel aus Dänemark importieren wollen, wenn unsere Ferkelerzeuger in Schleswig-Holstein die Ställe voll haben und wir nicht ständig in ein Drittland exportieren dürfen, wohl aber die Dänen. Vielleicht sollte man mit den Dänen Gespräche darüber führen, ob sie ihre Schweine nicht zu Hause mästen und dann exportieren könnten. Das wäre eine Lösung; daran wird auch gearbeitet.

(Heiner Rickers)

Wir brauchen also auch mehr Solidarität von den Handelsunternehmen. Und wir brauchen Solidarität in der Lebensmitteleinzelhandelsbranche, nicht die Preise herunterzuknüppeln, obwohl dann das Qualitätsmerkmal von 105 kg Schlachtgewicht gerissen ist. Die Schweine wiegen nämlich dann auf einmal 107 kg. Als Kunde kann ich da jedoch keinen Unterschied feststellen. Alles in allem müssen wir auf allen Ebenen Unterstützung anbieten. Das hat der Minister richtig beschrieben.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Lassen Sie uns also zusammenhalten. - Meine Redezeit ist leider beendet. Ich fordere Sie alle dazu auf, zum Wohle der Landwirtschaft, der Schweineerzeuger, des Tierschutzes und natürlich auch der Wirtschaft gemeinsam an einem Strang zu ziehen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die derzeitige Krise in den Schweineställen und auf dem Schweinemarkt kann man als Folge einer Verkettung unglücklicher Umstände begreifen. So konnten wir es auch im „Bauernblatt“ lesen. Mit Sicherheit kommen hier viele nicht geplante Faktoren zusammen. Es gab eine Pandemie und eine Tierseuche. Man kann auch bestätigen, dass die Betriebe, die wir im Schweinebereich in unserem Land haben, auf höchstem technischem Niveau und fachlich hochqualifiziert arbeiten.

Man kann die Situation aber auch - das möchte ich hier einmal tun - als Folge struktureller Probleme begreifen, die durch Corona und ASP noch verschärft werden. Das hat letztlich dazu geführt, dass die schon lange bekannten Missstände bei den Arbeitsbedingungen und bei der Unterbringung der Leiharbeiter seit der Coronapandemie deutlich wurden und mit einer bisher nie gekannten Dringlichkeit angegangen wurden.

Diese Situation hat letztlich auch in den landwirtschaftlichen Betrieben dazu geführt, dass sie diese Versäumnisse ausbaden müssen, die letztlich die

Oligopolisten - das muss man wirklich sagen, denn die haben alle anderen Verarbeiter ziemlich an die Wand gedrückt - der Fleischbranche verursacht haben.

Jetzt wird wieder mit Hochdruck geschlachtet. Der Minister hat sehr deutlich gesagt, welche Facetten das hat, nämlich dass man auf der einen Seite diejenigen, auf deren Rücken das jetzt abläuft, bitten muss, wirklich intensiv mitzuarbeiten, zusätzliche Schichten zu schieben, damit dieser Stau abgearbeitet wird. Man muss zugleich sagen: Man wird auch weiterhin an diesen Missständen arbeiten müssen.

Die Schlachtkapazitäten in unserem Land sind knapp, das wissen wir. Wir wissen auch, dass die Unternehmen gut mitziehen; auch die anderen norddeutschen Unternehmen machen in dieser Not-situation das, was sie machen können.

Eines aber muss man sagen: Wir brauchen eine neue Überlegung, was die Schlachthofstruktur angeht. Wir müssen mehr über regionale und über dezentrale Verarbeitungsstätten reden. Das ist letztlich auch eine Grundlage für funktionierende Märkte, für stabile, für funktionierende Erzeugungsstrukturen.

Wir werden, wenn wir die Verwerfungen verhindern wollen, zu allgemeinverbindlichen Anpassungen bei der Erzeugung kommen müssen. Wir können nicht immer nur sagen, die Schweine sollen jetzt nicht mehr aus Dänemark kommen. Wir müssen auch überlegen, was es heißt, wenn man immer nur wieder reagiert und den Schweinezyklus abfeiert und zulässt, dass massenweise Unternehmen aufgeben. Das können wir so nicht mehr länger hinnehmen. Ich hoffe auch, dass Bundesministerin Klöckner es so gemeint hat, als sie Bauern und Bäuerinnen zu vorausschauendem Handeln aufgefordert hat. Die Grundlage dafür, dass die Gestaltung der Märkte überhaupt möglich ist, muss letztlich auch vorausschauend von der Bundesregierung und auf europäischer Ebene gelegt werden, anstatt zu blockieren.

Ja, es ist richtig und ist sehr klar gesagt worden: Die Situation in den Betrieben ist dramatisch. Wir müssen Tierleid verhindern. Es ist eine sehr problematische Situation, die sich durch diese Just-in-time-Kette, die wir haben, in der alles eng genäht ist, ergeben hat. Wir wissen alle - Heiner Rickers hat das eben noch einmal geschildert -, dass man Schweine nicht einfach irgendwo „aufstauen“ kann, bis die strukturellen Probleme beseitigt sind.

Es ist auch Krisenmanagement angesagt. Deshalb ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung,

**(Bernd Voß)**

an den Minister und an alle Beteiligten dafür, dass sie intensiv nach Lösungen suchen und mit Hochdruck daran arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines möchte ich betonen: Die Landesregierung bereitet sich mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit Jahren vorausschauend auf den hoffentlich nicht eintretenden Fall eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest vor, um diese zu verhindern oder in einer solchen Situation überhaupt reagieren zu können. Vor einigen Jahren wurde man noch belächelt, wenn man dieses Thema intensiv thematisiert hat. Es ist nähergekommen, es steht bereits vor der Haustür. Deshalb noch einmal vielen Dank an die vielen Mitarbeiter, die sich hier seit Jahren engagieren, um auf diesen Fall vorbereitet und handlungsfähig zu sein. Ich glaube, das darf man nicht unterschätzen.

Alle haben hier keine richtige Antwort auf die Frage geliefert, wie man in dieser Krise richtig reagieren kann, auch ich nicht. Aber ich glaube, die Konsequenzen werden jenseits der Gespräche gezogen werden müssen, um die Kette jetzt so gut es geht am Laufen zu halten. Man muss intensiv daran arbeiten, die Kette resilient aufzustellen. Ich glaube, dies ist unsere Verpflichtung den Verbrauchern und den Unternehmen gegenüber, damit wir bei dieser Thematik wirklich auf soliden Füßen stehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schweinehalter und Ferkelzüchter sind in einer bedrohlichen Lage. Die Nerven liegen blank. Vor ein paar Monaten noch waren es die strikten Regelungen der neuen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, wegen der die Landwirte vor dem Aus vieler Betriebe warnten. Jetzt kommen noch fehlende Schlachtkapazitäten aufgrund von Corona und die drastisch gefallenen Absatzpreise aufgrund der Afrikanischen Schweinepest hinzu.

Wie den Medien zu entnehmen ist, stauen sich mittlerweile über 400.000 Schlachtschweine; das ist eine Schätzung des Verbands der Fleischwirtschaft. Neue Ferkel können nicht in Mastbetriebe aufge-

nommen werden. Schlachtreife Tiere werden deshalb immer fetter. Das führt zu tierschutzrechtlich bedenklicher Enge in den Betrieben. Das Tierwohl ist in dieser Situation gefährdet. Es wäre ja auch wirklich schrecklich, wenn die Tiere einfach notgeschlachtet werden müssten. Deshalb fordern die Landwirte Hilfe und Antworten von der Politik.

Ich begrüße es wirklich sehr, dass wir das Thema heute im Landtag debattieren. Vor allem begrüße ich es, dass Minister Albrecht zu der Thematik im ständigen Austausch mit der Branche, mit seinen Kollegen aus NRW und Niedersachsen sowie mit unserem Agrarausschuss ist. Das Ganze findet auch nicht im Hinterzimmer statt, Frau Eickhoff-Weber.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wegfall von Schlachtkapazitäten über einen gewissen Zeitraum wirkt bis heute nach - wie eine Vollbremsung auf der Autobahn auch noch einige hundert Meter und lange Zeit im rückwärtigen Verkehr nachwirkt. Aktuell arbeiten die meisten Schlachthöfe - natürlich unter Coronaauflagen - wieder an ihren Kapazitätsgrenzen. Es müssen dabei logischerweise strenge Infektionsschutzmaßnahmen eingehalten werden.

Zur Coronaproblematik kommt dann seit Kurzem noch die Bedrohung durch die Afrikanische Schweinepest. Die Schlachtbetriebe werden ihre Waren aus den Kühlhäusern nicht los, die vor dem Auftauchen der ASP an Drittländer wie China gegangen sind. Diese Drittländer haben vor allem auch Teile vom Schwein genommen, die hier keine Abnehmer mehr fanden. Heiner Rickers hat es ausgeführt.

Es wird derzeit mit Hochdruck daran gearbeitet, neue Absatzmärkte zu erschließen, aber die Anpassung eben dieser komplexen Prozesse benötigt Zeit. Währenddessen werden neue Ferkel geboren, sie wachsen auf und die Schlachtschweine werden, wie gesagt, immer größer und schwerer. Dieser Prozess lässt sich auch nicht so einfach anhalten wie ein Fließband in der Automobilwirtschaft, aber natürlich müssen wir sehen - der Minister hat darauf hingewiesen -, dass wir dort bremsen, wo es möglich ist. Aber ad hoc geht es natürlich nicht.

Die Frage ist natürlich, was die Landespolitik nun tun kann. Es ist, wie ich schon sagte, gut und richtig, dass unser Minister im ständigen Austausch mit der Branche steht. Nun gilt es, gemeinsam - also auch ministeriums- und länderübergreifend - pragmatische Lösungen zu finden. Wir unterstützen die Landesregierung dabei, alle Maßnahmen zu prüfen

(**Oliver Kumbartzky**)

und zu ergreifen, um alles Mögliche zu tun, das Tierwohl zu schützen sowie die Landwirte und ihre Familien zu unterstützen.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Punkte gibt es da konkret? - Zum Beispiel die Prüfung von arbeitsschutzrechtlichen Möglichkeiten zur Erhöhung der Schlachtkapazitäten. Beim Schlachthof Kellinghusen ist das beispielsweise ein Weg, der zurzeit besprochen wird. Ebenso gilt es, einen Notfallplan für den Fall eines Covid-Ausbruchs in der Belegschaft zu erstellen. Coronabedingte Sperrzeiten bei Schlachthöfen könnten somit verkürzt werden.

Auch bei den gesetzlichen Standards beim Platzangebot im Stall sollte meiner Meinung nach geprüft werden, ob zumindest zeitweise EU-konforme Spielräume möglich wären, um Linderung zu schaffen, um Zeit zu gewinnen und um die Landwirte aus einem drohenden Rechtsbruch beim Tierwohl herauszubekommen.

Abschließend möchte ich daran appellieren, dass wir fest an der Seite der Schweinehalter stehen und uns auch zur Schweinehaltung bekennen sollten. Unsere Solidarität ist da sehr wichtig. Da gebe ich Herrn Minister absolut Recht. Wir sollten auch alle an einem Strang ziehen und uns klar verdeutlichen, dass die Landwirte unverschuldet in diese Lage geraten sind. Es nützt jetzt nichts, Generalkritik an der Fleischwirtschaft zu äußern oder, wie es Frau Eickhoff-Weber getan hat, die CDU-Bundestagsfraktion oder die EVP-Fraktion zu kritisieren oder Kritik am Minister wegen angeblicher Hinterzimmerpolitik zu üben. Das löst jetzt nicht das Problem. Wie das Problem gelöst werden kann, haben die Vorredner von CDU, Grünen und der Minister ausgeführt.

Sie, Frau Eickhoff-Weber, haben leider eine Chance verpasst, aber ich bin Ihnen zumindest dankbar, dass Sie diesen Tagesordnungspunkt heute in das Plenum eingebracht haben. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen, die wir ja regelmäßig im Ausschuss und auch weiter führen werden. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2510 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 55 auf:

**Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1917

**Rahmenbedingungen für Kurzzeitpflege endlich verbessern**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1951

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 19/2480

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Sozialausschusses. - Wer übernimmt das heute in Vertretung für Herrn Kalinka? Das ist Herr Berichterstatter Wolfgang Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Frau Präsidentin! In der Kürze der Zeit verweise ich auf die Vorlage.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herzlichen Dank. - Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation in der Alten- und Krankenpflege wird hier im Plenum eigentlich regelmäßig diskutiert. Es ist wichtig und gut, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir mit alten und kranken Menschen umgehen. Wir sollten dabei aber nicht nur reden, sondern auch handeln; denn der Bund hat uns in diesem Bereich der Kurzzeitpflege doch ein bisschen im Stich gelassen. Aber darauf gehe ich gleich noch ein.

Wir haben uns in der letzten Zeit bestimmt viermal mit der Kurzzeitpflege beschäftigt. Das ist auch nicht zu viel, das ist angemessen, denn genau diese Betreuungsart ist in Schleswig-Holstein ein wenig unterentwickelt, um das noch nett zu formulieren.

**(Katja Rathje-Hoffmann)**

Wir haben in Schleswig-Holstein nur eingestreute Kurzzeitpflege - und das noch nicht einmal bedarfsgerecht. Wir brauchen mehr Geld für die Kurzzeitpflege. Der Grund, warum es keine Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein gibt beziehungsweise nur eingestreute Kurzzeitpflegeplätze in normalen Alten- und Pflegeheimen, ist, dass es nicht auskömmlich finanziert wird. Niemand sollte Geld mitbringen, um das durchzuführen. Die Menschen, die so eine Pflege anbieten, müssen damit auch auskommen; die Finanzierung muss auskömmlich sein. Es ist dringend notwendig, dass wir uns hier engagieren, wenn es der Bund nicht tut. Eigentlich hat Minister Spahn zur Mitte dieses Jahres eine Verbesserung der Situation in der Kurzzeitpflege angekündigt, jedoch ist bisher hier noch nichts gekommen. Daher ist es ganz gut, und ich danke den Abgeordneten, dass im Nachtragshaushalt 10 Millionen € für die Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt werden. Das ist Geld, das dringend gebraucht wird, und es kommt sicher gut an. Wir sollten versuchen, in Schleswig-Holstein zusammen mit einem Träger die solitäre Kurzzeitpflege anzubieten.

Wirtschaftliche Gründe nannte ich bereits. Die Pflegekassen sind auch in der Pflicht. Da muss noch einmal neu nachgedacht werden. Ich denke, wir sollten gemeinsam mit den Trägern, mit dem Ministerium und den Pflegekassen eine Strategie entwickeln, um in Schleswig-Holstein eine Kurzzeitpflege auf den Weg zu bringen. Sie ist notwendig und hilft auch Menschen, wieder selber in die Häuslichkeit, in die Unabhängigkeit, in die Selbstständigkeit zu gelangen. Zurzeit ist es so, dass Menschen, die aus dem Krankenhaus kommen und weiterhin pflegebedürftig sind, in normalen Alten- und Pflegeheimen betreut werden. Das Problem ist dort, dass der Fokus nicht unbedingt auf die Verselbstständigung gelegt wird. Ich möchte da niemandem etwas vorwerfen, aber es ist erwiesen, dass in Kurzzeitpflegeeinrichtungen, in der solitären Kurzzeitpflege die Menschen nachhaltiger mobilisiert werden. Es sollte auch in Schleswig-Holstein ein Ziel sein, dass immer weniger Menschen pflegebedürftig werden, sondern mit therapeutischen Maßnahmen darauf vorbereitet werden, wieder selbstständig in der eigenen häuslichen Umgebung zu leben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir jetzt in mehreren Sitzungen besprochen, meine Damen und Herren. Ich finde es richtig, dass wir gemeinsam daran arbeiten wollen, diese Pflegeform in Schleswig-Holstein zu stärken be-

ziehungsweise solitäre Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

**Birte Pauls [SPD]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was tun, wenn der Zustand der 75-jährigen Frau Hansen nach ihrer Operation zwar nicht mehr krankenhauspflichtig ist, sie sich aber in ihrer Wohnung im ersten Stock ohne Fahrstuhl noch nicht wieder allein versorgen kann? - Für diese Situation gibt es das gute Angebot der sogenannten Kurzzeitpflege. Mit Glück bemüht sich das Entlassmanagement der Klinik um einen Kurzzeitpflegeplatz. Mit Glück gibt es Angehörige, die sich vorübergehend kümmern können. Mit Pech gibt es aber weit und breit keinen Kurzzeitpflegeplatz für Frau Hansen. Frau Hansen wird also nach Hause entlassen.

Nach etlichen Telefonaten bietet ein ambulanter Pflegedienst, der zufällig noch freie Kapazitäten hat, Frau Hansen zweimal täglich zwölf Minuten an. Die Tochter von Frau Hansen wohnt nicht in der Nähe. Wegen einer vorherigen Erkrankung der Mutter hat sie ihr Kontingent von zehn Arbeitstagen im Rahmen des Pflegezeitgesetzes bereits verbraucht. Die Pflegezeit von sechs Monaten kann sich die Tochter nicht leisten, weil sie von ihrem Gehalt als Teilzeitkraft in einem Supermarkt das ihr in diesem Fall zustehende zinslose Darlehen nicht zurückzahlen kann. Physiotherapeuten, die maßgeblich für eine schnelle Mobilisation und damit für die wiedergewonnene Selbstständigkeit beitragen könnten, werden nicht kontaktiert. Netterweise kümmert sich die Nachbarin um den Einkauf. Eine fiktive Geschichte? - Nein. Das ist bittere, alltägliche Realität in Schleswig-Holstein.

Aus der schriftlichen Anhörung wird das große Problem der fehlenden Kurzzeitpflegeplätze deutlich. Es darf bei der medizinischen und pflegerischen Versorgung von Menschen nicht um Glück oder um Pech gehen. Das Land hat und muss mit seinem Sicherstellungsauftrag nachkommen, damit Bürgerinnen und Bürger ihren Anspruch auf Kurzzeitpflege auch durchsetzen können.

(Birte Pauls)

Wir haben laut AOK landesweit rund 1.700 Kurzzeitpflegeplätze in den 550 vollstationären Pflegeeinrichtungen als sogenannte eingestreute Kurzzeitpflegebetten bereitgestellt. Diese werden aber ebenfalls für die Verhinderungspflege benutzt. Pflegenden Angehörige haben einen gesetzlichen Anspruch auf eine Auszeit, sei es, um sich von der dauerhaften Belastung von 24/7/365 zu erholen oder vielleicht auch, um sich selbst einer Behandlung zu unterziehen.

Klatschen und Sonntagsreden reichen zur Entlastung des größten Pflegedienstes in Deutschland nicht aus. Die möglichen vorhandenen Plätze werden eher für die Langzeitpflege genutzt, weil die Organisation rund um einen Kurzzeitpflegegast sehr aufwendig ist. Aber es kann doch wirklich nicht angehen, dass über die Hälfte derjenigen, die mit Glück einen Kurzzeitpflegeplatz ergattert haben, direkt in die Langzeitpflege überführt werden. Da wird die Idee, Kurzzeitpflege, ihrem Ursprung wirklich nicht gerecht.

(Beifall SPD, vereinzelt FDP und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Verhinderungspflege, die für die pflegenden Angehörigen nicht planbar ist, verfehlt komplett das Ziel. Auch im Hinblick auf eine immer älter werdende Gesellschaft braucht es eine solitäre Kurzzeitpflege, dessen multiprofessionelles Team von Pflege, Therapeuten, Sozialberatung und Ärzten nur die eine Aufgabe hat, die Menschen wieder so zu mobilisieren, dass sie möglichst selbstständig oder mit Unterstützung in ihrem eigenen Umfeld leben können. Das entspricht auch dem Wunsch der meisten Menschen. Und dem sollten wir als Gesellschaft gerecht werden.

(Beifall SPD und Wolfgang Baasch [SPD])

Wir haben das Thema seit zwei Jahren im Plenum. Letztes Jahr hat die Koalition unseren Antrag auf Schaffung von solitären Kurzzeitplätzen abgelehnt. In dem Alternativantrag von CDU, FDP und Grünen, der nun seit Januar vorliegt, steht nicht Verkehrtes drin. Deshalb haben wir im Sozialausschuss auch zugestimmt. Sie schauen dabei allerdings nur auf das Geld und nicht auf den Menschen.

(Zurufe CDU: Ah!)

- Ja, dann schau dir das einmal an. Es geht hier tatsächlich nur um die Finanzierung. Schaut euch das noch einmal an. Es geht um die Finanzierung der Kurzzeitpflege, aber nicht darum, was genau für die Menschen gut ist.

Der Antrag der Koalition ist aus unserer Sicht von Mutlosigkeit und mangelndem Ehrgeiz für die Verbesserung der Situation der Menschen geprägt und schiebt wieder einmal die Verantwortung in Richtung Berlin. Das, meine Damen und Herren, ist ein immer wiederkehrendes Symptom für die Uneinigkeit dieser Koalition. Minimalkonsens - das ist Ihr Programm. Das bedeutet Stillstand in der Sozialpolitik, und das ist keine Verbesserung in der Pflegesituation.

(Widerspruch CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es gut, dass wir Sozialdemokraten im Nachtragshaushalt Pflöcke eingeschlagen haben. Wir haben 10 Millionen € für den Ausbau von solitären Kurzzeitpflegeplätzen hineinverhandelt. Das ist der politische Beschluss, endlich etwas für die drängenden Probleme der Menschen in Schleswig-Holstein zu tun.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Das ist auch Geld!)

Sie können es mit dem Beschluss der Küstenkoalition vergleichen, den Ausbau der wohnortnahen Hospizplätze zu organisieren, der ebenfalls aus der Feder der SPD stammte. Diese werden jetzt überall im Land eingeweiht. Die solitären Kurzzeitpflegeplätze bringen wir mit dem Nachtragshaushalt auf den Weg. Ich gehe davon aus, dass wir sie in der nächsten Legislaturperiode wieder einweihen. - Danke schön.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pflege wird in unserer Gesellschaft zunehmend selbst zum Pflegefall. Das sehen wir ganz deutlich auch bei der Kurzzeitpflege. Viele Pflegebedürftige werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Wir nennen das auch den „größten Pflegedienst der Nation“. Stellen Sie sich einmal vor, was diese Angehörigen Tag für Tag leisten. Das ist enorm, und wir können froh und dankbar sein, dass es so viele Angehörige gibt, die diese wichtige Aufgabe übernehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

**(Dr. Marret Bohn)**

Wenn eine pflegebedürftige Person für eine begrenzte Zeit stationäre Pflege braucht, dann greift die Kurzzeitpflege. Das ist häufig nach einem Krankenhausaufenthalt der Fall. In der Theorie klingt das ganz gut. Leider ist es in der Praxis so, dass es viel zu wenig Plätze in der Kurzzeitpflege gibt. Das ist aus der Anhörung im Sozialausschuss deutlich geworden, aber ich glaube, das war vielen von uns vorher auch schon klar, dass wir dort einen erheblichen Mangel haben. Es ist ein Armutszeugnis für unsere reiche Gesellschaft, dass die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen immer wieder im Stich gelassen werden. Das hängt, liebe Kollegin Pauls, mit den Strukturen zusammen. Das hängt allerdings auch mit der Finanzierung zusammen. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Wir müssen einmal darauf schauen, wie die Kurzzeitpflege organisiert ist, auf das Fundament der Kurzzeitpflege. Denn die Jamaika-Koalition möchte ganz konkrete Verbesserungen - wie es vorhin gesagt worden ist - für die Menschen in Schleswig-Holstein erreichen. Wir möchten ganz konkret dort, wo es Lücken gibt, nachbessern.

Wir haben auf der Anhörung aufbauend acht Punkte erarbeitet, von denen wir überzeugt sind, dass sie helfen werden:

Eine bessere Vergütung. Das gehört nun einmal dazu. Es geht gerade um die Menschen, die dort in der Kurzzeitpflege versorgt werden sollen. Dazu gehört für uns auch ein Steuerzuschuss, damit die Angehörigen nicht in der Armutsfalle landen. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern und den Einrichtungen der Kurzzeitpflege, eine bessere Absicherung, wenn die Situation plötzlich eintritt, eine höhere Flexibilität, eine Sperrfrist für die Inanspruchnahme sollte aufgehoben werden. Der siebte Punkt: eine Verkürzung der Fristen bei der Leistungserstattung.

Wir sind uns einig, dass auch die SPD das gut finden könnte. Das hätten Sie auch vorher schon auf den Weg bringen können.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Und vor allen Dingen - ich meine zu erinnern, dass es den Kolleginnen und Kollegen in unserem Arbeitskreis ganz wichtig war: ein bundesweites digitales Kurzzeitpflegeportal.

Das ist doch mal moderne Pflegepolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind ganz konkrete Schritte, die wir vorschlagen und die die Situation in der Kurzzeitpflege verbessern sollen.

Ich sage es ganz deutlich: Unsere Vorschläge liegen jetzt auf dem Tisch. Ich erwarte, dass die Bundesregierung sie auch aufgreifen wird. Da ist die SPD doch mit an Bord. Das ist doch dann gar kein Problem.

(Thomas Hölck [SPD]: Die auch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass das hier der richtige Zeitpunkt ist, allen reinen Wein einzuschenken. Die Situation in der Pflege ist in allen Bereichen angespannt, zum Zerreißen angespannt. Ich frage mich oft, warum vor 20 Jahren die Zeichen der Zeit nicht besser erkannt und die Weichen nicht anders gestellt worden sind - und das, obwohl die Entwicklung absehbar war. Ich habe den Eindruck, dass wir in der Pflegepolitik von heute den falschen und nicht ausreichenden Entscheidungen von gestern und vorgestern ewig hinterherlaufen und nur noch versuchen, das Schlimmste zu verhindern. Und selbst das ist in der Regel ein Kraftakt und nicht immer einfach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pflege ist zum Pflegefall geworden. Wenn wir das Rennen noch gewinnen wollen - ich glaube, das sollten wir alle wollen -, dann könnten wir die vorliegenden Vorschläge umsetzen.

Ich freue mich, dass wir gemeinsam mit der Oppositionsfraktion Finanzmittel für solitäre Kurzzeitpflege zur Verfügung stellen und bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kurzzeitpflege ist ein wichtiger Bestandteil unseres Gesundheitssystems, welche die dauerhafte stationäre Unterbringung langfristig nach hinten schieben soll. Ziel ist es, dass man nach dem Aufenthalt bei der Kurzzeitpflege wieder in sein vorheriges Umfeld zurückkehren kann. Weit über die Hälfte der Pflegebedürftigen werden in ihrem Zuhause betreut - von ambulanten Pflegediensten, zumeist aber von der eigenen Familie. Ohne die vielen pflegenden Angehörigen wäre dieses Gesundheitssystem, diese Pflege, wie sie jetzt in Deutschland existiert, nicht zu machen. Schließlich leisten die Angehörigen jeden Tag einen außeror-



**(Dennys Bornhöft)**

dentlichen Dienst und erfahren dabei sogar oft für sie selbst finanzielle wie mentale Einbußen.

Bereits in dieser Konstellation ist der Fachkräftemangel deutlich ausgeprägt; ohne das Zutun der Familien wären wir mit der Daseinsvorsorge hier aufgeschmissen. Daher kann man denjenigen, die sich um die Eltern und die Großeltern kümmern, gar nicht genug danken, was ich hier noch einmal ausdrücklich tun möchte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

- Ich gehe davon aus, dass das im Sinne aller Anwesenden hier im Plenarsaal ist.

Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege sind Instrumente, die das Leben in den eigenen vier Wänden möglichst lange absichern sollen. Kurzzeitpflegeplätze sind überwiegend rar und häufig nur vereinzelt in stationären Altenpflegeeinrichtungen integriert, welche dann - das wurde auch schon beschrieben - häufig zu einer dauerhaften Unterbringung überführt werden.

Eine solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtung hat sich in Schleswig-Holstein bisher noch nicht wirklich etabliert, auch wenn das der Bedarf in den Ballungsgebieten sicherlich hergeben würde. Neben den hohen Investitionskosten sind die derzeit gültigen Vergütungssätze im Vergleich zur Langzeitpflege unrentabel. Da bekräftigen wir mit unserem Antrag noch einmal die Forderung, dass die Vergütungssätze für Kurzzeitpflege deutlich verbessert werden. Diese Vergütung sollte am besten sogar höher als die der Langzeitpflege sein, um Fehlanreize zur dauerhaften stationären Aufnahme zu senken.

Insbesondere die CDU- und SPD-Kolleginnen und Kollegen bitte ich, hier auf ihre Parteifreunde im Bundestag und in der Bundesregierung hinzuwirken, diese gemeinsame Forderung umzusetzen. Wie wir aus den beiden vergangenen Landtagsdebatten zur Kurzzeitpflege bereits wissen, gibt es dazu schließlich schon ein Bekenntnis der CDU-SPD-Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag, genauer: auf den Seiten 96 und 97. Die GroKo will nach eigenen Worten „die Angebote für eine verlässliche Kurzzeitpflege stärken, indem wir eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen“.

Durch die bisher fehlende betriebswirtschaftliche Rentabilität von Kurzzeitpflegeeinrichtungen wurden Investitionen zur Errichtung solitärer Stationen gescheut. Es ist daher keinem Betreiber vorzuwerfen, unter diesen finanziellen Rahmenbedingungen bisher zögerlich mit dem Ausweiten von Kurzzeit-

pflegeplätzen umgegangen zu sein. Mit dem gemeinsamen Antrag, der schon erwähnt wurde, über die Verwendung der Corona-Notkrediten, Drucksache 19/2492, stellen wir landesweit für 2021 und 2022 jetzt insgesamt 10 Millionen € zur Verfügung.

Frau Pauls, Sie haben gerade kritisiert, dass wir über so viel Geld sprechen. Diese 10 Millionen € - die Idee wurde ja von Ihnen aufgeworfen - sind sicherlich eine gute Sache für die Pflege. Ich hoffe, dass diese Gelder zügig in den Aufbau entsprechender Angebote fließen werden

(Birte Pauls [SPD]: Die stehen aber nicht im Antrag!)

- Nein. Frau Pauls, aber auch Sie haben darüber gesprochen, obwohl es nicht im Antrag steht. Also gut: Ich hätte in dieser Sache gern etwas mehr Gemeinsamkeit; das täte allen gut, allen Pflegenden, allen Pflegekräften, allen pflegenden Angehörigen. Da habe ich Sie sicherlich an unserer Seite, Frau Pauls. - Das hoffe ich zumindest.

Ein weiterer Punkt, den ich gern aufgreifen möchte und der uns Freien Demokraten besonders wichtig ist, der vielleicht eher als Kleinigkeit gelesen wird, aber für die Ad-hoc-Betroffenen viel Erleichterung mit sich bringen kann, ist die Erstellung eines digitalen Portals - möglichst mit Echtdateien, damit man sofort sehen kann, wo im Umkreis gerade freie Plätze zur Verfügung stehen. Der Bedarf, schnellstmöglich einen Platz zu finden, kommt immer zu einem ungünstigen Zeitpunkt; er kommt zum Zeitpunkt, wo der Pflegestützpunkt telefonisch nicht mehr besetzt ist, er kommt am späten Abend, Freitagabend, am Wochenende oder an Feiertagen. Deshalb wäre solch ein Portal für die Betroffenen von besonderem Vorteil, damit man das schnell nachvollziehen kann.

Abschließend: Aus Schleswig-Holstein sind mehrere gute Initiativen zur Pflegepolitik gekommen, die häufig gemeinsam hier beschlossen und zur Bundesebene gebracht wurden. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch dieses Mal der Landesregierung ein breites Votum mitgegeben wird, damit unsere Forderungen, die wir hier aufstellen, zum Wohle der Pflegebedürftigen, zum Wohle der Angehörigen und nicht zuletzt zum Wohle der Pflegenden Gehör finden und umgesetzt werden können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich will einmal von dem abweichen, was einem kluge Leute hier aufschreiben. - Kann man mich verstehen?

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Kleinen Moment bitte, wir müssen das hier einmal ein bisschen lauter stellen.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Ich versuche es noch einmal; jetzt sind auch schon 26 Sekunden weg. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, können Sie mich jetzt verstehen?

(Zurufe: Ja!)

In den vergangenen Debattenbeiträgen, jedenfalls in denen, die ich mitbekommen habe - ich habe den Plenarsaal vorhin nicht aus Spaß verlassen; ich bitte heute und in den nächsten zwei Tagen um Entschuldigung, wenn ich nicht permanent anwesend sein kann -, ist deutlich geworden, unabhängig davon, ob man in der Opposition oder in der Regierung ist, was für einen wesentlichen Beitrag Kurzzeitpflege leistet.

Dieser wesentliche Beitrag, den die Kurzzeitpflege leistet, beispielsweise auch um Patientinnen und Patienten nach einem Krankenhausaufenthalt die Möglichkeit zu verschaffen, anschließend wieder in die eigentliche Häuslichkeit zu gehen, also das, was sich die Menschen so sehr wünschen, Langzeitpflege in einer stationären Einrichtung solange wie möglich nach hinten hinauszuzögern oder auch pflegende Angehörige zu entlasten - um nur einige Beispiele zu nennen -, ist in den bisherigen Debattenbeiträgen deutlich geworden.

Schleswig-Holstein verfügt derzeit über rund 1.600 sogenannte eingestreute Kurzzeitpflegeplätze, eingestreute Pflegeplätze, mit all den Schwierigkeiten, die das Prinzip der eingestreuten Kurzzeitpflegeplätze auch für die Einrichtungen mit sich bringt.

Diese Plätze sind flexibel nutzbar, was für eine Einrichtung natürlich immer das Problem mit sich bringt, dass sie sich überlegen muss, ob sie einen

solchen Platz tatsächlich freihält oder ob er nicht lieber doch von einem Menschen belegt wird, der in die Langzeitpflege geht. Das ist natürlich nicht Sinn der Veranstaltung, das ist mir schon klar, aber wir wissen auch, dass die Einrichtungen unter einem sehr hohen Druck stehen.

Was wir bundesweit und auch in Schleswig-Holstein brauchen, ist ein verlässliches Angebot an Kurzzeit- und an Verhinderungspflegeplätzen. Dazu gehören auch solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtungen, zum Beispiel für eine mobilisierende und rehabilitative Pflege. Das ist das Ziel der Landesregierung, das wir gemeinsam erreichen wollen, und zwar mit allen Beteiligten im Land.

Kurzzeitpflegeplätze, bewohnerbezogen und einkommensunabhängig, werden derzeit vom Land mit rund 15,34 € am Tag gefördert. 2018 hat das Land dafür insgesamt 2,2 Millionen € bereitgestellt.

Positiv - das will ich bei allen Schwierigkeiten herausheben - ist, dass wir der investiven Förderung der solitären Kurzzeitpflege ab dem kommenden Haushaltsjahr rund 10 Millionen € zur Verfügung stellen. Ich will hier dezidiert meinen Dank an das Parlament sagen, und zwar ausdrücklich auch an die Opposition, der das ein wichtiges Anliegen war. Bei aller Uneinigkeit, die häufig auch bei diesem Thema geherrscht hat - jedenfalls in bestimmten Teilen -, ist das ein starkes und notwendiges Signal für diejenigen, die darauf warten.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zusätzlich zu dem, was in den Verhandlungen mit der Opposition vereinbart wurde, ist mein Haus derzeit dabei, eine entsprechende Förderrichtlinie zur Stärkung der solitären Kurzzeitpflege auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch in der hierzu eingerichteten Arbeitsgruppe des Landespflegeausschusses, wie die Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein gezielt weiterentwickelt werden kann.

Wir sind bereit - das ist ein gutes und starkes Signal in Richtung Kurzzeitpflege -, zur Stärkung der Kurzzeitpflege unseren Beitrag zu leisten.

Ich will das, was ich beim letzten Redebeitrag angesprochen habe, als wir über das Thema debattiert haben, ausdrücklich nicht wiederholen. Der Bund muss seine Hausaufgaben machen. Wir wissen alle, welche das sind. Die ASMK hat das noch einmal beschlossen, und zwar dezidiert.

Ich will es anders formulieren als beim letzten Mal, weil es mir ein zentral wichtiges Anliegen für die

(Minister Dr. Heiner Garg)

Menschen ist, die dringend auf Kurzzeitpflege angewiesen sind: Wir werden das schaffen, aber nur im Schulterschluss mit Bund und Ländern. Schleswig-Holstein macht sich auf den Weg - und zwar von allen demokratischen Fraktionen mit beschlossen -, hier einen Beitrag zu leisten, Kurzzeitpflegeplätze zu errichten, die unter den jetzigen Bedingungen immer noch nicht betriebswirtschaftlich vernünftig betrieben werden können. Wir machen unsere Hausaufgaben, wir arbeiten daran. Meine Bitte, mein Wunsch und mein Appell geht an den Bund, seinen Teil hierzu beizutragen.

Dann schaffen wir die Lösung des Problems und bauen das Problem, das die Abgeordnete Bohn zu Recht deutlich skizziert hat, nämlich die Pflege nicht weiter zum Pflegefall werden zu lassen, jedenfalls ein Stück weit ab und kommen davon weg, wenn wir an dieser einen Stelle erfolgreich sind. - Danke fürs Zuhören.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag, Drucksache 19/1917, abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? Noch einmal: Gegenprobe!

(Birte Pauls [SPD]: Wir stimmen unserem Antrag zu!)

- Wenn die SPD sich jetzt einig ist, würde ich gerne noch einmal abstimmen.

(Zurufe SPD)

Wer gegen die Ablehnung dieses Antrags ist, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen!

(Zurufe)

Ich mache es noch einmal ganz von vorn! Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag, Drucksache 19/1917, abzulehnen. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Aha!

Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU sowie den Abgeordneten Schnurrbusch, Nobis, Dr. Brodehl, Schnurrbusch und von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

(Zuruf: Schaffer heißt der!)

- Ach, Entschuldigung, Herr Schaffer.

Weiter empfiehlt der Ausschuss, den Alternativantrag, Drucksache 19/1951, anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Neue EU-Förderperiode gestalten!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2398 (neu)

**Neue Förderperiode für Schleswig-Holstein nutzen!**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/2447

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Regina Poersch.

**Regina Poersch [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Der Landtag wird an der Neuausrichtung der ab 2021 beginnenden EU-Förderperiode beteiligt.“

So steht es im Koalitionsvertrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Bisher ist leider von Beteiligung und Beratung in den Gremien des Landtages wenig zu merken. Deswegen haben wir die EU-Förderperiode auf die Tagesordnung gesetzt, denn wir finden: Aktive Beteiligung meint nicht die Beantwortung meiner Kleinen Anfragen und auch nicht die Unterrichtung bei Bedarf, wie Ihr Antrag es vorsieht.

(Beifall SPD)

Europa steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art. Dies sind nicht nur der Klimawandel und die Flüchtlingsbewegungen, die Folgen des Brexit und die zunehmenden nationalen Egoismen, sondern die Coronapandemie verstärkt und beschleunigt eine Entwicklung, die Menschen abhängt, ihnen Teilhabe an Bildung oder am Arbeits-

**(Regina Poersch)**

markt verwehrt. Deshalb ist es mehr denn je notwendig, die Solidargemeinschaft in Europa zu stärken und in der neuen EU-Förderperiode ausreichend Mittel zur Verfügung zu haben, um die Säule der sozialen Rechte mit Leben zu füllen.

Danach sieht es leider derzeit nicht aus, denn nach allem, was wir wissen, wird es durch Umstrukturierungen und das Zusammenführen von gleich fünf Fonds zu einem neuen Europäischen Sozialfonds ESF+ deutliche Mittelkürzungen geben. Dabei ist der ESF das Hauptfinanzierungsinstrument der EU zur Stärkung der sozialen Dimension Europas. Umso wichtiger ist, dass wir endlich hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag darüber diskutieren.

Nicht nur die neue Struktur, auch die künftig höhere Kofinanzierung stellt die im sozialen Bereich Aktiven - das sind oft kleinere Organisationen, Vereine und Verbände - vor echte Probleme. Insofern müsste die Frage des verstärkten Einsatzes von Landesmitteln diskutiert werden. Sie aber halten - da kann ja wohl kommen, was will - daran fest, was Sie 2017 in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben haben:

„Eventuell wegfallende EU-Mittel können grundsätzlich nicht durch Landesmittel ersetzt werden.“

Dieses Damoklesschwert hängt damit weiter über wichtigen und notwendigen Projekten, und Sie bekräftigen das leider noch einmal mit Ihrem Antrag. Wir reden hier über Projekte in Schleswig-Holstein wie die Beratungsstellen FRAU & BERUF, das Beratungsnetzwerk zur Fachkräftesicherung, die Produktionsschulen, das Handlungskonzept PLuS - ehemals „Schule & Arbeitswelt“ -, die regionale Ausbildungsbetreuung, die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit, den Weiterbildungsbonus und das Netzwerk Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Sie sagen: Eventuell wegfallende EU-Mittel können grundsätzlich nicht durch Landesmittel ersetzt werden. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie eindringlich: Überlegen Sie sich das bitte! Sie ziehen den Wert dieser Projekte pauschal in Zweifel, und das geht nicht.

(Beifall SPD)

Im Alltag der Kommunen spielt Europa längst eine wichtige Rolle. Kommunalpolitik ist auch Europapolitik. Die EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein werden zum großen Teil auf kommunaler und regionaler Ebene umgesetzt. Hier entfalten viele Maßnahmen ihre eigentliche Wirkung. Umso

wichtiger ist es, die Programme in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Kommunen auszugestalten. Wenn Landtag und Kommunen beteiligt werden, und zwar nicht nur pro forma, dann können wir hoffentlich auch Entscheidungen wie die aus dem Jahr 2018 verhindern, als CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beschlossen, Fördermittel künftig nicht mehr vorrangig an den Kriterien gute Arbeit, Gleichstellung, Nichtdiskriminierung und nachhaltige Entwicklung auszurichten. Das haben wir nicht vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Einsatz von Wirtschaftsförderungen aus EU-Mitteln für faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und Nachhaltigkeit leistet einen zentralen und essenziellen Beitrag für ein soziales Europa. CDU, FDP und leider auch die Grünen haben sich mit ihrem Beschluss von der Idee eines gemeinsamen sozialen Europas verabschiedet. Man muss es so sagen!

Die EU-Strukturfonds sollen nicht nur Struktur Schwächen ausgleichen, sie sollen auch soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in den Regionen abbauen und den Zusammenhalt stärken. Dafür haben wir uns als SPD-Landtagsfraktion immer eingesetzt, und das werden wir auch in der Diskussion um die Ausrichtung der neuen EU-Förderperiode tun.

Ich würde mich freuen, wenn wir beide Anträge in den Europaausschuss überweisen. Ich beantrage die Überweisung dorthin. Dort können Sie Ihr Versprechen einlösen, einen offenen Dialog zu führen: mit den Kommunen, mit der Zivilgesellschaft, mit dem Landtag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: In der Sache! Hartmut, in der Sache! - Martin Habersaat [SPD]: Da wird das von oben angesagt! - Weiterer Zuruf: Das ist gemein, dass Sie bei ihm sagen: „von oben!“ - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wie sollte ich von oben kommen? - Martin Habersaat [SPD]: Wollte ich nicht so sagen!)

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein profitiert alljährlich in großem Umfang von unterschiedlichen Förderprogrammen

**(Hartmut Hamerich)**

der Europäischen Union. In der auslaufenden Förderperiode 2013 bis 2020 waren dies insgesamt mehr als 800 Millionen €. In der landespolitischen Arbeit begegnen uns diese Förderprogramme in den verschiedenen Fachbereichen: EU-Mittel fließen insbesondere durch den Fonds der Gemeinsamen Agrarpolitik, GAP, bestehend aus Direktzahlungen und ELER-Mitteln et cetera, durch den Europäischen Regionalfonds EFRE, durch den Europäischen Sozialfonds ESF, den Fonds für Europäische Territoriale Zusammenarbeit ETZ inklusive INTERREG und durch den Europäischen Fischereifonds.

Seit Längerem laufen die Verhandlungen für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen MFR von 2021 bis 2027 unter den widrigsten Rahmenbedingungen. Ich nenne die wichtigsten:

Das Vereinigte Königreich hat den Brexit wahr gemacht und ist aus der EU ausgeschieden. Dadurch fehlen uns von dem Nettozahler, der Großbritannien war, circa 12 Milliarden €. Alle Länder, insbesondere aber Italien und Spanien, leiden unter historischen Einbrüchen in der Wirtschaft und sind auf umfangreiche Hilfsprogramme angewiesen. Kaum ein EU-Mitgliedstaat ist bereit, den höheren Beitrag für die EU zu leisten. Die Aufgaben wachsen in vielen Bereichen, beispielsweise bei den Integrationsmaßnahmen, dem Klimaschutz, der Außengrenzsicherung und der Digitalisierung.

Die Mitgliedstaaten der EU haben ein in der Summe unvorstellbares Hilfspaket zur wirtschaftlichen Belebung von rund 750 Milliarden € verabschiedet. Auch die Mittel für die neue EU-Förderperiode werden auf circa 1,075 Billionen € erheblich erhöht.

Die bestehenden Fördertöpfe sollen grundsätzlich bleiben, aber es wird aus den genannten Gründen Verschiebungen geben. Auch die Förderkriterien werden in vielen Bereichen neu definiert. Entsprechende Vorstellungen der EU-Kommission liegen vor. Das EU-Parlament spielt hier bei der endgültigen Freigabe und Verwendung der Hilfsprogramme und des MFR eine wichtige Rolle. Ohne Zustimmung des Parlaments läuft nichts.

Deshalb arbeiten unsere Europaabgeordneten noch an Veränderungen, beispielsweise an einer besseren Berücksichtigung des rechtsstaatlichen Handelns der Mitgliedsländer vor der Auszahlung von Fördergeldern. Die Verhandlungen laufen, mir ist aber auch bewusst, wie schwierig die Umsetzung da sein wird.

Wir wissen heute noch nicht, in welcher Höhe in welchem Programm Fördermittel zur Verfügung stehen. Es ist allerdings absehbar, dass sich zum einen erhebliche Veränderungen bei der Struktur der Vergabe der Agrarmittel abzeichnet. Die Länder werden weniger Einfluss haben, zudem werden insgesamt weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Die SPD fordert in ihrem Antrag einen Ausgleich durch Landesmitteln für alle wegfallenden EU-Gelder.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Nein! - Weitere Zurufe SPD)

- Okay, das habe ich eben aus der Rede auch anders verstanden. Vielleicht verstehen Sie unseren Ansatz auch, denn wenn wir sagen: „grundsätzlich nicht“, gibt es auch Ausnahmen. Wenn wir von vornherein bereit sind zu sagen: „Wir übernehmen alle Zahlungen, die aus dem MFR herausfallen“, dann haben wir eine sehr schlechte Verhandlungsposition in Brüssel.

Wir wissen heute allerdings noch nicht, wie das weitergehen wird. Der MFR muss noch beschlossen werden. Das Parlament plant derzeit mit der Landesregierung einen Haushaltsplan, der alles bislang Dagewesene an Aufnahme von Schulden in den Schatten stellt, um die Folgen der Coronapandemie abzufedern. In dieser Situation ohne weitere Prüfungen einen Blankoscheck für weitere Schulden auszustellen, mag populär sein, ist aber unverantwortlich und mit uns als CDU nicht zu machen.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

Wichtig ist dagegen, dass wir überall dort, wo eine Kofinanzierung des Landes erforderlich ist, diese auch künftig sicherstellen, damit wir diese Förderprogramme weiter realisieren können. So lassen wir keine Fördermittel ungenutzt verfallen.

Die SPD fordert weiter, dass eine intensive Beteiligung im Rahmen der Planung der Vergabe von EU-Fördermitteln von Wirtschafts- und Sozialpartnern, Kommunen und Zivilgesellschaft erfolgen sollen. Dieses findet bereits heute statt. Dies ist oft auch ein eingespieltes und abgestimmtes Verfahren, weil die Zusammenarbeit mit Trägern von EU-geförderten Projekten für alle Beteiligten mehr als sinnvoll ist. Wo im Einzelnen noch Verbesserungen der Beteiligung möglich sind, kann man gern prüfen. Wir stehen dem offen gegenüber, wenn sie einen vernünftigen Mittelabfluss dienen. Dass der Landtag, zuvorderst der Europaausschuss, an der Neuausrichtung der neuen Förderperiode beteiligt wird und

**(Hartmut Hamerich)**

zudem regelmäßig über die Verwendung der Mittel informiert wird, ist für uns wie sicher für alle Fraktionen wichtig und selbstverständlich.

Vieles ist bei der Finanzplanung noch in der Schwebe und unsicher. Wir wollen im laufenden Verfahren das Beste für Schleswig-Holstein für eine nachhaltige, klimaschonende und die Wirtschaft stärkende Entwicklung des Landes erreichen. Dabei wollen wir auch eine verantwortungsvolle Politik der EU im Sinne unserer Grundwerte fortentwickeln.

Wir beantragen allerdings Abstimmung in der Sache, weil wir unseren Antrag für weiterführend und sinnvoll halten.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Bei aller Kritik, die immer wieder aufkommt, sind Europa und die Europäische Union mehr als die Förderung und die Subventionen. Seit fast 70 Jahren ist sie Garantie für Frieden, Freiheit und gemeinsamer Entwicklung, offene Grenzen und eine Währung, Freizügigkeit zwischen den Ländern - all das ist inzwischen Selbstverständlichkeit. Eine ganze Generation kennt das nicht anders. Es geht um gemeinsame Werte, Rechtsetzung, Erasmus-Programm, das sehr viele junge Menschen in allen Berufs- und Ausbildungsgruppen geholfen hat, Europa kennenzulernen. Es geht auch darum, endlich die Flüchtlingsfrage zu klären und gemeinsame Regeln zu finden. Es geht um einen Wirtschaftsraum mit 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern.

Europa ist auch mehr als die Fördersumme, die in die Regionen, Städte und Kommunen der EU fließt und deren Rahmen im siebenjährigen Finanzrahmen jedes Mal festgelegt wird. Da sind wir natürlich schon gespannt, was herauskommt. Die Entscheidungen werden bald gefällt werden müssen. Nach Schleswig-Holstein sind in der letzten Förderperiode circa 800 Millionen € an Mitteln der Regionalentwicklung geflossen, Geld, das für viele Projekte und viele Entwicklungen bei uns im Land unverzichtbar ist.

Neu bei der anstehenden Ausrichtung des mittelfristigen Finanzrahmens ist - das müssen wir uns auch nach der letzten Woche noch einmal vor Augen führen -: In der Vergangenheit waren unter anderem große Positionen wie der Agrarhaushalt - ein Drittel des Haushalts - nicht von den Zielen der aktuell amtierenden EU-Kommission unabhängig. Wir haben jetzt eine Kommission, die alle Fonds und politischen Aktivitäten - auch die Verwendung der Finanzmittel - für das Green-Deal-Konzept als europäische Wachstumsstrategie ausgerichtet haben will. Ja, um die neue Förderperiode und den MFR, den mittelfristigen Finanzrahmen der Europäischen Union, haben wir uns in den verschiedensten Gremien schon sehr viele Gedanken und Sorgen gemacht. Spätestens seitdem klar ist, dass der Brexit vor der Haustür steht, wird es noch schwieriger vorherzusagen, wo es genau hinlaufen wird. Sehr wahrscheinlich ist, dass erheblich weniger Mittel zur Verfügung stehen werden. Unklar ist nach wie vor, an welcher Stelle und bei welchen Förderbedingungen bei den neuen Fonds gespart wird.

Die Kollegen der SPD machen an dieser Stelle den Vorschlag, dass wir den sehr wichtigen Punkt im Koalitionsvertrag auflösen. Dort haben wir ja ganz klar gesagt, dass Mittel, die auf EU-Ebene wegfallen, nicht eins zu eins durch Landesmittel ersetzt werden können. Herr Hamerich hat vorhin schon sehr deutlich gesagt, warum so etwas einfach gar nicht anders als in der Deutlichkeit in einem Koalitionsvertrag stehen kann. Ich bitte trotz aller Dramatik, die die Kürzungen haben werden, nicht nachzulegen, dass all das wegrasiert wird, was an wichtigen und guten Projekten finanziert wird. Sie haben gerade aus dem Sozialfonds Beispiele genannt.

Dennoch ist es wie in der Vergangenheit selbstredend, dass wir uns trotz der offenen Fragen über die Verteilungsmodalitäten der zu erwartenden Fördergelder Gedanken machen, und die Prioritäten sind auch hier in Schleswig-Holstein klar: Wir haben bereits 2012 im Koalitionsvertrag gesagt: 40 % der Mittel für Energiewende und Klima. Die Prioritäten sind jenseits dessen klar: Klima, Umwelt, Wirtschaftsstrukturen, nachhaltige Nutzung der Ressourcen, Innovation, Forschung und - ganz oben an natürlich - Wettbewerbsfähigkeit. Zur Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie der Kommunen schon ist einiges gesagt worden. Ähnliches gilt auch, was die Beteiligung des Parlaments in Schleswig-Holstein anbelangt, die Möglichkeit, über den Europabericht und andere Berichte der Landesregierung insbesondere in den Ausschüssen zu beraten und das Parlament zu beteiligen. Ich

**(Bernd Voß)**

glaube, dass wir an dieser Stelle in Schleswig-Holstein ziemlich gut gestellt sind.

Die EU hat - zuletzt beschlossen vom Europäischen Rat - über den regulären mehrjährigen Finanzrahmen mit circa 1,07 Billionen € hinaus 750 Milliarden € für den Next-Generation-Fonds beschlossen, zu dem hoffentlich jetzt die Weichen gestellt werden. Die nächste Generation wird das abtragen, sie wird das bezahlen müssen. Die Hälfte davon ist als Zuschuss für besonders von Corona betroffene Länder gedacht.

Ich weise auf diesen Fonds noch einmal besonders hin, denn wir werden ziemlich genau schauen müssen, wohin die Mittel fließen und dass sie auch wirklich kohärent sind und es zusätzliche Maßnahmen mit dem Green Deal sind, dass damit nicht alte Haushaltslöcher in den nationalen Haushalten gestopft werden, dass damit keine Steuern gesenkt werden oder - wenn man nach Deutschland schaut -, dass man sehr genau schauen muss, dass nicht Altlasten wie bereits der eigentlich finanzierte Kohleausstieg darüber finanziert werden.

Wir als Landtag und die Landesregierung werden ziemlich genau darauf achten müssen, wo diese 750 Milliarden € in Deutschland verwendet werden und welche Möglichkeiten es dafür in Schleswig-Holstein gibt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

**Stephan Holowaty [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das gemeinsame Europa ist ein Projekt für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Ja, es ist wahr, wir werden in der nächsten Förderperiode nicht damit rechnen können, dass uns wieder so viel Geld zur Verfügung steht wie in der vergangenen. Die Ursachen kennen Sie. Der Brexit steht oben an. Sie wissen, dass die Coronakrise erhebliche Anforderungen stellt. Das heißt auch, dass wir uns hier in Schleswig-Holstein sehr genau überlegen müssen, wofür wir das Geld einsetzen, wie wir das Geld einsetzen und wie wir mit der Situation umgehen.

Was wir in dieser Legislaturperiode erleben, ist mittlerweile der sechste Antrag der Sozialdemokraten zur Europapolitik mit im Grunde immer demselben Inhalt, der da lautet: Mehr Geld ausgeben.

(Zuruf FDP: Allerdings! - Zuruf SPD: Nein, mit diesem Antrag beteiligen wir uns!)

Dabei geht es bei den Sozialdemokraten keineswegs immer um dieselben Schwerpunkte. Es wäre ja okay, wenn man seine Agenda, seine Strategie hat, die man hier darstellt und sagt: Hierfür wollen wir mehr Geld ausgeben. - Dem ist aber leider nicht so.

Es ist sehr vieles drin, was gut gemeint ist, über das man sehr gut reden kann, aber es ist planlos. Es ist dann auch keine seriöse Politik mehr. Sie wollen sich immer wieder vom selben Kuchen bedienen und merken gar nicht, dass der Kuchen schon lange alle ist.

(Beifall FDP und CDU)

Man könnte sich jetzt natürlich überlegen, wie man den Kuchen größer macht, wie man die Wirtschaft so ankurbelt, dass wieder mehr verdient wird. Das ist aber irgendwie nicht so Ihr Ding. Stattdessen klappern Sie weiter mit dem Forderungsteller und wundern sich, dass es so nicht funktioniert.

Meine Damen und Herren, in Ihrem Antrag Drucksache 19/152 fordern Sie mehr Geld für ein damals nicht konkretisiertes Investitionsprogramm, einen permanenten Jugendbeschäftigungsfonds und europäische Austausch- und Mobilitätsprogramme aufgrund von Fluchtursachen. Im Antrag 19/1368 waren es ausreichende Mittel für die Europäische Sozialunion. Ich gucke einmal in Richtung Sozialminister, der im Moment nicht da ist. Das sind Hunderte von Milliarden Euro - nur einmal am Rande.

(Birte Pauls [SPD]: Haben Sie eigene Vorschläge?)

In der Drucksache 19/2052 waren es Klimaschutz, Minderheiten, Nordseekooperation, und weil es so schön ist, sollte es für die Ostseepolitik gleich noch etwas mitgeben. Europäisches Kurzarbeitergeld gab es übrigens auch noch obendrauf.

In Drucksache 19/2456 sind Sie wieder bei den Jugendlichen, bei dem übrigens ganz wichtigen Erasmus+-Programm, bei Austauschprogrammen und wieder beim ESF.

Wir reden heute über den Antrag Drucksache 19/2398. Sie merken immerhin - das finde ich schön -, dass Fördergelder wegfallen könnten. Das führt aber keineswegs zu einer Reduzierung Ihrer Ansprüche, sondern stattdessen wollen Sie die wegfallenden Fördergelder grundsätzlich durch Landesgeld ersetzen lassen. Kein Problem, meine Damen

**(Stephan Holowaty)**

und Herren, wir haben es ja. Die Finanzministerin - sie ist leider gerade nicht da - würde dann unter dem Tisch verschwinden.

Außerdem fällt Ihnen ein, dass Sie bei der EU-Mittelvergabe nach all dem, was Sie vorher an Mehrausgaben gefordert haben, jetzt regionale und zivilgesellschaftliche Akteure mehr beteiligen wollen. Herr Kollege Hamerich hat Ihnen vorhin klar dargelegt: Das geschieht.

Wenn Sie immer noch sagen, das reicht Ihnen nicht, dort wollen Sie noch eine Schippe drauflegen - ich gehe davon aus, dass Sie sehr wohl wissen, was derzeit passiert -, dann habe ich den Eindruck, dass nicht eine Beteiligung von mehr Menschen und Organisationen stattfinden, sondern wieder ein Arbeitskreis dabei herauskommt.

(Jörg Nobis [fraktionslos]: Das war den Sozen immer schon egal!)

Hinzu kommt noch der Antrag Drucksache 19/307, mit dem Sie übrigens mehr gemeinsames Handeln in der EU fordern, also mehr Zentralismus.

(Lachen SPD)

Heute Nachmittag reden wir noch über Ihren Antrag Drucksache 19/2399. Darin fordern Sie mehr Geld für die EU-Gesundheitspolitik. Das ist okay. Dort wollen Sie eine europäische Strategie, europäische Solidarität und sind ausdrücklich gegen - wie Sie es nennen - nationalstaatliche Egoismen. Daraus spricht die Sprache des Zentralismus und keine strikte Regionalisierung. Das widerspricht sich.

Frau Poersch, ich möchte von Ihnen doch nur, dass Sie eine klare Strategie formulieren, eine Strategie, über die man reden kann, und nicht 30 Strategien, über die man redet.

(Sandra Redmann [SPD]: Was ist denn Ihre Strategie? - Weitere Zurufe)

- Na ja, lassen wir einmal Beleidigungen sein.

(Lachen SPD)

Ich glaube übrigens nicht, dass jede einzelne Forderung, jede einzelne Position, die die Sozialdemokraten hier aufgestellt haben, inhaltlich unsinnig ist. Ganz im Gegenteil. Wir Freie Demokraten setzen uns ausdrücklich für eine Stärkung von Erasmus+ ein, für europäische Austauschprogramme, für mehr Forschung und Innovation, für die Digitalisierung und für die europäische Zusammenarbeit in partiellen Bereichen, aber wir setzen uns eben auch für eine Stärkung der europäischen Wirtschaft ein,

für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Wer mehr Geld ausgibt, muss es vorher verdienen.

(Beifall FDP)

Dieser Zusammenhang ist fundamental wichtig. Ohne Wohlstand gibt es auch die Mittel für Bildung, für Forschung, für Klimaschutz und alles andere, was wichtig ist, leider nicht. Genau deshalb ist diese Antragsserie, die Sie hier so stellen, leider weit von der Realität entfernt.

Ich empfehle Ihnen sehr, meine Damen und Herren: Kümmern Sie sich einmal nicht so sehr darum, wie der Kuchen gegessen wird, sondern auch einmal darum, wie der Kuchen gebacken wird.

Die EU ist ein faszinierendes Friedens- und Freiheitsprojekt mit ganz vielen wichtigen Aufgaben. Sie ist nicht einfach eine Goldgrube, aus der man sich frei bedienen kann. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

(Jörg Nobis [fraktionslos]: Fraktionslos, aber nicht heimatlos!)

**Volker Schnurrbusch [fraktionslos]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Fraktionslos, aber nicht meinungslos. Mit dem Antrag der SPD werden Beteiligungsrechte bei der Verteilung von Fördergeldern aus verschiedenen EU-Töpfen gefordert. Die Landesregierung soll den Landtag an der Neuausrichtung der neuen Förderperiode beteiligen. So, wie ich das bisher erlebt habe, geschieht das bereits. Erst vor Kurzem gab es eine ausführliche Videokonferenz zum EFRE-Programm mit über hundert Teilnehmern. Im Mai gab es so etwas für ESF+. Nächste Woche wird es wieder eine Konferenz zum ESF geben. Bei ELER wurden die Wirtschafts- und Sozialpartner auch einbezogen. Insofern läuft doch alles recht gut. Im EU-Ausschuss berichten der Minister und die Regierung regelmäßig.

Außerdem erhofft sich die SPD von einem Dialogprozess mehr Mitsprache der Kommunen bei der Ausgestaltung der künftigen Programme. Das wäre zu begrüßen, wobei ich mir - ehrlich gesagt - nicht konkret vorstellen kann, wie das in der Praxis aussehen soll.



(Volker Schnurrbusch)

Bei so vielen Berichten, Beteiligungen und Mitsprachen könnte man meinen, dass wir uns hier auf einem Feld bewegen, auf dem die Bundesländer und die Kommunen besondere Rechte besitzen. Das ist aber gerade in Bezug auf die Kommunen gar nicht der Fall. Nur in wenigen anderen europäischen Staaten, vor allem in Österreich und Spanien, wird den Kommunen das Recht auf Selbstverwaltung garantiert. In den meisten EU-Mitgliedstaaten ist ansonsten die Selbstverwaltung, wie sie bei uns im Grundgesetz verankert ist, ausdrücklich nicht vorgesehen. Aus EU-Sicht sind die Kommunen in erster Linie Verwaltungsstellen der Mitgliedstaaten und als solche in den Vollzug des Unionsrechts eingebunden. Kommunen sind keine handelnden Akteure mit realen Mitsprachemöglichkeiten. So weit, so schlecht.

Die EU will sich immer so gern als bürgernah verkaufen, ist es aber in der Praxis nicht und wird es wohl auch nicht mehr werden. Das sehen wir beispielhaft bei den Planungen für die Gemeinsame Agrarpolitik, GAP, bei der die Förderung für die kommende Periode nicht mehr wie bisher über regionale Programme der Länder, sondern über einen einzigen Siebenjahresplan für ganz Deutschland geregelt werden soll.

Ein weiteres Problem wird im Antrag benannt. Ein Großteil der Mittel des neuen Schuldenprogramms Next Generation gelangt ausschließlich an die Mitgliedstaaten und steht den Kommunen nicht direkt zur Verfügung. Es ist also ein Trugschluss zu glauben, dass die elementaren Strukturdefizite der EU auf Länderebene durch neue Kommunikationsformen behoben werden könnten. Runde Tische würden lediglich einen politischen Einfluss simulieren, der tatsächlich überhaupt nicht vorhanden ist. Stattdessen wäre das Geld des deutschen Steuerzahlers, das nach Brüssel überwiesen wird - demnächst noch mehr als bisher - viel besser hier im Land direkt aufgehoben. Frau Poersch, Sie schreiben ja, dass wegfallende EU-Mittel durch Landesmittel ersetzt werden könnten. Ja, genau, indem wir uns den Umweg über Brüssel sparen und das Geld hier im Land einsetzen, und zwar dort, wo wir es für nötig halten! Dort wäre es sinnvoll aufgehoben.

Die AfD steht für das Prinzip der Subsidiarität, aber die EU regiert eben lieber durch. Wir halten viele Punkte in dem Antrag -

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Volker Schnurrbusch [fraktionslos]:**

- letzter Satz! - für durchaus sympathisch, aber leider für unrealistisch, daher können wir nicht zustimmen. Jamaika stellt in seinem Antrag lediglich den Status quo fest. Dem kann man zumindest zustimmen. - Danke.

(Beifall Jörg Nobis [fraktionslos] und Claus Schaffer [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Landesregierung hat der Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, Claus Christian Claussen, das Wort.

**Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zuweisungen aus den EU-Strukturfonds bilden das finanzielle Rückgrat der Landesprogramme Wirtschaft, Arbeit, ländlicher Raum sowie Fischerei und Aquakultur. Der Europäische Rat hat sich in seiner Sitzung vom 17. bis 21. Juli 2020 nicht nur auf den mit 1,8 Billionen € historisch größten Finanzrahmen geeinigt, er hat zugleich erhebliche Kürzungen der Fördermittel für den zukünftigen Zeitraum von 2021 bis 2027 beschlossen. Wie hoch letztlich die Mittelverluste für Schleswig-Holstein sein werden, lässt sich derzeit noch nicht beziffern. Hier kommt es neben der Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament über den Finanzrahmen entscheidend darauf an, wie die EU-Kommission die einzelnen Fördergebiete einteilt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, so viele EU-Mittel wie möglich für Schleswig-Holstein zu generieren.

Schon heute findet, soweit es möglich ist, eine intensive Einbindung beispielsweise der kommunalen Ebene oder von Wirtschafts- und Sozialpartnern statt. Beim Landesprogramm Wirtschaft hat sich der Begleitausschuss zum operationellen Programm EFRE bisher in drei Sitzungen mit der Erstellung des neuen Programms beschäftigt. In diesem Begleitausschuss ist die kommunale Ebene mit insgesamt fünf Mitgliedern vertreten. Hinzu kommen Vertreter verschiedener Interessensgruppen.

Einen weiteren Beteiligungsschritt stellt die virtuelle Informationsveranstaltung mit regionalen Akteuren am 17. September 2020 dar. Neben den kommunalen Vertretern waren hierzu auch die Fraktionen des Landtags eingeladen.

Ähnlich sieht die Situation beim Landesprogramm Arbeit aus. An dem Diskussionsprozess zur Erstel-

**(Minister Claus Christian Claussen)**

lung des operationellen Programms war vor allem der Begleitausschuss des Europäischen Sozialfonds beteiligt. Diesem gehören neben den Wirtschafts- und Sozialpartnern auch Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und der Zivilgesellschaft an.

Etwas anders stellt sich die Situation beim Landesprogramm ländlicher Raum, ELER, und beim Landesprogramm Fischerei und Aquakultur, MFF, dar. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, also der GAP, wird in der kommenden Förderperiode die Förderung aus dem ELER nicht mehr wie bisher über regionale Programme der Länder erfolgen. Es wird stattdessen einen einzigen GAP-Strategieplan geben, in dem die Förderung sowohl des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft als auch des ELER für Deutschland insgesamt geregelt werden. Die Ausgestaltung des Strategieplans und insbesondere der dort zu regelnden ELER-Förderung erfolgt in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern.

In den Prozess zur Identifizierung der Förderbedarfe in Schleswig-Holstein wurden die Ressorts der Landesregierung und Wirtschafts- und Sozialpartner des aktuellen Landesprogramms ländlicher Raum einbezogen. Dazu gehörten unter anderem der Schleswig-Holsteinische Landkreistag und der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag.

Für den Nachfolgefonds des Europäischen Meeres- und Fischereifonds wird es - wie in den vergangenen Förderperioden - nur ein einziges deutschlandweit gültiges operationelles Programm geben. Da die spezifischen Fondsverordnungen voraussichtlich erst im Frühjahr nächsten Jahres verabschiedet werden, kann das deutsche operationelle Programm auch erst im Laufe des nächsten Jahres fertiggestellt und genehmigt werden. Das operationelle Programm muss für den Bund und alle teilnehmenden Bundesländer mit ihren doch sehr unterschiedlichen Fischereistrukturen passen, von der Krabbenfischerei in der Nordsee bis hin zu bayrischen Karpfenteichen. Daher wird dies möglichst allgemein gehalten sein. Die spezifische Ausgestaltung in jedem Bundesland wird dann über die jeweiligen Landesförderrichtlinien geregelt. Im Rahmen der Erstellung des deutschen operationellen Programms werden die Wirtschafts- und Sozialpartner einbezogen. Die schleswig-holsteinischen Wirtschafts- und Sozialpartner sind entweder unmittelbar oder über ihre jeweiligen Bundesverbände daran beteiligt.

Eine vollumfängliche Beteiligung der schleswig-holsteinischen Verbände und der Kommunen in Schleswig-Holstein erfolgt dann ganz konkret noch einmal bei der Neufassung der konkretisierenden

Landesförderrichtlinien. Ein Schwerpunkt in Schleswig-Holstein wird wieder auf der Förderung der Fischerei und der Fischwirtschaftsgebiete liegen, wo lokale Fischereiaktionsgruppen nach dem sogenannten Bottom-up-Prinzip selbst über Projekte entscheiden können.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend kann man daher sagen: Die Beteiligung relevanter Akteure und der Politik findet statt und wird auch weiterhin stattfinden. Das schließt selbstverständlich auch den Landtag mit seinen Fachausschüssen ein. Insofern möchte ich noch einmal darauf verweisen, dass ich immer wieder gern in den Ausschuss komme und mit Ihnen gern weiter über diese Dinge diskutiere. Im Moment prägen allerdings die Unsicherheiten die Diskussionen. Seien Sie aber versichert, dass sich die Landesregierung immer dafür einsetzen wird und ihr Möglichstes tut, um eine möglichst gute Förderung unseres Landes zu erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/2398 (neu), sowie den Alternativantrag, Drucksache 19/2447, an den Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den ich bitte um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist somit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2398 (neu). Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag, Drucksache 19/2398 (neu), gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2447. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Alternativantrag, Drucksache 19/2447, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

**(Vizepräsidentin Annabell Krämer)**

Ich unterbreche die Sitzung bis 15:00 Uhr.

(Unterbrechung: 13:07 bis 15:02 Uhr)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich teile hiermit mit, dass die Sitzung um 15:15 Uhr fortgesetzt wird.

(Unterbrechung: 15:03 bis 15:15 Uhr)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Wir fahren in der Sitzung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 49 auf:

### **Schleswig-Holstein steht zu seinen Werften und Zulieferern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2511 (neu)

### **Maritime Wirtschaft weiter unterstützen und zukunftsfähig gestalten**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/2524

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehen, das ist nicht der Fall.

Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute meine Kollegin und Landesvorsitzende Serpil Midyatli vertreten, die mit Erkältungssymptomen vorsorglich zu Hause geblieben ist. Das gehört in diesen Zeiten eben auch dazu.

Wenn wir über die Werften in Schleswig-Holstein sprechen, dann reden wir nicht über irgendeine Branche, sondern über eine Industrie, die eine lange Tradition in unserem Land hat, die viele Familien über Jahrzehnte hinweg Lohn und Brot und Perspektiven gegeben hat. Unsere Werftmitarbeiterinnen und -mitarbeiter machen ihre Arbeit nicht nur, weil sie dafür bezahlt werden, sondern sie machen das mit Überzeugung, mit großem Können, mit viel Stolz, aber auch mit dem notwendigen Selbstbewusstsein.

(Beifall SPD)

1956 hat hier in Kiel der längste Streik in der Geschichte der Bundesrepublik begonnen, der 114 Tage gedauert hat. Am Ende stand die Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wer den beeindruckenden Auftritt der IG Metall heute vor dem Landeshaus gesehen hat, der weiß: In dieser Frage stehen die Kolleginnen und Kollegen auch heute noch zusammen und sind bereit, den Kampf für gute Arbeitsplätze in unserem Land zu führen.

Wir haben in Schleswig-Holstein knapp 5.000 Beschäftigte im Schiffbau. Fast jeder dritte dieser Arbeitsplätze ist laut Schiffbau-Umfrage der IG Metall aus dem September 2020 akut bedroht. Hinzu kommt die noch größere Zahl an Beschäftigten in Zuliefererbranchen im Land.

Das ist ein wesentlicher Teil der Industrie in unserem Land. Offen gestanden: Wir können uns die Debatten über die Stärken der Industrie in Schleswig-Holstein, die wir hier im Landtag führen, sparen, wenn es uns nicht gelingt, den massiven Abbau von Arbeitsplätzen auf den Werften zu verhindern. Das ist die Aufgabe, die wir haben.

(Beifall SPD)

Es ist Zeit, Farbe zu bekennen, es ist auch Zeit, Missstände offen auszusprechen, bevor es zu spät ist. Ich muss schon sagen: Andere Ministerpräsidenten tun mehr für ihre Schiffbauindustrie als Sie hier.

(Beifall SPD)

Für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern hat Ministerpräsidentin Schwesig Hilfen in Höhe von mehr als 500 Millionen € organisiert. Zudem gibt es in Mecklenburg-Vorpommern eine Kurzarbeiter-Plus-Regelung, um den Beschäftigten mehr als warme Worte zu bieten.

Auch in Niedersachsen gibt es mit Stephan Weil einen Ministerpräsidenten, der seinen Worten Taten folgen lässt, der sich vor seine Kreuzfahrtbranche stellt und sein politisches Gewicht in Berlin nutzt, um Marineaufträge nach Niedersachsen zu holen.

In Schleswig-Holstein ist das anders. Das Thema kommt überhaupt nur durch unseren Antrag auf die Tagesordnung des Landtages. Die Probleme haben auch nicht erst mit der Krise begonnen, sondern schon beim Mehrzweckkampfschiff 180.

Im Januar 2020 gab es dann einen gemeinsamen Appell im Landtag mit zwei Zielen: den Marineschiffbau zur Schlüsseltechnologie zu machen und den Dialog über die Zukunft des Marineschiffbaus in Deutschland zu stärken.

**(Dr. Ralf Stegner)**

Das erste Ziel hat die SPD in Berlin erreicht, aber in Bezug auf den Zukunftsgipfel sind wir nach acht Monaten, was die Landesregierung angeht, kein Stück weiter. Der einzige Gipfel, der stattgefunden hat, war der, den Serpil Midyatli gemeinsam mit den Betriebsräten der großen Werften Ende Februar 2020 durchgeführt hat. Wir machen das gern und sicherlich gut. Aber wofür haben wir eigentlich einen Ministerpräsidenten, der, wenn nicht im Norden, für die Werften kämpft?

(Beifall SPD)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Herr Minister Buchholz, Sie sind sicherlich ein grandioser Darsteller. Ich hatte heute fast erwartet, dass Sie Ehrenmitglied der IG Metall werden und sich für gute Arbeit und gegen prekäre Beschäftigung aussprechen. Aber Ihren Vorwurf in Richtung Lars Harms und mir, wir sollten uns lieber darum kümmern, dass angeblich die Kommunalpolitik in Flensburg einen Neubau für Montagehallen bei der Flensburger Fahrzeugbaugesellschaft verhindere, ist schon dreist. Wenn man nämlich genau hinguckt, ist erstens völlig unklar, wie viel Mitarbeiter überhaupt aus dem Schiffbau in den Fahrzeugbau wechseln können. Aber selbst wenn das so wäre, bevor Sie sich vor ein Unternehmen stellen, das offenkundig Probleme mit dem Rechtsstaat hat und wo wir auch noch Immobilienspekulationsveranstaltungen vorfinden, hätten Sie sich vielleicht einmal ein bisschen besser darüber informieren sollen, was in Flensburg in der Kommunalpolitik los ist, zum Beispiel bei Ihrem grünen Koalitionspartner. Der hätte Ihnen das erklären können; die Grünen haben nämlich in der Flensburger Ratsversammlung mit der SPD gestimmt.

Solche Ablenkungsmanöver helfen also nichts, Herr Buchholz. Wir dürfen keine Nebelkerzen werfen, sondern müssen echte Perspektiven haben. Dazu brauchen wir drei Schritte:

Erstens müssen wir die Arbeitsplätze und Standorte über die Krise hinweg retten. Was jetzt wegbriecht, kommt nicht wieder.

Zweitens brauchen wir Klarheit über die Zukunft des Marineschiffbaus in Schleswig-Holstein. Darum muss sich der Ministerpräsident kümmern und endlich den Zukunftsgipfel durchführen, der im Januar 2020 eingefordert worden ist.

Drittens müssen wir Innovationen im Schiffbau fördern. Es bedarf moderner Antriebe mit wenig oder keinen Investitionen. Hightech ist unsere Nische im Schiffbau. Diese Stärke müssen wir ausbauen; denn

im preisgetriebenen Massenmarkt werden wir nicht bestehen.

Wir haben die besten Schiffbauer der Welt. Das müssen wir nutzen, denn solche Transformationsvorgaben helfen dem Klima und sichern die Zukunft der deutschen Werften.

(Beifall SPD)

Wir bekennen uns zum Schiffbau in Schleswig-Holstein, wir stehen zu den Menschen, die auf den Werften arbeiten. Wir glauben daran, dass der Schiffbau eine gute Zukunft hat.

Wir haben jetzt gesehen: Auch die Koalition hat einen Antrag vorgelegt. Die Forderungen darin sind vernünftig, denen kann man zustimmen. Dass Sie dreimal die Landesregierung loben, ist geschenkt. Wir stimmen dem Antrag trotzdem zu. Sie sollten auch die Größe haben, unserem Antrag zuzustimmen; denn der enthält vernünftige Forderungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Wir dürfen das nicht nach 150 Jahren Industriegeschichte in Schleswig-Holstein an die Wand fahren. Wenn Sie unsere Hilfe gebrauchen, dann werden Sie bei Serpil Midyatli und mir sowie in meiner gesamten Fraktion immer ein offenes Ohr finden; denn wir stehen an der Seite des Schiffbaus in Schleswig-Holstein, Herr Minister. Wir würden uns außerordentlich wünschen, dass darüber im Landtag Konsens besteht, am besten dadurch, dass beiden Anträgen zugestimmt wird. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich das Wort.

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute hier am Landeshaus eine eindrucksvolle Demonstration erlebt. Wir waren auch gern dabei. Der Ministerpräsident war eingeladen, musste aber kurzfristig absagen, weil er aufgrund anderer Verpflichtungen bei der Ministerkonferenz mit der Bundeskanzlerin ist. Dann zu twittern, Herr Dr. Stegner: „Wozu haben wir eigentlich einen Ministerpräsidenten?“, ist ein bisschen schäbig, finde ich. Man kann es auch ein bisschen anders gestalten. Wenn wir das gemeinsam machen wollen,

**(Hartmut Hamerich)**

bitte ich um eine andere Wortwahl. Dann sind wir gern dazu bereit.

(Beifall CDU)

Es wird hier etwas gemeinsam von den Nordländern gemacht.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter Hamerich, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Ja gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege Hamerich, ich hatte gesehen, was Herr Kilian gepostet hat. Wir haben aber ausdrücklich nicht kritisiert, dass der Ministerpräsident heute nicht bei der Demonstration war, ganz im Gegenteil, er ist ja durch Herrn Buchholz vertreten worden. Es war klar, dass er heute eine andere Verpflichtung hat. Wir haben ausschließlich kritisiert, dass der Gipfel, der seit Februar 2020 versprochen war, nicht durchgeführt worden ist. Darauf bezog sich das. Es bezog sich ausdrücklich nicht auf die Abwesenheit. Das hat niemand von uns kritisiert, das würden wir auch nicht tun.

- Gut, dass das richtiggestellt ist. Der zeitliche Ablauf ließ aber diesen Rückschluss, den ich gerade gezogen habe, zu. Es wurde nämlich im unmittelbaren Anschluss daran gepostet, und ich fand das nicht so ganz prickelnd. - Okay.

Wir stehen zu den Werften hier bei uns in Schleswig-Holstein. Wir stehen dazu, dass der Ministerpräsident unseres Landes Schleswig-Holstein sowie der Bürgermeister der Stadt Hamburg gemeinsam einen Brief an den Maritimen Koordinator der Bundesregierung geschrieben hat. Darin steht Etliches, was diese Problematiken beschreibt. Wir wissen, wie wichtig dieser prägende Industriezweig, diese prägende Branche für unser Land ist, wie wichtig diese Arbeitsplätze sind. Es sind über 5.000 Arbeitsplätze allein bei den Werften. Wir wissen, was das Wichtigste bei all unseren Standorten ist. Das sind nicht nur die großen Werften, das sind auch die kleineren mittelständischen Betriebe, das sind die Zulieferer. Und das Wichtigste an allem ist das Know-how, was wir bei uns in unserem Schiffbau in Deutschland haben.

Die öffentliche Hand kann möglicherweise zum Teil dazu beitragen, diese Krise etwas abzumildern.

Wir dürfen aber auch nicht ganz vergessen: Wenn Aufträge vorgezogen werden, fehlen sie uns in den Folgejahren. Hier muss mit Bedacht etwas geschehen, gerade weil unsere Branche noch unter den Auswirkungen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise von 2007/2008 zu leiden hat. Ich zitiere hier die HSH-Geschichte: Der Schiffbau in Deutschland hat massiv gelitten, und diese Krise hat einen System Schaden angerichtet, der so schnell nicht wieder aufzuholen ist.

Wir brauchen hier Impulse. Wir sind froh und glücklich, dass wir nach der Schlüsseltechnologie Unterwasserschiffbau auch die Schlüsseltechnologie Überwasserschiffbau installiert haben. Wir brauchen aber auch die Umsetzung. Wir brauchen sie auch für den Bereich von Reparaturen, für Instandsetzungsarbeiten et cetera. Es kann nicht angehen, dass Schiffe der Deutschen Marine zu Wartungsarbeiten ins europäische Ausland gehen. Ich denke, alle nehmen mir ab, dass ich überzeugter Europäer bin, wenn man aber davon ausgeht, dass mit völlig ungleichen Mitteln auf dem Sektor gekämpft wird und die deutsche Werftenindustrie nicht die gleichen Chancen hat wie andere auf dem europäischen Markt, weil dort zum großen Teil der Staat dahintersteckt, bedarf es wirklich der Hilfe.

(Beifall CDU und FDP)

Früher hieß es gerade im Bereich des Schiffbaus „Made in Germany“. Heute wird teilweise „Germany free“ argumentiert. Warum? - Weil Exportgeschäfte massiv gefährdet sind, da wir uns bei den Vergaben für den Export extrem schwertun.

Der Flottenaufwuchs, den wir in Deutschland haben, muss erheblich gestärkt werden. Warum? - Die Marine ist die kleinste Einheit in unserer Bundeswehr, hat aber die größten Aufträge durch die vielen Einsätze vor den Küsten dieser Welt. Daher besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Wir müssen massiv daran arbeiten, dass dort etwas passiert. Wir dürfen keine Angst vor Exporthemmnissen haben.

Es ist aber nicht nur die Marine, sondern es ist auch der zivile Schiffbau, die sogenannten Behörden-schiffe beziehungsweise die Behördenflotte. Ich denke hier an Polizei, Küstenschutz, Forschung, Feuerwehr et cetera. Da müssen wir besser werden. Wir müssen die Vergabekriterien insoweit ändern, dass auch das Vergabewesen effizienter und zielgerichteter gestaltet werden kann. Was können wir als Land Schleswig-Holstein hier tun? - Wir haben keine Vergabebehörde für Wasserfahrzeuge in Schleswig-Holstein. Ich denke, darüber müssen wir noch

**(Hartmut Hamerich)**

einmal nachdenken, ob das machbar und möglich ist. Das Land könnte da mit Sicherheit helfen.

Die deutschen Werften sind unfairen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt. Daran müssen wir arbeiten. Unsere Branche ist lebensfähig, sie ist stark, sie ist gut. Sie braucht nur faire und chancengleiche Bedingungen, um diesem Wettbewerb standhalten zu können.

Ich bitte um Abstimmung in der Sache. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Schiffbau ist für dieses Land wie kein anderer Wirtschaftszweig historisch prägend gewesen. Er hat Wohlstand geschaffen, Technologien entwickelt, die weit über Deutschland hinaus international anerkannt sind, und das nicht nur über Jahrzehnte, sondern über Jahrhunderte. Der Schiffbau hat sichere Arbeitsplätze geschaffen. Dieses Sicherheits- und Entwicklungsversprechen, meine Damen und Herren, das lange mit dem Schiffbau einherging, ist in den letzten Jahren massiv gefährdet worden. Woran liegt das?

Zunächst einmal ist die zunehmende internationale Konkurrenz mit einem extremen Preisdruck verbunden. Die anhaltende Krise der internationalen Schifffahrt insgesamt wirkt sich natürlich auch bei uns hier in Schleswig-Holstein aus. Die Folgen sind ausbleibende oder nicht lukrative Aufträge und damit wegbrechende Arbeitsplätze. Ich finde es jedoch viel tragischer, dass das Know-how zu den Technologien wegbreicht. Wenn wir dort nicht mehr auf höchstem Niveau produzieren, ist irgendwann das Wissen einmal weg und geht mit den Schiffen in andere Regionen.

Meine Damen und Herren, diesen Trend müssen wir stoppen. Die Frage ist, ob wir die Kraft haben, dies hier im Land mit landespolitischen Mitteln, Methoden und Instrumenten zu tun.

Im Land wird gute Arbeit geleistet. Ich habe vielfach auch Werften besucht. Wir alle waren gemeinsam jetzt trotz Corona bei der FSG in Flensburg und haben uns dort vor Ort überzeugen können,

dass es dort sehr, sehr engagierte Menschen gibt, die für den Schiffbau brennen und ihn auch wirklich gut machen.

Deshalb bin ich optimistisch, dass wir eine Zukunft haben. Heute Morgen kam die Kritik auf der Demo: „Wo sind denn die Grünen?“ Ich war im Verkehr steckengeblieben, der Kollege Knuth, der an meiner Stelle heute reden sollte, ist erkrankt und zu Hause geblieben. Deshalb konnte er diese Rede nicht halten. Deshalb möchte ich heute für das Protokoll hier im Parlament sehr deutlich sagen: Wir Grüne bekennen uns ganz klar zum Schiffsbaustandort Schleswig-Holstein!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wenn wir jetzt über das Thema des Wie reden, dann sagen wir Grüne natürlich auch - nicht erst seit heute -: Wir dürfen nicht Ladenhüter produzieren, also Schiffe, die auf dem Markt am Ende nicht absatzfähig sind. Wir brauchen hochmoderne Schiffe, die den Klimawandel schon jetzt in der Produktion einpreisen, das heißt klimafreundliche Antriebe, Effizienz, aber auch Scrubber und Stickstofffilter in den Abgasanlagen. Wir brauchen moderne Schiffe. Meine Damen und Herren, das ist kein Grünen-Spökenkieker-Kram, das ist grüne Vision und auch richtig für unsere Schiffbauindustrie.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir werden das nur machen können, wenn wir in der Schiffbauindustrie die ökologischen Produktionstechniken verwenden.

Schauen Sie einmal auf die Förde, schauen Sie in Richtung Scandlines, schauen Sie in Richtung der Fähren - sie fahren heute mit Green Energy, sie bezeichnen sich als Green Ferries. Das ist ein Geschäftsmodell, das auch die Kunden, wenn sie Fährschiffe nutzen, sehen wollen. Sie wollen diese Entwicklung aufnehmen.

Meine Damen und Herren, wir könnten so etwas wie eine Schlüsseltechnologie entwickeln. Wir könnten weltweit die Nation sein, die Industriepolitik und Klimapolitik gemeinsam macht, und deshalb ist es ein hoffnungsvolles Thema. Die Firma Caterpillar hier in Kiel macht es vor. Sie hat den Umweltpreis der Wirtschaft erhalten. Effiziente Schiffsmotorenentwicklung ist hier ein Schlüsselbeispiel für die Frage, wie es auch zur Verringerung von Schadstoffemissionen kommt.

Meine Damen und Herren, dieser Weg ist der Richtige, weil er Wertschöpfung im Land hält und auf

**(Dr. Andreas Tietze)**

die Klimatechnologien setzt. Deshalb müssen wir auch auf Bundesebene dafür sorgen, dass diese Technologien nachgefragt werden. Das sagt auch unser Antrag aus. Wir wollen auch die zukunfts-trächtigen Antriebstechnologien durch Anreizför-derinstrumente auf den Weg bringen. Das ist ein wichtiges und richtiges Ziel. Dafür müssen wir in den Instrumentenbaukasten greifen.

Meine Damen und Herren, mich hat es auch ge-schmerzt, dass das MKS 180 nicht hier in Kiel ge-baut worden ist. Aber ich war auch bei den Veran-staltungen. Ich gehe da als Grüner hin, meine Da-men und Herren, und ich rede auch mit der Bundes-wehr und mit der Marine darüber. In den Gesprä-chen war dabei ein wenig zu hören: „Na ja, die Dahme-Werft hat eine bessere Qualität“, oder: „Das ist dort im Bau durch die Komponenten wesentlich effizienter umzusetzen als in Schleswig-Holstein“. - Das hat mich sehr geschmerzt. Wir müssen dann aber auch sagen, dass keine Sonntagsreden nützen, was wir für tolle Werften haben, sondern wir müs-sen mit unseren Werften gemeinsam dafür stehen, dass wir international wettbewerbsfähig bleiben, meine Damen und Herren. Darum geht es.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind auch die Punkte, die der Herr Minister heute Morgen deutlich gemacht hat. Ich habe den Generalangriff von Ihnen, Herr Dr. Stegner, nicht verstanden. Ich glaube - und das ist mir wirklich ernst -: Wir werden in Schleswig-Holstein dieses Thema der Schiffbauindustrie in Berlin nur erfolg-reich voranbringen, wenn wir es gemeinsam, wenn wir es geschlossen machen. Die Frage der Opposi-tion bringt überhaupt nichts, und der ungerechtfertig-te Angriff auf den Herrn Ministerpräsidenten war völlig daneben.

(Beate Raudis [SPD]: Das ist geklärt worden!  
- Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich glaube, dass Herr Günther sehr viel für den Wirtschaftsstandort macht. Das ist ihm ziemlich klar. Er hat im Moment noch ganz andere Proble-me, die er zu bearbeiten hat. Aber ihm Untätigkeit vorzuwerfen, meine Damen und Herren, das ist un-fair.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Oppositionsführers Dr. Stegner?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:**

Ja, bitte schön.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Tietze, ich dachte, Sie könnten ein wenig dif-ferenzierter mit den Dingen umgehen. Ich habe vorhin erklärt, dass wir dem Antrag der Koalition zustimmen; in der Sache sind wir uns einig. Ich habe mich mit dem Parforceritt des Wirtschaftsministers heute befasst, der uns einen Vorwurf gemacht hat. Den habe ich zurückgewiesen. Was den Ministerpräsi-denten betrifft, haben wir ausschließlich auf das Versprechen abgestellt, das er abgegeben hat, es würde mit der Kanzlerin einen Gipfel zu den Werften geben. Und ich habe das mit den Aktivitäten von Frau Schwesig und Herrn Weil verglichen. Wir haben nicht problemati-siert - das sage ich hier noch einmal für das Protokoll -, dass er heute Morgen nicht da war. Wer die Reden heute Morgen gehört hat - ich habe auch gesprochen -, weiß, dass da- von überhaupt nicht die Rede war. Das ist kein ungerechtfertigter Angriff. Wir messen Sie nur an Ihren eigenen Versprechungen. So viel wird man ja bei Jamaika noch dürfen, ohne dass es schon eine Majestätsbeledi-gung ist.

(Zurufe CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Oh!)

Dass man Sie zumindestens an Ihren eigenen Versprechen misst, das ist eine relativ be-scheidene Hürde. Wenn Sie die nicht mehr nehmen, Herr Kollege Tietze, dann steht es schlechter um die Koalition, als ich dachte. Ganz ehrlich.

(Beifall SPD)

- Das kann man als Opposition so sehen. Aber wo leben Sie denn? Seit einem halben Jahr kämpft die-se Landesregierung, kämpft dieser Ministerpräsi-dent in einer der schwersten Krisen, die unser Land seit vielen Jahrzehnten hat. Er kämpft, um in der Coronakrise vernünftige Politik zu machen, und zwar wahrscheinlich nicht nur acht Stunden am Tag, sondern weitaus mehr. Da ist natürlich die Fra-ge des Schiffgipfels auch ein wichtiger Aspekt. Da gebe ich Ihnen recht. Aber der Mann hat eben auch nur 24 Stunden. Ihm an dieser Stelle zu unterstel-len, dass er wenig für die Schiffbauindustrie macht und dass er sich bei der Kanzlerin nicht einsetze, Herr Dr. Stegner, das geht völlig daneben. Ich glau-be, dass dieser Ministerpräsident sehr, sehr gute Ar-

**(Dr. Andreas Tietze)**

beit für Schleswig-Holstein macht - auch bei der Kanzlerin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder Anmerkung von Herrn Dr. Stegner?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Dr. Stegner, vielleicht kann ich Ihnen empfehlen, dass Sie auch Ihre Kontakte in Berlin nutzen.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Tietze, auch da habe ich in meiner Rede darauf hingewiesen, dass wir den Teil, den wir zugesagt haben, auch geliefert haben.

(Beate Raudis [SPD]: Genau!)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Auch die Opposition beschäftigt sich sehr mit der Coronakrise und nimmt Verantwortung wahr. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir morgen darüber sprechen. Aber meine Vergleiche mit Frau Schwesig und Herrn Weil besagen: Sie haben auch die Coronakrise in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern und haben es trotzdem fertiggebracht, die Dinge, die ich hier genannt habe, zu machen.

Lieber Kollege Tietze, ich verstehe, dass Sie Ihre Regierung loben, dass Sie sie verteidigen, das machen Sie sehr ordentlich. Aber in der Sache ging das an den Dingen vorbei, die hier gesagt worden sind.

- Das mögen Sie so sehen. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass Sie hier unterstellen, dass der Herr Ministerpräsident in Berlin nicht für die Schiffbauindustrie, nicht für unseren Werftenstandort wirbt. Dass Sie das unterstellen, finde ich falsch. Dass der Gipfel nicht stattgefunden hat, dazu habe ich Ihnen auch etwas gesagt. Wie viele Konferenzen finden heute über Zoom-Konferenzen statt? Ich kenne den Terminkalender der Kanzlerin nicht, aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese Regierung, diese Koalition hat klar und deutlich für dieses Thema gekämpft, und Herr Minister Buchholz hat das heute Morgen sehr konkret gemacht. Übrigens hat er sich sehr gefreut über den Applaus der IG-Metall. Er hat gesagt, dass es einen zweistelligen Förderbetrag für die German Naval Werft, hier drüben auf dem Ostufer, gibt, Herr Stegner. Sie können doch nicht ernsthaft sagen, dass es Untätigkeit gibt und wir

nichts dagegen machen. Im Gegenteil, wir machen sehr viel, wir machen konkret etwas, und das, was wir genau für die Werft getan haben, was praktisch hilft, haben wir getan. Darum geht es, und nicht darum, Papiere zu schreiben, meine Damen und Herren, sondern es geht konkret darum, Politik für die Menschen zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Stegner, Ihren markigen Worten entnehme ich, dass Sie die Vorgänge in Flensburg innerlich auch schlimm finden, und ich freue mich deshalb über die Unterstützung, die Sie der ganzen Sache angedeihen lassen werden. Vielen Dank dafür.

„Schleswig-Holstein meerumschlungen“ heißt es schon im Schleswig-Holstein-Lied. Das beschreibt uns auch ganz zutreffend. Unsere Strukturen sind unsere Tradition. Unsere Sprache und auch unser Denken sind sehr eng mit dem Meer und mit der Seefahrt verbunden. Auch wenn die meisten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner heute nicht mehr zur See fahren, ist uns eine Verbundenheit zu allem Maritimen geblieben. Das können die Menschen, die nicht von hier kommen, häufig nicht verstehen, aber so sind wir nun einmal. Dabei sind Seefahrt und maritime Wirtschaft nicht nur Folklore, und sie findet auch nicht nur an den Küsten statt. Wir haben 1.800 Betriebe, Industrie und Mittelstand, aus den Bereichen Schiffbau, Marine-technik, Bootsbau, Häfen, Offshore-Technologie, Aquakultur, Schifffahrt, Seeschifffahrt, Kreuzfahrt, Inselftourismus, Meerestechnik, inklusive aller Zulieferer, Ausbildung und Forschung. Und das ist über das ganze Land verteilt. Über 45.000 Menschen arbeiten hier und erwirtschaften über 9 Milliarden € Umsatz im Jahr. Das ist nicht Folklore. Die maritime Wirtschaft ist bei uns ein richtig knallharter Wirtschaftsfaktor.

Und, Kollege Tietze, Schiffe made in Germany sind immer noch Weltklasse, auch Marineschiffe sind weltweit begehrt. Ihre Erfahrung teile ich nicht. Es wäre aber interessant, sich darüber einmal auszutauschen.



**(Kay Richert)**

Die maritime Wirtschaft ist nicht irgendeine Branche oder irgendein beliebiger Wirtschaftszweig. Werften, Zulieferer und Entwickler sind Hightech oder können es sein, wenn sie entsprechend geführt werden. Wer in einem Hightech-Segment erfolgreich sein will, der braucht Technologieführerschaft. Technologieführerschaft entsteht aus Mut zur Zukunft, aus Forschung und aus dem Willen zur Innovation.

Das ist auch der Grund, warum wir uns beispielsweise für die Deutsche Allianz Meeresforschung einsetzen. Deshalb unterstützen wir den Schiffbau mit Landesgarantien und betreiben Innovationsförderung. Aber auch so allgemeine Programme wie der Pakt für Forschung und Innovation oder unser starker Einsatz für die Auftragsforschung zahlen letztlich auf unsere Innovationsfähigkeit ein.

Sie fragen immer: Was tut das Land, was tut die Landesregierung und die Jamaika-Koalition selbst für die Sicherung von Schleswig-Holstein als Standort einer erfolgreichen maritimen Wirtschaft? Hier ist die Antwort: Wir investieren in die Zukunft und unterstützen diejenigen, die den Grundstock für die Technologieführerschaft und für weitere qualifizierte, tarifgebundene, gut bezahlte Arbeitsplätze in dieser für uns so wichtigen Branche legen.

(Beifall FDP und Hans Hinrich Neve [CDU])

Trotzdem ist hier nicht alles Sonnenschein. Ich möchte noch gern auf ein paar Knackpunkte in der Gesamtdiskussion eingehen. Zum einen ist da die Rolle des Bundes: Wie vehement, engagiert und stark sich die Landesregierung für unsere maritime Wirtschaft in Berlin einsetzt, hat der Minister, Dr. Buchholz, heute Morgen vor den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall gezeigt. Dem Einsatz von Minister Buchholz im Zusammenwirken mit dem Maritimen Koordinator, Herrn Brackmann, ist es doch zu verdanken, dass German Naval Yards in den Struktursicherungsfonds aufgenommen wurde und nun mit einem zweistelligen Millionenbetrag unterstützt wird.

(Beifall FDP)

Da ist es gut und richtig, und der große Applaus der betroffenen Kolleginnen und Kollegen hat es gezeigt, dass dieser Einsatz ankommt, Herr Minister.

Trotzdem bleibt der Marineschiffbau ein Knackpunkt. Wir alle wollen, dass der Marineschiffbau entlang der gesamten Wertschöpfungskette als Schlüsseltechnologie behandelt wird. Alle wollen, dass diese Schlüsseltechnologien hier bei uns geplant, entwickelt und gefertigt werden. Da geht es

gar nicht, wenn Aufträge zur Instandsetzung und Modernisierung von Einheiten der Deutschen Marine nach außerhalb Deutschlands ausgeschrieben und vergeben werden. Das ist unzuverlässig, das geht so nicht.

(Beifall FDP)

Ein Erkennungszeichen guter Politik ist immer auch Verlässlichkeit. Das Bundesministerium der Verteidigung und die Ministerin Kramp-Karrenbauer müssen das Bekenntnis zu unserer maritimen Schlüsseltechnologie auch umsetzen. Verlässlichkeit bleibt das Stichwort. Die wehrtechnischen Unternehmen brauchen verlässliche Exportregelungen. Der Kollege Hamerich hat das ganz richtig angesprochen. Ob restriktiv oder eher locker, ist dabei zweitrangig. Wichtig ist, dass überhaupt Entscheidungen getroffen werden, auf die man sich dann auch verlassen kann.

Verlässlich muss auch das Zahlungsverhalten der öffentlichen Hand sein. Es geht nicht, wenn private Unternehmen zu lange auf die Begleichung von Rechnungen warten müssen, denn von diesem Geld werden die Mitarbeiter bezahlt, und deren Familien hängen daran.

Verlässlich muss unser Verhalten als Parlamentarier sein. Es geht doch nicht, dass wir einerseits die maritime Wirtschaft haben wollen und andererseits die Wehrtechnik in die Schmutzdecke rücken. In den sogenannten nachhaltigen Finanzanlagen etwa schließen wir sie zusammen mit denjenigen Betrieben, die Arbeitsrechte verletzen oder auf Kinderarbeit und Menschenhandel zurückgreifen, aus. Ich fordere hier ein ganz klares Bekenntnis zu unserer wehrtechnischen Industrie. Die Wartungsroutinen müssen verlässlich eingehalten werden. Kleinere spezialisierte Instandsetzungswerften hängen an den Behördenflotten der Marine und an den vereinbarten Routinen.

Schließlich ist es gut und richtig, dass nun Aufträge der öffentlichen Hand vorgezogen werden. Es ist auch gut und richtig, wenn das Betrieben rechtzeitig angekündigt wird, damit sie genügend Personal und Material vorhalten. Jetzt höre ich aber, dass die vom Bund angekündigten Aufträge einer nach dem anderen kurzfristig abgesagt werden, weil die Töpfe leer sind. Das ist ein Desaster, es ist schlimmer, als wenn der Bund von vornherein gar nichts getan hätte. Das Personal ist da, die Vorleistungen sind erbracht. Das kann so nicht gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, Sie können sich darauf verlassen, dass wir alles uns

**(Kay Richert)**

Mögliche tun werden, um Sie da nicht hängen zu lassen.

(Beifall FDP und Hans Hinrich Neve [CDU])

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einen letzten Punkt. Bei allen unseren Anstrengungen geht es nicht um Unternehmen, Renditen und Margen. Das ist alles wichtig, aber nur Mittel zum Zweck. Es geht um die Menschen, aus denen ein Unternehmen besteht.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter!

**Kay Richert [FDP]:**

Und es geht um die Familien, die an den Unternehmen hängen, weil Wirtschaftspolitik auch immer Sozialpolitik ist.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Kommen Sie bitte langsam zum Ende!

**Kay Richert [FDP]:**

Ja, ich komme zum letzten Satz. - Wir von der FDP und ich persönlich bekennen uns zu einer modernen, sozialen Wirtschaftspolitik, zu unserer maritimen Wirtschaft und unserer wehrtechnischen Industrie. Wir stehen dahinter und werden alles tun, dass sie hier in Schleswig-Holstein gut und erfolgreich weiter arbeiten können.

Herr Stegner, ich habe Ihren Vorschlag zu einer wechselseitigen Zustimmung - -

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, das war nun wirklich der letzte Satz!

**Kay Richert [FDP]:**

Darf ich noch einen Vorschlag zum Verfahren machen, Frau Präsidentin?

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ganz schnell.

**Kay Richert [FDP]:**

Ich schlage allerdings ein anderes Vorgehen vor, dass wir die Abstimmung vertagen und gucken, ob wir nicht noch zu einem gemeinsamen Antrag kom-

men. Das wäre gut und im Sinne der Sache. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

War das nun ein Antrag auf Ausschussüberweisung oder auf Vertagung?

**Kay Richert [FDP]:**

Nein, das war ein Antrag, die Abstimmung zu verschieben, um zu sehen, ob wir zu einem gemeinsamen Antrag kommen.

(Zuruf: Daran arbeiten die schon!)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da uns daran liegt, dass wir den Anträgen wechselseitig zustimmen können, habe ich gerade mit dem Kollegen Koch gesprochen. Wir wären bereit, an unserem Antrag zwei kleine Änderungen vorzunehmen, sodass auch die Koalitionsfraktionen unserem Antrag zustimmen können. In der Sache haben wir ja jenseits der Geplänkel, die wir durchaus führen, viel Einigkeit.

Das wäre zum einen im Punkt vier. Da die Werften ja im Wirtschaftsstabilisierungsfonds schon enthalten sind, würde der letzte Satz jetzt beginnen:

„Ziel muss sein, Arbeitsplätze und Standorte zu sichern und in innovative sowie klimafreundliche Technologien zu investieren.“

Der Satz, der jetzt dort steht, würde entfallen.

Unter Punkt fünf würden wir formulieren:

„... wird die Landesregierung gebeten, eigene Initiativen zur Sicherung der maritimen Wirtschaft zu entwickeln und umzusetzen.“

statt

„... muss die Landesregierung eigene Initiativen zur Sicherung der maritimen Wirtschaft entwickeln und umsetzen.“

Da kommt es uns nicht auf Wortklauberei an. Wenn wir mit den Koalitionsfraktionen in der Sache einig sein könnten, dann wäre das am Ende dieser Debat-

(Dr. Ralf Stegner)

te ein gutes Signal. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat hat es heute Vormittag eine eindrucksvolle Demonstration von 300 Kolleginnen und Kollegen aus dem Schiffbau hinter dem Landeshaus gegeben, denen es derzeit wirklich schlecht geht. Die Lage um den Schiffbau in Deutschland ist insgesamt dramatisch, zum Beispiel um die Werften, die bis zum Februar oder März 2020 vor Gesundheit strotzten, wie zum Beispiel die Meyer Werft in Papenburg in Niedersachsen, die die Kreuzfahrer gebaut hat. Wir haben in vielen Teilen für diese Schiffe zugeliefert. Die sind durch die Pandemie reichlich in Schwierigkeiten geraten und müssen jetzt staatlich gestützt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Wichtigkeit dieser Branche für die Industrie dieses Landes Schleswig-Holstein deutlich zu machen. 18.000 bis 20.000 Arbeitsplätze mit dem, was an Zulieferern dabei ist, hängen an diesem Schiffbau, der für Schleswig-Holstein nicht nur traditionell eine wichtige Bedeutung hat, sondern - ich habe es heute Vormittag gesagt und sage es für die gesamte Landesregierung - deshalb für uns so wichtig ist, weil er, wenn er innovativ betrieben wird und die Potenziale der Zukunft ausschöpft, wenn er nicht auf dem Alten verharret, eine Zukunftsbranche ist und eine Hightech-Branche sein kann, in der man mit vielen Innovationen in einem Markt unterwegs ist, den man allerdings auch mit definieren muss. Das sind keine großen Märkte, wie sie in China oder Südkorea bedient werden, sondern man braucht Nischenmärkte, die man sich aussucht. Da muss man in die besonderen Bereiche gehen, in die aber auch die Werften in Schleswig-Holstein sich vom Grundsatz her hineinbewegt haben. In der Regel waren die Werften da bis zum Frühjahr dieses Jahres auch gut unterwegs.

Es ist aber auch nicht zu leugnen, dass es Werften in diesem Land gibt, die schon vor der Coronapandemie deutlich unter Druck gestanden haben. Es

mag sein, Herr Stegner, dass Sie mit dem Antrag für sich in Anspruch nehmen, das Thema auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Für mich steht das Thema seit meinem ersten Tag als Wirtschaftsminister auf der Tagesordnung, denn um die FSG in Flensburg kümmere ich mich seit dem Juni des Jahres 2017 mit schönster Regelmäßigkeit und bin immer noch froh und glücklich darüber, dass es uns beim letzten Mal gelungen ist, mit einem Eigentümer dafür zu sorgen, dass durch eine weitere Kapitalspritze dort wenigstens die Hälfte der Belegschaft in eine neue FSG überführt werden konnte und insbesondere die Auszubildenden eine Möglichkeit der Verlängerung der Ausbildung bekommen haben, die Ausbildungsplätze gesichert wurden und nicht in einer Transfergesellschaft gelandet sind. Ich bin sehr dankbar, dass das gelungen ist.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gehört aber auch zur Ehrlichkeit, dass nicht nur bei der FSG, sondern auch bei Nobiskrug in den letzten Jahren durchaus offensichtlich gewesen ist, dass, obwohl man sich in einem guten Nischenmarkt bewegt hat, nicht die richtigen Geschäftskonzepte verfolgt worden sind, was die Werft insgesamt in Schwierigkeiten gebracht hat, die sie heute ausbaden muss. Das hat dann dazu geführt - Herr Stegner, da bitte ich, dass wir redlich miteinander diskutieren -, dass wir für solche Werften, die in Schwierigkeiten waren, als die Pandemie begann, eben auch keinerlei Wirtschaftsstabilisierungsfondsmittel in Anspruch nehmen können.

Deshalb ist es hübsch, wenn Sie hier sagen, Mecklenburg-Vorpommern hätte 500 Millionen € irgendwo beantragt. - Beantragt! - Was Mecklenburg-Vorpommern bekommt, ist ein Bruchteil von der Summe, das wissen Sie auch. Man bekommt nicht, was man beantragt. Aber da herrscht bei uns im Land mit zwei großen Werften eine andere Situation, weil die gar nicht in der Lage sind, am Wirtschaftsstabilisierungsfonds zu partizipieren, und dort nicht teilhaben können.

Dass wir uns gleichwohl für sie einsetzen, dass wir gleichwohl als Landesregierung versuchen, alles zu tun, das Überleben dieser Werften und das Erhalten möglichst vieler Arbeitsplätze voranzutreiben, ist doch gar keine Frage. Das haben wir bei der FSG genauso betrieben, wie wir es eben mit dem massiven Einsatz für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds für German Naval Yards geschafft haben. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, diesen mittleren zweistelligen Millionenbetrag für German Naval Yards tatsächlich auch gestern endlich unterschrifts-

**(Minister Dr. Bernd Buchholz)**

reif hinzubekommen, denn er ist die Sicherung der Zukunft von German Naval Yards, und da bin ich dankbar dafür, dass das gelungen ist.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will an dieser Stelle auch ausdrücklich mein herzliches Dankeschön an den maritimen Koordinator der Bundesregierung, mit dem ich in ständigem Kontakt bin - und zwar nicht nur deshalb, sondern auch wegen vieler anderer Fragen -, zum Ausdruck bringen. Herr Stegner, manchmal ist es dann auch ganz gut, wenn man die Pläne, die man ursprünglich hatte, um irgendwelche großen Gipfelveranstaltungen zu machen, vielleicht selbst hinterfragt und fragt: Ist ein Gipfel jetzt eigentlich so günstig, ist nicht das Wirken im Hintergrund jetzt wichtiger, als einen Gipfel zu veranstalten? - Ich bin jedenfalls zu dem Schluss gekommen zu raten, dass derzeit das Wirken im Hintergrund insbesondere im Bereich des militärischen Schiffbaus sinnvoll ist, wo wir die Konsolidierung der Werften in Deutschland weiter vorantreiben müssen.

Es darf auch eine Konsolidierung zwischen Naval Yards und Lürssen nicht der letzte Punkt sein, um das ganz deutlich zu sagen, damit wir in Deutschland, wenn wir es als Schlüsselindustrie definiert haben, nicht auch noch an dieser Stelle eine Konkurrenzsituation zwischen unterschiedlichen Werften haben. Es wäre mir sehr daran gelegen, dass ein weiterer Merger - auch unter Einschluss der TKMS - zu einem großen Werftverbund führt, der dann auch in der Lage ist, in diesem Bereich zu agieren.

Aber da gehört es dann eben auch zur Ehrlichkeit dazu - lieber Herr Stegner, dazu können auch Sie etwas tun -, dass wir dann auf den Werften, die wir im militärischen Schiffbau haben, die entsprechenden Ausfuhrgenehmigungen für die Produkte, die dort produziert werden, auch bekommen. Sagen Sie dem Kollegen Außenminister im Auswärtigen Amt in Berlin gern Bescheid. In vielen Fragen habe ich mich im letzten Jahr sehr intensiv im Hintergrund darum bemühen müssen, dass das, was bei TKMS produziert worden ist, dann tatsächlich auch ausgeliefert werden durfte. Das scheiterte oft an fehlenden Ausfuhrgenehmigungen. Sie wissen, dass das ein Punkt ist, an dem wir uns auch zu dieser wehrtechnischen Industrie bekennen müssen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Jörg Nobis [fraktionslos])

Wenn wir Dinge in Auftrag geben und produzieren, müssen wir bereit sein, uns dafür einzusetzen und auch die Ausfuhr zu ermöglichen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber sagen: Es ist wichtig - ich habe es auch heute Vormittag betont -, dass wir dafür sorgen, dass die öffentliche Hand die Dinge in die Hand nimmt, die sie in die Hand nehmen kann, um jetzt ein bisschen die Konjunktur in dieser schwierigen Zeit zu stützen. Da bin ich durchaus dafür, dass die öffentliche Hand den einen oder andern Auftrag vorzieht, jedenfalls nicht Reparaturen und Instandhaltungen sogar verschiebt, weil man Angst um das eigene Budget hat, sondern auch die Aufträge, die vielleicht für die nächsten Jahre geplant sind, eher ein Stückchen vorzieht, um antizyklisch an dieser Stelle für ein Stück Konjunktur im Schiffbau zu sorgen. Diese Möglichkeit hat die öffentliche Hand, und ich wäre dankbar, wenn das in Berlin, insbesondere im Verteidigungsministerium, aber auch überall dort, wo Behörden Schiffe in Auftrag geben oder Schiffe repariert oder instandgehalten werden müssen, gehört wird. Das würde allen Beteiligten helfen.

Lassen Sie mich an der Stelle aber auch sagen: Herr Stegner, wir werden uns im norddeutschen Verbund auch mit solchen Hinweisen, da hätte Frau Schweig mehr oder dort hätte Herr Weil mehr gemacht, nicht mehr auseinanderdividieren lassen. Wir als norddeutsche Küstenländer betreiben gerade, was im Bereich des Schiffbaus angeht, im Schulterschluss - über die unterschiedlichen politischen Farben hinweg - mit Mecklenburg-Vorpommern, mit Niedersachsen, mit Hamburg und auch mit Bremen als Land Schleswig-Holstein einen gemeinsamen gut funktionierenden Verbund, um unsere Interessen in Berlin überhaupt richtig artikulieren zu können, denn ansonsten sind wir als einzelnes Bundesland in diesem Spiel zu klein. Da macht es überhaupt keinen Sinn, darauf zu verweisen, dass der 2 € mehr bekommt als der andere.

Wir haben zum Beispiel die Initiative ergriffen, das Großbürgschaftenprogramm auch für den Schiffbau nutzbar zu machen. Da hat sich Mecklenburg-Vorpommern draufgesetzt. Wir haben auf der anderen Seite mal eine Initiative von Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Ich bin froh, wenn es dem Kollegen Harry Glawe in Mecklenburg-Vorpommern gelingt, da auch den Wirtschaftsstabilisierungsfonds für seine Genting-Werften in Mecklenburg-Vorpommern nutzbar zu machen, weil das den Schiffbau in Norddeutschland insgesamt stärkt. Das muss eine Aufgabe sein, die wir gemeinsam angehen.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Lassen Sie mich, weil meine Redezeit leider schon lange abgelaufen ist - aber ich habe zu dem Thema schon reichlich draußen geredet -, nur noch eines zum Thema Flensburg sagen. Lieber Herr Stegner, ich habe das ganz bewusst gesagt, weil es auch darum geht, dass wir alle mit vereinten Kräften darum kämpfen, dass Arbeitsplätze jetzt für diejenigen neu geschaffen werden können, die wir in eine Transfergesellschaft aus der FSG schicken mussten. Ich glaube, wir sind uns einig darin, dass dort, wo das möglich ist, das auch stattfinden soll.

Wenn es nicht die 180 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sind, sondern dafür nur 100 sind, dann bitte, dann sind es 100. 100 Leute, die früher auf der FSG gearbeitet haben, hätten dann die Chance, in Flensburg einen guten und übrigens tarifgebundenen Arbeitsplatz zu haben - bei einer anderen Firma, die auf ihrem Gelände eine neue Montagehalle errichten will. Ich mag ehrlich gesagt das Thema Grundstücksspekulationen da gar nicht in einen Zusammenhang bringen. Die wollen auf ihrem Gelände eine Montagehalle bauen. Dafür brauchen sie eine Genehmigung. Auf diesem Stück gibt es leider auch ein Stückchen Wald. Da haben sie gesagt: Wir sind gern bereit, notfalls auch die doppelte Größe des Waldes außerhalb aufzuforsten, damit wir auf dem Gelände die Montagehalle errichten können, aber wenn wir dafür keine Genehmigung bekommen, dann werden wir diese Montagehalle in Hessen errichten müssen, weil wir den Auftrag im nächsten Jahr fertig abwickeln müssen, und da müssen wir die Montagehalle haben. - Ich wäre so dankbar dafür - das meine ich nicht als Vorwurf, manchmal gibt es kommunalpolitisch das eine oder andere, und der SSW ist mit den Grünen und auch der SPD da aus bestimmten Gründen unterwegs, aber es ist in unser aller Interesse -, wenn wir in Flensburg dafür sorgen, dass diese Arbeitsplätze dort entstehen können.

(Beifall FDP, CDU, Birte Pauls [SPD], Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Mein einziges Thema ist, dass Sie bitte alle das unterstützen, denn wir sind heute leider sicher, dass wir aus der Transfergesellschaft der FSG nicht alle Leute wieder in die FSG zurückbekommen werden, sondern dass wir denen eine neue Perspektive schaffen müssen. Daran arbeitet diese Landesregie-

rung mit Vehemenz, mit vollem Einsatz und übrigens - wenn ich das zum Abschluss sagen darf - immer auch im engen Schulterschluss zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister dieses Landes, immer auch mit dem vollen Einsatz von Daniel Günther, wenn es darum geht, gemeinsam mit den norddeutschen Ministerpräsidenten nicht nur Briefe zu schreiben, sondern vorstellig zu werden, gemeinsame Frühstücke in Berlin zu organisieren, mit den Beteiligten unterwegs zu sein, gemeinsame Gespräche mit den Eigentümern von Werften hier in der Staatskanzlei zu führen - all das macht Daniel Günther genauso intensiv und mit Vehemenz, weil er weiß, dass diese Branche für uns wichtig ist. Stellen Sie das nicht infrage! Wir als Landesregierung sind alle gemeinsam engagiert, dieser Branche zu helfen, denn sie muss durch diese schwierige Zeit und in eine bessere Zeit geführt werden. Das versuchen wir. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit um 7 Minuten erweitert. - Ich sehe nicht, dass davon eine Fraktion noch Gebrauch machen möchte. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Mir liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor. Ich schlage somit vor, dass wir jetzt nicht zur Abstimmung kommen, sondern mir ein gegebenenfalls ge-einter Antrag vorgelegt wird und wir die Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufrufen. - Herr Dr. Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin, der Vorschlag, den wir gemacht haben, war ein anderer: dass wir wechselseitig den Anträgen zustimmen und wir in unserem Antrag zwei Passagen ändern. Ich lese das gern noch einmal vor, obwohl es protokolliert worden ist. Aber wenn Sie es wünschen, lese ich das gern noch einmal vor. Dann würden wir wechselseitig den Anträgen zustimmen.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Lesen Sie es gern noch einmal vor.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Dann lese ich das noch einmal vor: In unserem Antrag würde unter Nummer 4 der letzte Satz jetzt lauten:

„Ziel muss sein, Arbeitsplätze und Standorte zu sichern und in innovative sowie klimafreundliche Technologien zu investieren.“

Das ist der letzte Satz unter Nummer 4. In der Nummer 5 würde der Satz lauten:

„Sollten die bestehenden Landes- und Bundesprogramme nicht ausreichen, um den Schiffbau in Schleswig-Holstein abzusichern, wird die Landesregierung gebeten, eigene Initiativen zur Sicherung der maritimen Wirtschaft zu entwickeln und umzusetzen.“

Das wären die beiden Änderungen. Ich hatte verstanden, dass wir mit diesen Änderungen dann wechselseitig den Anträgen zustimmen können.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. - Herr Abgeordneter Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Den Antrag auf Vertagung der Abstimmung hatte ich gestellt, weil ich dachte, dass wir vielleicht einen gemeinsamen Antrag hibekommen. Wenn wir das jetzt so machen, ist das auch okay. Dann ziehe ich meinen Antrag zurück, und wir können in der Sache abstimmen.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Abstimmung in der Sache - gut. Dann machen wir das jetzt so.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2511 (neu), in der Sache abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und Dr. Brodehl bei Enthaltung der Abgeordneten Schnurrbusch und Schaffer und keiner Abstimmung des Abgeordneten Nobis angenommen.

Ich lasse über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2524, in der Sache abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzei-

chen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der Covid-19-Pandemie durch Bund und Länder**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/2482

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 19/2482 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Wahl eines Mitglieds und einer Vertreterin im Richterwahlausschuss**

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/2454

Eine Aussprache hierzu ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/2454 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die erforderliche Mehrheit erreicht, und dem Wahlvorschlag ist entsprochen worden. Damit sind der Abgeordnete Peters als Mitglied und die Abgeordnete von Kalben als stellvertretendes Mitglied gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Vereinzelter Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

**Ersatzwahl für den Richterwahlausschuss**

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2498

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen erneut vor, offen abzustimmen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise auch hier darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/2498 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist, denn es ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25 und 40 auf:

### Gemeinsame Beratung

#### a) Europäische Gesundheitspolitik stärken - EU-Bürgerinnen und -Bürger besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2399

#### b) Keine Fast-Track-Zulassung für Impfstoffe gegen Covid-19

Antrag des Abgeordneten Claus Schaffer (fraktionslos)  
Drucksache 19/2495

Auch hier wird das Wort zur Begründung nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Bernd Heinemann.

#### Bernd Heinemann [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir Politiker in dieser Zeit etwas lernen können, ist es die Bedeutung der konsequenten Solidarität in der Familie, in der Kommune, im Land, im Bund, in Europa und in der Welt. Wir lernen sogar vom politischen Mitstreiter.

Unser umtriebiger Gesundheitsminister Spahn will mehr Raum für europäische Gesundheitsdaten

schaffen. Besonders wichtig ist ihm und auch uns die Stärkung des Europäischen Zentrums für Prävention und Kontrolle von Krankheiten - ECDC. Damit können zum Beispiel Daten über freie Intensivbetten schneller ausgetauscht werden. Wir brauchen einen mit der Datenschutzgrundverordnung kompatiblen Raum für europäische Gesundheitsdaten, ja.

Wir müssen aber auch unabhängig werden von Arzneimittelproduktionen in Drittstaaten wie China oder Indien. Das erleben wir in diesem Jahr ganz schmerzlich. Europa muss gesundheitsautonom werden und eine strategische Souveränität erlangen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute wissen wir, wie wichtig die Zusammenarbeit in einer Pandemie über Grenzen hinweg ist. Wir brauchen eine europäische Strategie der gesundheitlichen Daseinsvorsorge mit zielführender gemeinsamer Forschung zum Beispiel nach Impfstoffen, klare Standards und klare Ansagen bei notwendigen Gesundheitsreaktionen, schnell und unbürokratisch, und wir benötigen nachhaltig gute Perspektiven für die europäischen Gesundheitsfachkräfte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die aktuell wieder sehr angespannte Situation in fast allen europäischen Staaten zeigt uns noch einmal ganz deutlich: Wir brauchen die europäische Gesundheitsunion, wie wir sie schon lange fordern und wie sie auch das Europäische Parlament in seinen Beschlüssen fordert - übrigens auch die europäische Sprecherin der Grünen. Das ist auch vom Gesundheitsminister häufiger gesagt worden. Wir sind also auf dem richtigen Weg.

Unser Antrag zur Stärkung der EU-Gesundheitspolitik bekräftigt dies. Für alle muss mittlerweile klar sein, dass wir für diese Krise eine europäische Antwort brauchen. Dazu gehört, das Förderprogramm der EU mit ausreichend Mitteln auszustatten. Der magere Beschluss des Rates muss hier deutlich angepasst werden. Das hat das Europäische Parlament übrigens erst erneut beschlossen.

Gar nicht dazu passt hingegen der Antrag des Abgeordneten Schaffer. Langsam nerven die Verschwörungserzählungen, die sich sogar hier im Landtag breitmachen. Warum soll sich die Landesregierung für Selbstverständlichkeiten einsetzen? Selbstverständlich bleibt die Wirksamkeit von Impfstoffen und die Sicherheit von Patientinnen und Patienten der Kern eines jeden Zulassungsverfahrens.

**(Bernd Heinemann)**

(Beifall SPD)

Sie wollen, dass ein zugelassener SARS-CoV-2-Impfstoff nach der Marktzulassung intensiv und aktiv einer Anwendungsbeobachtung unterzogen wird. Ja, was denn sonst?

(Jörg Nobis [fraktionslos]: Das ist Versuch an Menschen!)

Die freie Entscheidung für eine Impfung gilt für alle Impfungen - schon immer, auch für Grippe und Masern, ja.

Sie wollen das gar nicht ernsthaft. Was Sie offensichtlich wollen, ist Verunsicherung und Angst. Da machen wir nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Sie lassen durchblicken, dass mit der Fast-Track-Zulassung die Sicherheit und Wirksamkeit der Phase III ausgehebelt werden soll. Eine Verschwörung droht, huuuuuh! Halloween!

(Heiterkeit SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schlagen stattdessen vor, einmal auf die Fakten zu blicken: mRNA-Impfstoffe sind moderne biomedizinische Arzneimittel, die nur gemeinsam in der EU und dem Europäischen Wirtschaftsraum in einem zentralisierten Verfahren, koordiniert von der Europäischen Medizinischen Agentur EMA durch die Europäische Kommission zugelassen werden können. Auch deshalb kommt unser Antrag gerade zur richtigen Zeit.

Hier geht es nicht um Putin, Trump oder Gates. Es geht um den sicheren Weg, die SARS-CoV-2-Pandemie schnellstmöglich einzudämmen. Das ist die weltweite Bereitstellung sicherer und wirksamer Covid-19-Impfstoffe.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Vor diesem Hintergrund und in Hinblick auf den Aspekt Fast-Track-Impfzulassung gilt es - wie bei regulären Impfstoffzulassungen - natürlich zwingend, Risiken zu vermeiden.

Es ist richtig: Alle Verfahren in Verbindung zu SARS-CoV-2/Covid-19 werden im Paul-Ehrlich-Institut beschleunigt und mit erhöhtem Personaleinsatz bearbeitet. Dabei wird aber nicht auf die notwendige Sorgfalt bei der Antragsprüfung verzichtet. Auf europäischer Ebene wird die beschleunigte Zulassung erreicht, indem der wissenschaftliche Bewertungsprozess durch den zuständigen Ausschuss für Humanarzneimittel EMA von 210 auf 150 Tage verkürzt wird.

Wir haben hier in Deutschland das weltweit sicherste Medikamentenforschungs- und Sicherheitssystem. Herr Schaffer, wir lehnen Ihren Antrag ab und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir würden uns aber auch freuen, im Europaausschuss und vor allen Dingen im Gesundheitsausschuss über diesen Antrag zu beraten. Die Coronaviruskrise hat klar und deutlich gezeigt, dass wir in europawirksameren Instrumente in der Gesundheitspolitik brauchen, -

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Bernd Heinemann [SPD]:**

- um ihr gemeinsam begegnen zu können, Herr Präsident. Wir brauchen die europäische Gesundheitsunion. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Als Antragsteller zum Antrag „Keine Fast-Track-Zulassung für Impfstoffe gegen Covid-19“ spricht jetzt der fraktionslose Abgeordnete Claus Schaffer.

**Claus Schaffer [fraktionslos]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer zuerst einen zuverlässigen Impfstoff zugelassen und auf den Markt bekommt, dem winken Milliardengewinne. Weltweit wird bereits an mehr als 180 Impfstoffkandidaten geforscht, das sind mehr als für jede andere Infektionskrankheit.

Wer eine Impfung aber als einzige und absolute Maßnahme betrachtet, der ist für die Zukunft schlecht gerüstet. Tatsächlich dauert die Entwicklung eines Impfstoffs im Durchschnitt rund 15 Jahre. Impfstoffe müssen dabei mehrstufige Zulassungsverfahren erfolgreich durchlaufen. Schrittweise und zumeist über mehrere Jahre überprüfen dabei Wissenschaftler, ob der Wirkstoff sicher und verträglich ist und ob er die Krankheit effektiv verhindern kann. Diese Zeit fehlt aber in einer Pandemie. Den Testzeitraum unter diesem Druck gar auf einige Monate zu beschränken und auch die Zulassung erheblich zu beschleunigen, bringt Probleme und unabsehbare Risiken mit sich.

Es ist zudem auch keine Garantie für Erfolg. Es ist nämlich keine neue Erkenntnis, dass die meisten Impfstoffkandidaten im Zulassungsverfahren scheitern. Bei einem Impfstoff gegen das Dengue-Fieber



(Claus Schaffer)

beispielsweise traten schwerwiegende Komplikationen erst nach einer Zulassung durch die FDA auf, also nach der Zulassung durch die oberste Arzneimittelbehörde der Vereinigten Staaten. Wohlgemerkt, das war nach dem Durchlaufen eines regulären Zulassungsverfahrens.

Bemerkenswert daran ist, dass bis heute kein einziger mRNA-Impfstoff zugelassen worden ist, und um die mRNA-Impfstoffe geht es im Wesentlichen bei der Corona-Impfstoffsuche. Und das ist so, obwohl an ihnen schon seit Jahrzehnten geforscht wurde. Deshalb gibt es keine Langzeitstudien und keine Erkenntnisse über die Verträglichkeit von mRNA-Impfstoffen.

Auch im Fall eines Corona-Impfstoffs gilt daher der Grundsatz: lieber langsam und sicher als schnell und mit unbekanntem und gefährlichen Nebenwirkungen. Viele werden sich vielleicht noch an das Impfstoffdebakel bei der Schweinegrippe von 2009 erinnern. Damals wurde in Rekordzeit der Impfstoff Pandemrix gegen das H1N1-Influenza-Virus entwickelt und mit einem neuartigen Wirkverstärker versehen. Später stellte sich heraus, dass geimpfte Kinder ein erhöhtes Risiko haben, dauerhaft an Narkolepsie zu erkranken. In Finnland, wo die Impfquote besonders hoch war, traten besonders viele Fälle auf.

Meine Damen und Herren, schon der bewährte, unser bewährter, langwierige Weg für die Zulassung von Impfstoffen ist nicht frei von Risiken. Das wissen wir. Diesen Weg jetzt aber abzukürzen und eine Fast-Track-Zulassung vorzunehmen, hätte hierbei unter Umständen verheerende, unabsehbare Folgen. Diesen Weg sollten wir nicht gehen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Jörg Nobis [fraktionslos] und Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve.

**Hans Hinrich Neve [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme erst einmal zu dem Antrag mit dem Titel „Keine Fast-Track-Zulassung für Impfstoffe gegen Covid-19“. Der hier vorliegende Antrag trägt mehr zur Verunsicherung bei, als dass er aufklärt. Aber das dürfte uns nicht überraschen. Die Politik aus dem Lager des Antragstellers konzentriert sich von Beginn an darauf, Ängste in unserer Gesellschaft zu

schüren. Die hohen Qualitätsstandards, die bei uns im Land eingehalten werden, werden auch in Zukunft eingehalten. Auch das dürfte bei der AfD bekannt sein.

Die Beschleunigung von Zulassungsverfahren für Arzneimittel war vielmehr überfällig. Schon weit vor Corona war dies immer wieder ein Thema. Wirksame Medikamente konnten nicht eingesetzt werden, weil die Zulassungsverfahren nicht abgeschlossen waren. Das war besonders zum Leidwesen von Menschen, für die diese Medikamente die wirklich letzte Hoffnung waren. Durch die Beschleunigung des Verfahrens werden unsere nationalen und EU-weiten Qualitätsstandards nicht umgangen, nein. In erster Linie wird hier Bürokratie abgebaut, und das ist mehr als notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU],  
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]  
und Dennys Bornhöft [FDP])

Die Verfahren werden auch verkürzt. Wenn sich zum Beispiel bei der Erprobung beim Menschen in der Phase I, das sind 10 bis 30 Personen, anfänglich schon positive Effekte zeigen, dann wird frühzeitig mit der Phase II, mit 50 bis 500 Personen, begonnen. Damit wird die Phase I aber nicht abgebrochen, sondern sie wird bis zum Schluss weitergeführt. Gleiches gilt für die Phase III, an der über 10.000 Personen beteiligt sind.

Auch die Zulassungsbehörden arbeiten auf Hochtouren, was zu kürzeren Bearbeitungszeiten führt. Die Zwischenergebnisse der Studien werden beispielsweise gemeinsam ausgewertet, und der Ethikrat ist unverändert in das Verfahren eingebunden. Insofern gibt es keinen Grund, hier Panik zu machen, sondern alles läuft in gesitteten Bahnen.

Die EU sichert sich schon heute mehr als 100 Millionen Corona-Impfdosen von Firmen, die in einer erfolgsversprechenden Entwicklung sind. Es geht letztendlich nur um die Gesundheit und das Überleben von sehr vielen Menschen in der EU, in Deutschland, aber auch hier bei uns in Schleswig-Holstein. Es geht um die Sicherung der Wirtschaft. Durch die Pandemie gibt es weitere Risiken für unsere Gesellschaft, die auch nicht zu vernachlässigen sind.

Die Infektionszahlen und damit verbunden die Anspannung steigen, bevor sich die Gesellschaft richtig von der ersten Welle erholen konnte. Wir müssen nunmehr die zweite Welle auffangen, und Sie, Herr Schaffer, haben nichts Besseres zu tun, als Ängste zu schüren. Sie entwickeln Verschwörungs-

**(Hans Hinrich Neve)**

theorien in einer unverantwortbaren Art und Weise. Meine Damen und Herren, insofern lehnen wir diesen Antrag ab. Ich bitte um Abstimmung in der Sache.

(Beifall CDU und FDP)

Zum Antrag Drucksache 19/3299, Europäische Gesundheitspolitik stärken: Eine Pandemie macht nicht an nationalen Grenzen halt. Insofern war es nur logisch, dass sich das Europaparlament mehrheitlich mit einer Entschließung für die Errichtung einer Gesundheitsunion ausgesprochen hat. Der hier vorliegende Antrag greift einige Punkte aus der europäischen Entschließung heraus, so zum Beispiel Qualitäts- und Versorgungssicherheit von Arzneimitteln, Medizinprodukten und Schutzausrüstung.

Erst die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie abhängig wir sind. Ob nun bei Masken oder Schutzausrüstung, wir sind abhängig von Drittländern, besonders von asiatischen Staaten. Daran sollten wir arbeiten, auch im Sinne einer Versorgungssicherheit hier in der Europäischen Union.

Ein nächster Punkt ist: Wir brauchen ein europäisches RKI, das ist dringend notwendig. Wenn ich Zahlen suche, dann habe ich die des RKI für ganz Deutschland immer vor mir. Bei Zahlen für Europa muss ich aber auf die Suche gehen. Auf der anderen Seite dürfen wir dabei nicht die Subsidiarität außer Acht lassen. Diese muss gewahrt bleiben. Mit unserer föderalen Struktur und der Zuständigkeit der Gesundheitsämter auf kommunaler Ebene hat sich nämlich gezeigt, dass wir schneller, aber auch zielgenauer reagieren können. Dabei sind zentrale Strukturen, wie es sie in anderen Ländern gibt, oft schwerfälliger.

Über diese und weitere komplexe Fragestellungen zu diesem Thema möchte ich gern gemeinsam im Fachausschuss diskutieren. Ich bitte um Ausschussüberweisung an den Sozialausschuss und mitberatend natürlich an den Europaausschuss. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Bernd Heinemann [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie ist das alles be-

herrschende Thema unserer Tage. Dazu gibt es überhaupt keine zwei Meinungen. Maßnahmen und Forderungen, die im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung dringend erforderlich sind, werden auch im EU-Parlament und in der Kommission diskutiert. Das hat der Kollege Bernd Heinemann gerade eben sehr gut zusammengefasst. Diese Debatten haben auch Auswirkungen auf die nationale Ebene. Sie haben Auswirkungen auf die Situation hier bei uns im Land.

Die Bundesregierung - die lobe ich ja nicht sehr oft, aber hier muss ich sie wirklich einmal loben - hat sich zum Beispiel dafür eingesetzt, dass es eine Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten geben soll. Herr Kollege Hans Neve hat deutlich herausgearbeitet, warum das so dringend erforderlich ist: Wir müssen doch wissen, wie die Zahlen gerade aussehen, damit wir unser Handeln daran orientieren können. Davon haben alle einen Vorteil. Deshalb ist das aus meiner Sicht einer der wichtigsten Punkte. Es ist gut, dass die Bundesregierung hier vorangeht. Aber es muss noch mehr hinterherkommen, damit wir europaweit einen gemeinsamen Plan entwickeln können.

Ein weiterer Punkt ist uns von grüner Seite sehr wichtig: die Sicherstellung und Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen. Eine gemeinsame Beschaffung macht doch Sinn. Es hat jedenfalls keinen Sinn, in einer solchen Situation in Konkurrenz zueinander zu treten. Europa muss jetzt zusammenstehen und gemeinsam dafür sorgen, dass alle Zugang zu Arzneimitteln und Impfstoffen bekommen.

Wir finden es auch wichtig, dass ein europäischer Gesundheitsdatenraum geschaffen wird. Wir brauchen eine bessere Vernetzung, einen besseren Austausch - natürlich unter Gewährleistung der Datenschutzregeln; das ist doch ganz klar. Da können wir besser werden, davon können alle profitieren.

Ich finde, über diese drei Punkte können wir gern im Ausschuss weiter diskutieren. Wenn wir dabei einen großen Schritt weiterkämen, wäre das schon total gut und wichtig, gerade jetzt, in der Pandemie. Deswegen ist das Ziel einer europäischen Gesundheitspolitik sehr wichtig.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage allerdings auch: Wir müssen eine Balance finden zwischen der nationalen und regionalen Gesundheitsversorgung, die wir insbesondere hier in Schleswig-Holstein immer in den Vordergrund stel-

**(Dr. Marret Bohn)**

len, das heißt dem Schutz der Menschen hier vor Gesundheitsgefahren auf der einen Seite und dem Wunsch, dass es für alle Unionsbürgerinnen und -bürger einen Mindestschutz beziehungsweise ein Mindestversorgungsniveau gibt, auf der anderen Seite; auch das ist uns Grünen sehr wichtig.

Ich sage es an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich: Wir dürfen es nie wieder zulassen, dass wir für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Bereichen keine Schutzausrüstung haben. Das darf nie wieder passieren!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Coronapandemie zeigt uns sehr deutlich, dass es hinsichtlich einer besseren Zusammenarbeit in Europa noch ordentlich Luft nach oben gibt. Ich habe aber auch den Eindruck, die Coronapandemie hat dazu beigetragen, dass das Thema Gesundheit, das mir schon immer sehr am Herzen lag, einen ganz anderen Stellenwert bekommen hat. Auch wenn der Anlass tragisch ist, finde ich es total wichtig, dass die Europäische Kommission und das Europaparlament nach neuen Lösungen suchen. Darüber würden wir sehr gern - vielen Dank für den schönen Antrag - weiter im Ausschuss beraten.

Jetzt kommen wir zu einem weniger schönen Antrag; mit dem werde ich mich nur kurz befassen. Hier Panik zu schüren und darauf hinzuweisen, was alles schiefgehen kann - ich kann es wirklich nicht fassen! Es gibt so viele Menschen, die sich gern impfen lassen würden. Es gibt so viele Menschen, die Angst um ihre Angehörigen haben. In einer solchen Situation darauf hinzuweisen, was alles schiefgehen kann, finde ich unter aller Würde - ganz ehrlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD - Claus Schaffer [fraktionslos]: Das ist doch nur ehrlich! Darum geht es doch!)

Ich kann nur sagen, dass ich mich in dieser Situation bei allen Forscherinnen und Forschern, bei allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Tag und Nacht daran arbeiten, die Bevölkerung besser zu schützen, herzlich bedanke. Ich denke, das tue ich im Namen von uns allen. Der Dank geht genauso an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern, in den Pflegeeinrichtungen, im öffentlichen Nahverkehr, in den Supermärkten. Alle tun ihr Möglichstes, damit wir gemeinsam durch die Pandemie kommen.

Es ist völlig klar, dass das, was in Russland passiert ist, bei uns nicht passieren wird. Hans Neve hat deutlich erklärt, wie die Abläufe bei uns sind. Natürlich wollen wir einen sicheren Impfstoff haben. Wir wissen, dass viele Menschen dringend darauf warten.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Bernd Heinemann [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Covid-19-Pandemie hat das Gesundheitswesen zum Thema Nummer eins gemacht - nicht nur auf Landes- und auf Bundesebene, sondern auch bei der Europäischen Union; denn der Mangel an Fachkräften, Intensivbetten, persönlicher Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln war kein singuläres Ereignis in Teilen Deutschlands. Vielmehr traf es mehrere europäische Länder noch deutlich härter, weswegen in unseren Kliniken auch EU-Bürger erfolgreich behandelt wurden. Ich möchte das noch einmal hervorheben, weil viele über die Europäische Union eher lästern. Das, was wir länderübergreifend erlebt haben, ist gelebte Solidarität innerhalb der Europäischen Union.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Ein weiteres großes Problem, welches sonst bei Wirtschaftskrisen kaum in Erscheinung trat, ist die Konzentration der Arzneimittelforschung, vielmehr aber noch die Arzneimittelproduktion in China und Indien. Durch den zeitweiligen Zusammenbruch globaler Lieferketten drohten sehr schnell Engpässe bei der Medikamentenversorgung, selbst in Europa.

Auch wenn die Pandemie noch wütet - schon heute ist abzusehen, dass wir in Europa Nachholbedarf haben, auch im Hinblick auf eine hochwertige Gesundheitsversorgung für die über 400 Millionen Menschen, die in der Europäischen Union leben.

In den Grundzügen habe ich viel Sympathie für den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Schließlich beruht er auf einer Entschließung des EU-Parla-

**(Dennys Bornhöft)**

ments, bei der die drittgrößte Fraktion, die der Liberalen, Mit Antragsteller gewesen ist.

Es gibt aber ein paar Punkte, die ich noch zu bedenken geben möchte. Die von mir erwähnte Gesundheitsversorgung für über 400 Millionen Menschen ist ein ehrenwertes, aber auch ein kostspieliges Ziel. Zunächst würden wir uns, glaube ich, freuen, wenn wir es schaffen, unseren Investitionsstau in Deutschland bei der stationären Versorgung komplett abzutragen sowie mehr Fachkräfte auszubilden und entsprechend zu bezahlen. Da wir schon in Deutschland eine Finanzierungslücke haben, fehlt mir ein bisschen die Idee, wo wir diese zusätzlichen Gelder akquirieren sollen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Das glaube ich, Frau Raudies. Darüber werden wir sicherlich im Europaausschuss sprechen.

Die Europäische Union ist föderal aufgebaut und unterliegt daher dem Subsidiaritätsprinzip. Wir erleben bereits innerhalb Deutschlands, dass hieran gezerrt wird. Wir können froh sein, dass wir eine föderale Republik sind; sonst hätte Markus Söder bereits im Sommer unsere Strände an Nord- und Ostsee gesperrt, weil ein Münchner Biergarten wieder einmal ein Corona-Hotspot gewesen ist.

(Beifall FDP)

Ich sage es bewusst: Solche weitreichenden Entscheidungen, die lokale oder regionale Gegebenheiten nicht berücksichtigen, sind schon innerhalb Deutschlands schwierig. Sie werden EU-weit noch deutlich weniger einfach.

Da der gesamte Antrag nur Sinn hat, wenn eine entsprechende Forderung über die Landesregierung und die Bundesregierung an die EU ergeht, sollte er federführend an den Europaausschuss zur weiteren Beratung verwiesen werden, damit er diesen Gang irgendwann nehmen kann.

Die Langzeitfolgen, auch bei jüngeren genesenen Menschen, zeigen, dass es sich bei Covid-19 halt nicht um eine Grippe handelt. Nach wie vor gibt es weder eine Behandlungstherapie noch einen Impfstoff, sodass die Vermeidung der Ansteckung bisher der einzige wirkliche Gesundheitsschutz ist, den wir der Bevölkerung bieten können. Das hat natürlich massive Einschnitte in das Leben aller Bürgerinnen und Bürgern zur Konsequenz.

Natürlich muss man faktenbasiert arbeiten und hinterfragen, ob alle Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, zweckdienlich sind. Das Kontrastprogramm dagegen liefert der wiederauferstandene

Antrag von den AfD-Leuten, den wir heute auch noch vorliegen haben. Er war ja schon liquidiert worden - so wie die Fraktion.

Sie bedienen sich Verschwörungsphantasien, wonach angeblich irgendjemand vorhabe, nicht zugelassene Präparate an die Bevölkerung auszugeben.

(Claus Schaffer [fraktionslos]: Das hat keiner gesagt!)

- Doch! So, wie Sie es hier dargestellt haben, vermitteln Sie genau diesen Eindruck.

(Claus Schaffer [fraktionslos]: Das habe ich so nicht dargestellt! Das ist nicht wahr!)

Sie dürfen nicht vergessen: Das hier ist Deutschland, nicht Putin-Russland, Herr Schaffer und Rest von AfD. Sie übernehmen vollkommen das Gebaren von Verschwörungstheoretikern und Querdenkern. Es ist ein Spielen mit Ängsten und ein politisches Wirken abseits wissenschaftlicher Grundlagen.

Die Entwicklung eines neuen Impfstoffs ist komplex, kosten- und zeitintensiv. In der Regel vergehen viele Jahre. Wir haben bei Covid-19 aber etwas Neues. Es ist nicht so, wie Sie es hier dargestellt haben, dass etwa vor der Zulassung wichtige Zwischenschritte, zum Beispiel klinische Studien, weggelassen werden. Es ist nicht so, dass man Fünfe gerade sein lässt. Bei der Forschung zu Covid-19 wird wirklich weltweit an einem Strang gezogen. Man teilt sich die Arbeit, kann parallel arbeiten und braucht deshalb halt nicht so viele Jahre. Das ist neu und übrigens eine der wenigen positiven Folgen der Coronapandemie. - Der Neigung zu Verschwörungstheorien, der Sie unterliegen, erteilen wir eine klare Absage.

Schleswig-Holstein wird ebenso wie die Bundesregierung auf die Beachtung der notwendigen Vorsicht dringen, aber eben auch die Findung eines geeigneten Impfstoffs forcieren.

Gegen Corona gibt es noch keine Heilung; gegen Anträge der AfD schon, nämlich Ablehnung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, ich hätte jetzt einen Abgeordneten des SSW aufgerufen. Gestatten Sie mir deswegen folgende geschäftsleitende Bemerkung: Die Abgeordneten des SSW haben sich trotz negati-

**(Präsident Klaus Schlie)**

ven Testergebnisses freiwillig in Quarantäne begeben. Ich finde, das verdient höchsten Respekt.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

**Claus Schaffer [fraktionslos]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Lieber Herr Bornhöft, bitte unterstellen Sie mir nicht Dinge, die ich nicht gesagt habe, die auch nicht im Antrag stehen. Ich habe an keiner Stelle erwähnt, dass ich hier befürchte oder dass ich zusammen mit der AfD im Landtag befürchte, dass nicht zugelassene Impfstoffe hier auf den Markt kommen. Das ist Quatsch; das ist schlicht und ergreifend falsch. Das möchte ich von Ihnen in dieser Form nicht noch einmal hören.

Ich möchte aber noch ein paar Worte zu dem SPD-Antrag verlieren; denn der hat es doch schon in sich. Es ist vielleicht gar nicht so verkehrt, hier auch einmal den europäischen Kontext ein bisschen aufs Korn zu nehmen. Denn wirklich stimmig ist tatsächlich nur der erste Absatz in Ihrem Antrag. Denn dort stellen Sie mindestens zwischen den Zeilen fest, dass die EU offensichtlich nicht in der Lage ist, diese Gesundheitskrise zu bewältigen. Bestätigt wird das tatsächlich durch die Infektionsverläufe, durch die Infektionszahlen auch im europäischen Ausland der EU. Denn dort läuft tatsächlich vieles sehr viel schlechter als bei uns. Die Lösung ist aber an dieser Stelle tatsächlich mehr EU, also noch mehr von dem, was eigentlich jetzt schon vollkommen falsch läuft und nicht funktioniert. Das macht mich beinahe fassungslos.

In der Tat folgen dann sieben Punkte, die eine nationale Verantwortung für die Gesundheit der Menschen in unserem Land Stück für Stück in die EU auslagern wollen.

Sozialpolitik, meine Damen und Herren, ist nationalstaatliche Aufgabe und nicht Aufgabe einer EU. Wenn wir ganz ehrlich sind, dann wissen wir: Selbst hier, in unserem Land, funktioniert eine vom Bund aufgestülpte Coronapolitik kaum noch so, wie wir uns das eigentlich wünschen. Denn wir haben weder einheitliche Maßnahmen, noch haben wir ein einheitliches Erfahrungspotenzial und ein einheitliches Infektionsgeschehen. Genau das ist vielleicht unser Glück, dass wir in einem föderalen System leben und die Bewertung vor Ort lokal differenzierte und abgestimmte und auch belegbare, hinsichtlich ihrer Wirksamkeit belegbare Maßnahmen er-

fordern. Denn diese sind nach unserer Auffassung das Gebot der Stunde.

Was wir nicht wollen, ist ein Zentralismus, weder in der EU noch in Berlin, der für uns Maßnahmen trifft, die inzwischen sogar schon außerhalb der parlamentarischen Kontrolle laufen. - Vielen Dank.

(Beifall Jörg Nobis [fraktionslos] und Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

**Bernd Heinemann [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte es beinahe befürchtet. In dem Antrag war es nicht gleich zu erkennen; aber jetzt durch die Worte von Herrn Schaffer wird es klar: Sie wollen kein Europa. Sie wollen die Nationalstaaten. Sie wollen auch nicht, dass wir uns abstimmen, dass alles zusammenpasst. Das alles wollen Sie nicht. Deswegen diese ganzen Verschwörungstheorien, das böse Europa und die böse weite Welt.

Ich sage: Wir brauchen das Gegenteil. Wir müssen zusammenhocken, wir müssen uns unterhaken in Europa für eine gemeinsame Gesundheitspolitik, und zwar subsidiär.

Wir brauchen auch eine föderale Struktur, da haben Sie recht. Aber genau diese subsidiäre und föderale Struktur ist das, was Europa starkmacht. Denn wenn wir alleine versuchen, die Pandemie in den Griff zu bekommen, wenn wir einfach übersehen, dass Spanien und Frankreich Probleme haben, wenn wir nicht solidarisch sind und Franzosen beispielsweise hier in das UKSH holen und wieder gesund machen, dann sind wir wirklich entfremdet. Genau das wollen wir nicht. Wir wollen nicht Ihre AfD-Politik, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt zum Teil mehrere In-

**(Minister Dr. Heiner Garg)**

tensivkapazitäten auf deutscher Seite und im europäischen Nachbarland, im Elsass, in Norditalien, in Spanien, aber auch in den Niederlanden und in Belgien überfüllte Intensivstationen. Von italienischen Ärztinnen und Ärzten muss entschieden werden, wer noch eine Beatmung bekommt. Das ist nicht das Europa, für das ich seit 30 Jahren stehe.

(Beifall FDP, CDU, SPD und  
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn uns die Entwicklung der letzten Tage und Wochen eines zeigt, dann dies: dass dieses Virus vor keinen Grenzen haltmacht und dass auch Schleswig-Holstein keine Insel der Glückseligen ist. Bei allem, was bisher gesagt wurde, will ich noch einmal sehr deutlich verstärken, dass ich mir für die Zukunft die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, und zwar nicht nur für die Bewältigung der Covid-19-Pandemie, wünsche. Diese ist für mich ein wesentlicher Faktor auch für den Gesundheitsbereich und für ein weiter zusammenwachsendes Europa.

(Beifall FDP, CDU, SPD und  
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Dieser einzigartige Staatenbund muss vorangehen, und da darf sich nicht jedes Land abschotten, was zu Beginn der Pandemie ja passiert ist, wie wir uns vielleicht noch erinnern. Vielmehr muss das Gegenteil der Fall sein.

Damit ich jetzt nicht missinterpretiert werde, will ich an dieser Stelle das Subsidiaritätsprinzip überhaupt nicht infrage stellen. Es wird eine intensive demokratische Diskussion darüber geben müssen, wie in Zukunft die Kompetenzen der Gesundheitspolitik, beispielsweise bei weiteren Pandemien, neu ausjustiert werden müssen. Das ist gar keine Frage.

Ja, in Deutschland haben sich der Föderalismus und die Zuständigkeiten in der Pandemie durchaus bewährt. Sie stoßen aber an die eine oder andere Grenze, meine sehr geehrten Damen und Herren. Um die Pandemie zu meistern, brauchen wir für die Menschen in Deutschland und Europa die bestmöglichen Lösungen in der Gesundheitsversorgung. Wir brauchen die Kraft der Europäischen Union, und wir brauchen in Europa Zusammenhalt, Zusammenarbeit und die Solidarität aller miteinander.

Ich habe mich in der Pandemie dafür eingesetzt, auch wenn es damals noch kein abgestimmtes Verfahren auf EU-Ebene gab, dass es ein sogenanntes europäisches Solidaritätskontingent in der Aufnahme und Verteilung von schwer erkrankten Covid-19-Patientinnen und -Patienten gibt. Ich bin

sehr stolz und dem Universitätsklinikum in Schleswig-Holstein an seinen beiden Standorten zutiefst dankbar, dass das Universitätsklinikum umgehend einem Hilferuf aus Frankreich, aus dem Elsass, aus einer Region, die meine Nachbarregion war, in der ich aufgewachsen bin, nachgekommen ist, sechs Menschen aufzunehmen und sechs genesene Menschen nach Frankreich zurückkehren zu lassen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS90/DIE  
GRÜNEN und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Gelebte Solidarität der Mitgliedstaaten muss das Ziel sein. In bestimmten Bereichen, die jetzt im weiteren Verlauf des Pandemiemanagements eine entscheidende Bedeutung haben, brauchen wir auf EU-Ebene koordinierte Maßnahmen. Dabei sind wir heute erfreulicherweise schon einen ganzen Schritt weiter als zu Beginn der Pandemie, als übrigens auch Deutschland mit Exportbeschränkungen bei persönlicher Schutzausrüstung geantwortet hat. Auch da sage ich: Das Gegenteil muss der Fall sein. Die europäische Notreserve, RescEU, nicht nur bei der persönlichen Ausrüstung, sondern auch bei Beatmungsgeräten ist die richtige Antwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Zulassung des Impfstoffs möchte ich noch Folgendes sagen: Ziel ist, dass alle EU-Mitgliedstaaten möglichst schnell einen gleichberechtigten und erschwinglichen Zugang zu einem Impfstoff für die Menschen in diesem Staatenbund haben. Dazu führt die Kommission Gespräche mit diversen Impfstoffherstellern. Sie wissen es doch eigentlich besser: Es sind mehr als 160 Impfstoffkandidaten im Rennen, um das einmal so deutlich zu sagen.

Allen EU-Mitgliedstaaten soll mit diesem Verfahren ermöglicht werden, einen Corona-Impfstoff zu erwerben, sobald dieser verfügbar ist. Durch einen Vertrag mit Pharmaunternehmen hat die EU-Kommission im Übrigen dafür gesorgt, dass die Mitgliedstaaten Zugriff auf das Medikament Remdesivir erhalten, das zur Behandlung von Covid-19-Patientinnen und -Patienten auf EU-Ebene bereits zugelassen ist.

Die beschleunigte Zulassung eines Impfstoffs gegen das Coronavirus bedeutet aber gerade nicht, dass die wissenschaftlichen und regulatorischen Standards außer Kraft gesetzt werden. Das müssen die Menschen in Schleswig-Holstein in dieser Klarheit und Deutlichkeit auch einmal hören, bevor hier ein anderer Eindruck entsteht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP, CDU, SPD und  
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Ganz im Gegenteil: Die Impfstoffkandidaten sind hinsichtlich ihrer Qualität und klinischen Eigenschaften genauso sorgfältig zu prüfen wie andere Impfstoffe auch. Die Zulassung erfolgt in Abhängigkeit der vorliegenden Daten. Die EU-Verordnung über die klinische Prüfung mit Humanarzneimitteln, die bereits vor der Krise in Kraft war, setzt hierbei klare und verbindliche Vorgaben, die entsprechend einzuhalten sind.

Die EU-Kommission hat auch weitere Maßnahmen im Umgang mit der Krise ergriffen. So baut die EU auf Vorschlag der Kommission insgesamt einen strategischen Vorrat an medizinischer Ausrüstung auch im Rahmen der von mir erwähnten sogenannten Notfallreserve rescEU auf. Mit wesentlich mehr Mitteln, nämlich mit rund 6 Milliarden € ist die EU-Initiative „Solidarität im Dienst der Gesundheit“ ausgestattet. Damit werden die Gesundheitssysteme der Länder direkt unterstützt. Durch diese Hilfen sollen unter anderem der Transport von medizinischem Gerät und von Patientinnen und Patienten mitfinanziert und koordiniert, die Einstellung zusätzlichen medizinischen Personals gefördert und der Bau mobiler Krankenhäuser unterstützt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend einen Punkt ansprechen, den ich ebenfalls für die weitere Zusammenarbeit national, aber auch international von entscheidender Bedeutung halte. Wir brauchen in Europa mehr Anreize für Unternehmen, Arzneimittel und Arzneimittelrohstoffe wieder in der Europäischen Union zu produzieren. Das gilt explizit auch für den Ausbau der Wirkstoffproduktion insbesondere für versorgungsrelevante Arzneimittelgrundstoffe und für versorgungsrelevante Arzneimittel.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eine Produktionsrückverlagerung nach Europa lohnt sich, und zwar wenn wir die Möglichkeit bieten, hier große Mengen produzieren zu können. Ich bin überzeugt davon, dass die EU nach dieser Pandemie die Kraft finden wird, diese europäische Arzneimittelstrategie auf den Weg zu bringen; denn ich halte sie für die Bevölkerung, für über 500 Millionen Menschen, die auf diesem Kontinent leben, für von herausragender Bedeutung. Ich wünsche mir, dass Europa enger und stärker zusammenarbeitet, gerade auch im Gesundheitsbereich, als es bisher der Fall gewesen ist.

Ich bedanke mich ebenfalls für die Initiative und für das Zuhören. - Ja, ich habe die Redezeit überzogen.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, der Minister hat die Redezeit erwartungsgemäß um 3 Minuten überschritten. - Ich sehe aber, dass Sie von der erweiterten Redezeit keinen Gebrauch machen möchten. Damit stelle ich fest, dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2399 - ich interpretiere das jetzt einmal - federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist bis auf die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein so beschlossen. Enthaltungen?

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]: Enthaltung!)

Bei Enthaltung der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein ist das so beschlossen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 19/2495. Dort stimmen wir in der Sache ab. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die fraktionslosen Abgeordneten Schaffer, Nobis, Dr. Brodehl, von Sayn-Wittgenstein und Schnurrbusch. - Ich muss mich erst daran gewöhnen, Sie alle einzeln aufzuzählen. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

**Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2497

Das Wort zur Begründung, sehe ich, wird nicht gewünscht. Es ist im Ältestenrat vereinbart worden, dass für die Fraktionen insgesamt die Abgeordnete Birgit Herdejürgen das Wort erhält.

(Wortmeldung Hans-Jörn Arp [CDU])

- Zunächst einmal hat jetzt die Abgeordnete Herdejürgen das Wort. Ich habe die Tagesordnung ein bisschen durcheinandergebracht. Es ist meine

**(Präsident Klaus Schlie)**

Schuld, aber Frau Abgeordnete Herdejürgen ist ja flexibel.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie so viele andere haben wir als Landtag in den vergangenen Monaten verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um in der für uns alle neuen Situation den Betrieb in Coronazeiten sicherzustellen. Wie so viele andere haben wir im Frühjahr nicht sofort eine Standardlösung parat gehabt, zumal es durchaus Unterschiede in der Einschätzung gibt, was nötig und möglich zu regeln ist. Ziel ist es allerdings von Anfang an gewesen, das Infektionsrisiko hier im Hause möglichst gering zu halten und gleichzeitig die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten.

Wir haben im Moment auf Bundesebene und in verschiedenen Ländern bezogen auf die Beteiligung des Parlamentes bei Coronamaßnahmen Diskussionen. Ich finde, in Schleswig-Holstein haben wir das relativ gut gelöst bekommen.

(Beifall SPD und CDU)

Das sage ich gerade als Mitglied einer Oppositionsfraktion.

Bei allen unterschiedlichen Auffassungen und unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen war gerade in der chaotischen Anfangsphase der enge Kontakt zwischen Regierung und Parlament sehr hilfreich, auch als Signal an die Bevölkerung. Es war hilfreich im direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern deren Anliegen häufig sehr schnell aufgegriffen und gelöst werden konnten. Es war hilfreich, dass in der Außendarstellung als handlungsfähiger Staat, der in Notsituation über die Ebenen hinweg schnelle Lösungen herbeigeführt hat. Wir haben die Diskussion auch bezogen auf die Nachträge - das werden wir am Freitag als Thema behandeln - mit einer sehr breiten parlamentarischen Beteiligung auf den Weg gebracht. Daher müssen wir uns hier in Schleswig-Holstein, was die parlamentarische Beteiligung angeht, nicht verstecken.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gerade deshalb müssen wir zusehen, dass die parlamentarische Arbeit weiterhin stattfinden kann. Dazu wollen wir zusätzliche Möglichkeiten schaffen, den Ausschussbetrieb bei wieder zunehmenden Infektionszahlen - damit haben wir leider im Moment zu tun - zu erleichtern. Das ist keine grundsätzliche Abkehr vom Präsenzbetrieb. Die Landesverfassung

legt die Öffentlichkeit ausdrücklich als Regelfall fest, der Zuschauern und der Presse ermöglicht, sich selbst und unmittelbar einen umfassenden, ungefilterten Eindruck vom Geschehen im Sitzungssaal zu machen. Eine virtuelle Anwesenheit kann nicht an die Stelle tatsächlicher Präsenz treten, weil Rhetorik und Körpersprache Teil der politischen Debatten sind und über Videokonferenzen nicht vollumfänglich abgebildet werden können.

Eine breite Mehrheit dieses Hauses hält daran fest. Dies gilt auch weiterhin für inhaltliche Diskussionen und Abstimmungen über Anträge und Gesetzesentwürfe.

Wir sehen allerdings Anpassungsbedarf für Sitzungen zur reinen Informationsweitergabe und Beschlussfassungen über Verfahrensfragen. Diese können künftig in Ausnahmefällen als Videokonferenzen ermöglicht werden, allerdings nur, wenn kein Ausschussmitglied widerspricht. Die Hürden sind relativ hoch. Diese Maßnahmen dienen dazu, Sitzungen der Ausschüsse in Präsenz auf das Notwendige zu reduzieren.

Im Zuge unserer Diskussionen zu diesen coronabedingten Änderungen haben wir sozusagen als Beifang noch eine weitere Möglichkeit eröffnet, und zwar, dass im Rahmen von Anhörungen Experten per Videokonferenz zugeschaltet werden können, wenn die persönliche Teilnahme nicht möglich ist. Das kann zum Beispiel sinnvoll sein, wenn Anzuhörende aus München, Dresden oder aus weiter entfernten Orten anreisen müssten. Wir werden vermutlich noch weitere Regelungen auf den Weg bringen müssen, denn wir können derzeit nicht ausschließen, dass über kurz oder lang auch Kolleginnen oder Kollegen betroffen sein werden. Die Beschlussfähigkeit des Landtags muss in jedem Fall sichergestellt sein.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Dazu wird es auch weitere Gespräche geben. Ich kann zumindest für meine Fraktion sagen, dass wir hierzu weitere Vorschläge erarbeiten und uns in jedem Fall an den Diskussionen beteiligen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz allem hoffe ich, dass der Notfall nicht eintritt. Also, bleiben Sie alle gesund.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])



**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und schlage vor, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich hole das Versäumnis nach und rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Gemeinsame Verantwortung zur Endlagersuche wahrnehmen**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2430

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wer von Ihnen kann sich an den 11. März 2011 erinnern? -

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fukushima!)

- Richtig, Fukushima. Vielen Dank. Ich hätte das auch selbst beantwortet.

(Heiterkeit - Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Kein Grund zur Freude, aber ein Datum, das bei uns allen sichtlich Spuren hinterlassen hat, auch in der politischen Entscheidung.

Die zweite Frage - die geht ganz besonders an meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion -: Hätten Sie, hättet ihr damit gerechnet, dass wir nach diesem schrecklichen Ereignis am 11. März 2011 tatsächlich so weitreichende Entscheidungen zum Thema Atomausstieg treffen? - Diese Frage beantworte ich gleich lieber selbst. Ihr hättet es nicht erwartet. Trotzdem ist es Wirklichkeit geworden.

(Beate Raudies [SPD]: Da haben Sie vorher kassiert, was wir schon gemacht haben!)

Damit beschäftigen wir uns heute in einem geeinten Antrag, und für diesen geeinten Antrag möchte ich mich bedanken, nicht nur bei meinen Koalitionskollegen, sondern natürlich auch ganz besonders bei

der SPD-Fraktion und bei den Abgeordneten des SSW. Es geht um die Endlagersuche in Deutschland. Das ist ein klarer gesellschaftlicher Auftrag. Es gibt eine Bundesgesellschaft für Endlagerung, eine Gesellschaft zur Suche von Endlagern. Auf Bundesebene ist beschlossen worden, dass das mit finanziellen Mitteln hinterlegt und ein sogenannter Endlagerfonds mit einer Gesamtsumme von bisher 24 Milliarden € eingerichtet wird. Unter der Verantwortung des Bundesumweltministeriums ist von 2012 bis 2014 erarbeitet worden, in welcher Form nun vorgegangen werden soll.

Es gibt zwei Zweige. Ich beschränke mich auf den Zweig für die Endlagersuchgesellschaft für hochradioaktive und radioaktive Stoffe. Sie wissen um die Geschichte von Salzgitter, Schacht Konrad, oder von der Asse-GmbH - die mit den Fässern, die dort im Wasser schwimmen und wieder geborgen werden müssen. Insofern hat die Erfahrung gezeigt, dass die Standortauswahl in Deutschland nicht so einfach werden wird.

Im sogenannten Standortauswahlgesetz aus dem Jahr 2017 hat sich Deutschland dazu bekannt, dass das, was es an Problemen mit radioaktiven Stoffen gibt, tatsächlich in einem Endlager auf eigenem Hoheitsgebiet in Deutschland geklärt und gelöst werden soll. Das heißt: Wir sind alle gemeinsam verpflichtet, Verantwortung zu übernehmen und auf deutschem Gebiet dementsprechend Möglichkeiten zu erarbeiten, um ein Endlager für den sicheren Einschluss dieser radioaktiven Stoffe zu finden.

Es gibt einige Grundvoraussetzungen. Herr Studt, ehemals Innenminister, SPD, hat uns dankenswerterweise zweimal aufklären können, zum einen in einer öffentlichen Veranstaltung hier im Landtag und zum anderen im Umwelt- und Agrarausschuss. Das war ein ganz hervorragender Vortrag. Herr Studt hat uns dargestellt, dass es einige Grundvoraussetzungen gibt. Ein Endlager muss aus heutiger Sicht für eine Million Jahre sicher sein. Die Rückholbarkeit der dort eingelagerten radioaktiven Stoffe muss gegeben sein. Tiefengeologisch muss das Gestein, der Ton oder das Salzgestein, geeignet und eine Bergbarkeit, eine Nutzbarkeit der dortigen Lager für mindestens 500 Jahre gegeben sein. Das ist die Grundvoraussetzung, um auf deutschem Gebiet ohne Vorurteile in einer Planungsphase 1 die Gebiete, die geeignet sein könnten, abzustecken.

Der Zwischenbericht vom 28. September 2020, also vor gut vier Wochen, hat ergeben, dass 54 % der Bundesfläche - nach dieser ersten Findungsphase auf einem weißen Blatt Papier als Landkarte - dafür geeignet wären. Der Aufschrei ist zu Recht in der

**(Heiner Rickers)**

Bevölkerung groß: Warum wir? Warum nicht die anderen? Keiner möchte ein Endlager vor der Tür oder bei sich in der Region haben. Aber dieser erste Schritt ist notwendig, damit man weiß, auf welche Gebiete man sich konzentrieren kann.

In einem zweiten Schritt wird der Standort mit den Regionen bestimmt, eingebunden mit Öffentlichkeitsarbeit. Die überragende Betrachtungsweise wird dort einziehen, und die Öffentlichkeit wird eingebunden. Das erfolgt in mehreren Veranstaltungen vor Ort. Berücksichtigt werden immer die Infrastruktur, die Bevölkerungsdichte, die Abstände zu Gewässern, Oberflächengewässern und so weiter.

In einer dritten Phase geht das ganze Verfahren in eine untertägige Betrachtung, und das wird gefühlt noch mindestens 15 Jahre dauern, bis wir dorthin kommen.

Grundsatz ist immer in Phase 1: Geologie geht vor Geografie. Das habe ich beschrieben. Die geografischen Datensätze, die heute aus Bergbauämtern oder in den Statistiken der Umweltämter vorliegen, werden dazu herangezogen. In den beiden weiteren Phasen wird dementsprechend gearbeitet.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, wenn Sie auf die Uhr schauen - -

**Heiner Rickers [CDU]:**

- Ja, ich komme zum Schluss; vielen Dank.

Oberste Priorität muss haben, dass wir vorurteilsfrei an das Verfahren herangehen. Das bekunden wir mit unserem Antrag. Ein Standort mit höchstmöglicher Sicherheit für die Endlagersuche muss gefunden werden. Der politische Auftrag ist klar, und die Verantwortung übernehmen wir gemeinsam. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Standortsuche für ein Endlager für hochaktiven Atom Müll ist aus mehreren Gründen schwierig. Auf der einen Seite ist es verständlich, dass niemand gerne so ein Atom Mülllager, ein Endlager vor der

eigenen Haustür haben möchte. Auf der anderen Seite können wir den Müll auch nicht einfach „wegreden“. Wir können die atomare, energetische Vergangenheit nicht ausblenden, wir können sie nicht vergessen machen. Wir werden die Herausforderung der sicheren Lagerung der radioaktiven Stoffe gesamtgesellschaftlich lösen müssen.

Bei der aktuellen Debatte um den frei gemessenen Bauschutt aus den AKW sehen wir deutlich, wie brisant dieses Thema ist. Deshalb sind wir alle darauf angewiesen, dass die Standortsuche nicht nach politischen Mehrheiten erfolgt. Wir suchen den Standort, der am sichersten ist und geologisch die besten Voraussetzungen bietet.

Vor über 40 Jahren wurde Gorleben als Endlager politisch bestimmt. Wir alle kennen die Kämpfe, die daraufhin folgten. Nun wurde Gorleben sogar von der Liste der infrage kommenden Regionen gestrichen. Das sollte uns eine Lehre sein.

2013 wurde ein faires und transparentes Verfahren beschlossen. Wir folgen dem sogenannten Standortwahlgesetz für eine wissenschaftsbasierte und nachvollziehbare Standortauswahl. Für uns zählen Wissenschaft, Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Beteiligung. Die Debatte soll ergebnisoffen geführt werden. Wenn wir im Verfahren merken, dass wir auf dem falschen Weg sind, brauchen wir den Mut, zu korrigieren und wieder einen Schritt zurückzugehen.

Die Herausforderungen sind groß. Eine Million Jahre muss das radioaktive Material sicher verwahrt bleiben. Es müssen geologische Untersuchungen im Untergrund getätigt werden. Wir müssen schauen, wie die Grundwasservorkommen sind, wir müssen schauen, wie einstige Kohleabbauregionen und Ballungsräume berücksichtigt werden. Es müssen alle möglichen Auswirkungen des Klimawandels in die Überlegungen einbezogen werden. Ein Endlager in Gebieten mit Überflutungsgefahr muss ausgeschlossen werden.

(Beifall SPD)

Wichtig ist auch: Im Standortwahlgesetz ist zu Recht eine nationale Verantwortung bei der Entsorgung des Atom Mülls verankert.

Es ist richtig, dass wir uns von unserem Entsorgungsproblem nicht einfach freikaufen können. All jenen, die heute wieder zur Atomkraft zurück wollen, sollte die Debatte um die Endlagersuche eine Warnung sein.

(Beifall SPD)

(Thomas Hölck)

Es gibt keine verantwortungsvolle Alternative zur Energiewende. Grundsätzlich sind 74 % der Landesfläche Deutschlands geologisch geeignet und werden in die Endlagersuche einbezogen. Das verdeutlicht die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die hinter diesem Projekt steht. Nur mit Transparenz und einem offenen Verfahren können wir auf die Akzeptanz der Bevölkerung hoffen.

Es werden sich noch viele Fragen ergeben, Sorgen gehört und Einwände bedacht, bevor der Bundestag im Jahr 2031 über ein Endlager beschließen wird. Deshalb ist eine öffentliche Darstellung und Erklärung der Gründe unbedingt notwendig. Wir benötigen einen sicheren Lagerort für 1 Million Jahre und nicht nur bis zum Ende einer Legislaturperiode.

Doch von Solidarität und gemeinsamer Verantwortung scheint die bayerische Staatsregierung nicht viel zu halten. Sie wählt das politische Wunsch-dirwas und die bequemste Lösung - Hauptsache, Bayern muss keine Verantwortung tragen. Im bayerischen Koalitionsvertrag steht:

„Wir denken beim Schutz unserer Heimat über Generationen hinaus. Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.“

Ich finde, diese Frage kann nicht durch einen Koalitionsvertrag gelöst werden.

(Beifall SPD und FDP)

So kann es nicht laufen. Wer wie die Bayern von der Atomkraft profitiert hat, muss jetzt auch Verantwortung übernehmen. Die bayerische Aluminiumindustrie hat von dem Atomstrom profitiert. Sie müssen sich der Verantwortung stellen.

(Beifall SPD)

Solidarität bedarf es auch in der Stromversorgung. Wir in Schleswig-Holstein nehmen unsere Verantwortung wahr, indem wir die erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Was ist mit Bayern? - Sie sind auch hier die Bremser. Deshalb sind die Bayern in wesentlichen Politikfeldern Egoisten. Statt mit uns gemeinsam die Energiewende anzupacken, machen sie Sonderregelungen bei den Abstandsregelungen von Windenergieanlagen.

Wir sind ein gleichberechtigter föderaler Staat, in dem nicht immer einer eine Sonderrolle spielen kann. Deshalb bin ich froh, dass wir in Schleswig-Holstein hier im Landtag parteiübergreifend mit den demokratischen Fraktionen an einem Strang ziehen, um verantwortungsvoll für die Menschen

die sicherste Lösung zu finden. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein sehr gutes Zeichen, dass wir es sehr schnell hinbekommen haben, noch vor Veröffentlichung des Zwischenberichts und Bekanntwerden der Teilgebiete diesen Antrag gemeinsam einzureichen. Damit erteilen wir denjenigen Landes- und Regionalfürsten eine deutliche Absage, die sich in populistischer Weise hinstellen und „nicht bei uns“ sagen, obwohl sie oder jedenfalls die Parteien, denen sie angehören, in der Vergangenheit immer auf Atomkraft gesetzt haben.

Der Einstieg ins Atomzeitalter in den späten 50er-Jahren, in den 60er- und 70er-Jahren war eine gigantische Fehlentscheidung, wie wir wissen. Die große damalige Pro-Atom-Koalition aus CDU, CSU, SPD und FDP war dabei und hat letztlich mit zur Gründung der Grünen geführt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Es war eine Fehlentscheidung, die nicht nur uns, sondern vielen nachfolgenden Generationen Lasten aufbürden wird. Es hilft aber nichts, zu jammern und mit Fingern auf andere zu zeigen.

(Martin Habersaat [SPD]: Das kann man hinterher immer sagen, genau!)

Wir stellen uns als Grüne, auch wenn wir diese Technologie nicht gewollt haben, nicht ins Abseits, sondern übernehmen Verantwortung für diese hochgefährlichen Hinterlassenschaften des Atomzeitalters, um sie sicher zu verwahren.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Kollege Voß, Sie sind ja ein sehr junger Abgeordneter. Wenn Sie darstellen, welche Parteien es ge-

**(Bernd Voß)**

wesen sind, die damals für die Atomenergie eingetreten sind, dann ist das zutreffend. Ich würde Sie aber gern darauf aufmerksam machen, dass die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie zu einem Zeitpunkt den Ausstieg aus der Atomenergie gefordert hat, als die Grünen noch gar nicht gegründet waren.

(Beifall SPD)

Das wollte ich Ihnen nur einmal gern sagen, und es wäre schön, wenn Sie es zur Kenntnis nehmen würden.

- Vielen Dank für den Hinweis. Ich wollte mich nicht weiter in die Facetten der Parteienlandschaft der 60er-Jahre und 70er-Jahre hineinbegeben. Wir wissen aber doch: Es war bundesweit eine große Koalition. Die Rolle auch gerade starker Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein in dieser Zeit habe ich selbst erleben dürfen, insbesondere aber auch die starke Position und Ansprechbarkeit des Abgeordneten Meyer damals. Das einmal zur Historie.

Wir kommen nicht drum herum und müssen aus der Historie lernen, wie wichtig es jeweils ist, Technologien kritisch zu hinterfragen und keinem Mainstream hinterherzurrennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein sicherer Ort, der sicherstmögliche Ort, den es überhaupt geben kann, wird letztlich niemals im politischen Gerangel unterschiedlicher Interessen ausgemacht werden. Darum haben wir als Grüne uns immer für ein wissenschaftsbasiertes, transparentes, ergebnisoffenes und partizipatives Verfahren stark gemacht. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat uns im Umweltausschuss in der letzten Woche sehr deutlich gemacht, wie das Verfahren läuft. Im Grunde habe ich wieder einmal bestätigt bekommen, dass das Ganze sehr durchdacht ist und sehr gewissenhaft und objektiv vorgegangen wird.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist bereits angelaufen. Wir können es immer verfolgen. Weitere Veranstaltungen werden nachfolgen.

Später, wenn die nächsten Vorschläge für einen Standort zur übertägigen Erkundung vorliegen, werden Regionalkonferenzen eingerichtet, die eine kontinuierliche Beteiligung der Öffentlichkeit der Standortregionen möglich macht. Parallel wird, wie im Gesetz zur Standortwahl vorgesehen, anhand der Daten ein weiteres Lager für schwach- und mittelaktiven Müll als Ergänzung zum Schacht Konrad gesucht werden müssen. Heiner Rickers hat eben die Asse angesprochen, wo über 200.000 t darauf warten, untergebracht zu werden.

Das alles, aber besonders die strikte Einhaltung des Zeitplans, ist dringend geboten, um 2031 einen Beschluss von Bundestag und Bundesrat über den Standort herbeizuführen und 2050 ein Endlager fertig zu haben. Die Castoren mit den hochradioaktiven Hinterlassenschaften der Atomkraftwerke liegen an den Zwischenlagern an den AKW-Standorten. Deren Genehmigung läuft Mitte der 40er-Jahre, also schon vorher, aus. Diese Zwischenlager dürfen nicht schleichend zu hochriskanten Endlagern werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie wissen: Ich bin im Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf politisch groß geworden. Es läuft immer noch und produziert immer noch strahlenden Müll. Auch das muss man sich einmal vor Augen halten. Trotzdem waren wir erfolgreich: Der Ausstieg aus dieser Hochrisikotechnologie ist unumstößlich beschlossen, und die Restlaufzeit ist bis Ende 2021 begrenzt. Immerhin haben wir es geschafft, dass die erneuerbaren Energien und ihre Leistungen überall im Land durch den erfolgreichen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern und vielen unternehmerischen Pionieren sichtbar geworden sind. So weit waren wir bei Tschernobyl noch nicht, so weit waren wir bei Fukushima.

Zur Frage: Hätten Sie es gedacht? - Ja, die Hoffnung war schon da, die Alternativen waren sichtbar. Das war die Grundlage für diese starken Entscheidungen, die wir gemeinsam gefällt haben, und warum wir auch die Erneuerbaren stark und zügig ausbauen müssen.

Wir werden es schaffen, einen Standort für ein Endlager zu finden. Das sage ich, auch wenn mir bewusst ist, dass uns in den kommenden zehn Jahren schwierige Diskussionen bevorstehen. Die Sorge der Menschen im Umkreis möglicher Standorte wird mit jedem weiteren Schritt der Eingrenzung der Standorte größer werden. Damit das Verfahren nicht aus dem Ruder läuft, muss jederzeit die Nachvollziehbarkeit aller Entscheidungen gewährleistet sein. Sie erinnern sich an das Geodateninformationsgesetz und das Gerangel darum, wie wichtig es ist, alles transparent zu halten. Alle herangezogenen Daten müssen öffentlich zugänglich sein. Die Beteiligungsprozesse werden Zeit brauchen. Die Menschen in den betroffenen Regionen müssen sich einarbeiten und brauchen Unterstützung in Form unabhängiger Expertise. Hier im Land wird auch diese Unterstützung sichergestellt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, schauen Sie einmal auf die Uhr!

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Letztes Wort. - Aber wir sind zum Erfolg verdammt: Der hochgefährliche Müll ist da. Aber eines, so glaube ich, ist der entscheidende Faktor: Wir leben in einer starken Demokratie und in einer starken Gesellschaft. Ich glaube, das ist das stärkste Pfund, das wir hier haben. Eine Verbringung irgendwohin ins Ausland ist keine Alternative. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis Ende 2021, also bis Ende nächsten Jahres, darf noch Strom aus der Kernenergie erzeugt werden. Dann ist Schluss. Die Kernkraftwerke werden zurückgebaut. Das an sich ist natürlich schon eine große Herausforderung: der Rückbau hin zur grünen Wiese. Aber eine weitere große Herausforderung ist eben die Suche nach einem Standort für den hochradioaktiven Abfall. Dieses Problem ist noch nicht gelöst. Wir werden im Jahr 2022 rund 1.900 Castoren mit hochradioaktiven Abfällen in den Zwischenlagern an den Kraftwerkstandorten stehen haben. Da wiederhole ich gern den Satz, den Bernd Voß eben gesagt hat - das kommt nicht oft vor, aber jetzt ausdrücklich -: Die Zwischenlager dürfen nicht schleichend zu Endlagern werden.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen ist ein Standortauswahlgesetz mit breiter Mehrheit beschlossen worden. Die Suche und die Schaffung eines Endlagerstandorts sind eben große Herausforderungen. Die Suche nach einem gemeinsamen Standort muss gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg mit wissenschaftlicher Expertise und in größtmöglicher Transparenz gestaltet werden. Ich begrüße da den wirklich großen überparteilichen Konsens, den wir hier in diesem Hohen Haus haben. Mit unserem Antrag, den wir gleich gemeinsam beschließen werden, senden wir ein sehr gutes Signal, dass wir ausdrücklich dieses Verfahren, das

festgeschrieben worden ist, unterstützen und dass wir zu dieser Sache stehen - anders als andere Bundesländer, wenn ich einmal weiter in den Süden schaue.

(Beifall Annabell Krämer [FDP], Kay Richter [FDP] und Heiner Rickers [CDU])

- Vielen Dank, Herr Kollege. - Transparenz ist der Schlüssel bei der Endlagersuche. Jeder muss nachvollziehen können, was passiert und wie welche Entscheidung zustande gekommen ist. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung, BGE, zeigt sich sehr offen und engagiert, größtmögliche Transparenz in Sachen Endlagersuche herzustellen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, noch einmal BGE-Geschäftsführer Stefan Studt dafür zu danken, dass er letzte Woche hier in diesem Saal dem Umweltausschuss so umfassend und informativ über die Endlagersuche berichtet hat.

(Beifall Annabell Krämer [FDP], Kay Richter [FDP], Klaus Jensen [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine tiefengeologische Einlagerung zu schaffen, ist der Auftrag der BGE. Wichtig ist aber auch, dass im Standortauswahlgesetz die Vorgabe der Rückholbarkeit festgeschrieben ist: Die Möglichkeit einer Bergung für 500 Jahre nach dem geplanten Verschluss des Endlagers ist vorzusehen, heißt es dort im Gesetz. Das ist unter anderem deswegen sinnvoll, weil es in Zukunft durchaus andere technische Lösungen im Umgang mit radioaktiven Abfällen geben könnte. Viele EU-Staaten setzen zum Beispiel auf das Thema Transmutation, sprich: die Zersetzung der Abfälle in deutlich kürzere und oder gar nicht mehr strahlende Elemente. Dieses Verfahren ist noch in den Anfängen und wird noch erforscht. Und wenn es tatsächlich gelingen sollte, andere Verfahren als die tiefengeologische Lagerung zu ermöglichen, dann wird man wegen der festgeschriebenen Rückholbarkeit auch damit umgehen können.

(Beifall FDP)

Die Suche nach einem Endlager ist nötig. Es ist eine große Aufgabe, für die wir alle Verantwortung übernehmen müssen. Bis man einen endgültigen Standort für ein Endlager irgendwo in Deutschland gefunden hat, wird es mit Sicherheit noch sehr viele Fragen geben. Deswegen ist es richtig, dass von Anfang an alle Phasen der Endlagersuche öffentlich dargestellt und erklärt werden.

Das führt mich abschließend zu einem Web-Tipp: Auf BGE.de, der Seite der Bundesgesellschaft für

(**Oliver Kumbartzky**)

Endlagerung, findet man wirklich sehr informativ und sehr ausführlich alles, was man vom Verfahren wissen muss. Man kann dort auch online Kommentare und Stellungnahmen abgeben, die sofort beantwortet werden. Das ist ein ganz großer und guter Beitrag für größtmögliche Transparenz. Die Endlagersuche zwingt uns zur gemeinsamen Verantwortung. Wir stehen dazu und stimmen selbstverständlich diesem vorliegenden Antrag gleich zu. - Danke schön.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Suche nach einem Endlagerstandort für die hochradioaktiven Abfälle aus unseren Atomkraftwerken mit der größtmöglichen Sicherheit auf viele tausend Jahre ist eine schwierige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, vor der sich niemand drücken kann - auch wir nicht. Schleswig-Holstein will daran mitwirken, den Atomausstieg zu vollenden. Das ist schon deshalb unsere Pflicht, weil sich ein erheblicher Teil der abgebrannten Brennelemente in den schleswig-holsteinischen Zwischenlagern in Brüssel

(Heiterkeit und Zurufe)

- in Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel befindet. Wir alle haben den Strom aus Atomkraftwerken verbraucht. Der daraus entstandenen Verpflichtung zur sicheren Entsorgung der hochradioaktiven Stoffe stellen wir uns verantwortungsvoll. Wir haben uns mit Bund und Ländern auf ein gesetzliches Auswahlverfahren geeinigt. Entscheidend ist, dass dieses Verfahren auf der Basis wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse durchgeführt wird und nicht - wie in der Vergangenheit oftmals geschehen - unter Einbeziehung politischer Aspekte. Seit dem 28. September 2020 liegt mit dem sogenannten Zwischenbericht „Teilgebiete“ ein erstes Ergebnis vor. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat eine Karte mit Teilgebieten veröffentlicht, die im weiteren Verfahren eingehender untersucht werden. In dem Bericht werden auch mehrere Regionen in Schleswig-Holstein benannt. Das ist auch richtig

so. Insgesamt verbleiben circa 54 % des gesamten Bundesgebiets als Potenzialfläche im Verfahren.

Basis für diesen Zwischenbericht sind die vorhandenen geologischen Daten von Bund und Ländern, die nach den im Standortauswahlverfahren und -gesetz festgelegten Kriterien ausgewertet werden. Der Zwischenbericht ist damit zunächst einmal die Grundlage für eine Art Inventur der Regionen, die nach bisherigen geologischen Erkenntnissen nicht von vornherein ausgeschlossen werden können. Schleswig-Holstein verfügt nachweislich über Salzstöcke und Gebiet mit Tonvorkommen, die nach dem Standortauswahlgesetz in die nähere Betrachtung fallen. Dass diese Regionen als Potenzialflächen ausgeführt werden, liegt auf der Hand, sagt aber noch nichts über ihre tatsächliche Eignung aus.

Die BGE ist nun in der Pflicht, eine tiefgehende Bewertung der Teilflächen vorzunehmen und die Teilgebiete weiter einzuzugrenzen. Dabei ist entscheidend, dass die Öffentlichkeit über die gesamte Dauer des Verfahrens umfassend und detailliert beteiligt wird. Neben der Bevölkerung und den Verbänden gilt dies natürlich auch für die betroffenen Kommunen. Der Bund plant hierzu unter anderem eine Reihe von Konferenzen, um die bisherigen Ergebnisse und das weitere Verfahren zu erörtern. Dabei sieht das Standortauswahlverfahren eine Verfahrensführung durch den Bund unter direkter Einbeziehung der Kommunen vor.

Gefordert sind hier die BGE und das Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Sie müssen die kommunalen Entscheidungsträger zügig, umfassend und systematisch im Verfahren beteiligen. Nur so können kommunale Sichtweisen wirksam eingebracht und die Rechte der potenziell Betroffenen auch gewahrt werden. Als Land werden wir darauf achten, uns im Verlauf der Standortsuche mit den Kommunen dazu austauschen. Hierzu stehe ich bereits mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch.

Aber auch wir Länder stehen in der Verantwortung, den Auswahlprozess konstruktiv und kritisch zu verfolgen, damit auch wirklich die Ziele für eine sichere Endlagerung dieser gefährlichen Abfälle nach menschlichen Maßstäben für die Ewigkeit gewährleistet werden kann. Schließlich werden wir noch viele Jahrzehnte mit den hochradioaktiven Abfällen zu kämpfen haben, bevor wir sie für die unvorstellbar lange Zeit von über einer Million Jahre hoffentlich möglichst sicher im Untergrund ablagern. Schon dies macht die Dimension des historischen Irrtums der sauberen Kernenergienutzung deutlich.

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

Der Einstieg in die Atomkraft war ein kollektiver Fehler, den wir nun in kollektiver Verantwortung alle gemeinsam - vom Atomkraftgegner bis zum glühenden Befürworter, vom Bundespräsidenten bis zum ehrenamtlichen Dorfbürgermeister, von ganz links bis ganz rechts - ausbaden müssen - leider! Gerade als jemand, der in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem bereits kollabierenden Atommülllager aufgewachsen ist und der mehrfach - zu dieser Jahreszeit! - auf den Schienen und Straßen nach Gorleben gegessen hat, sage ich Ihnen: Dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden und umso deutlicher eine sachliche Orientierung an wissenschaftlichen Kriterien einfordern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag, Drucksache 19/2430, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass die Parlamentarischen Geschäftsführungen mit Blick auf das, was ich vorhin zum Thema SSW gesagt habe, vereinbart haben, dass die Punkte 29 und 51, Antrag und Bericht zum Weiterbildungsgesetz, sowie der Punkt 23, einen arbeitsfreien Mindestlohn schaffen, auf die November-Tagung verschoben werden.

Sie haben weiter vereinbart, dass wir die Sitzung heute beenden. Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und freue mich, Sie morgen gesund wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:21 Uhr**